



Institut für
Wirtschaftsforschung
an der Universität München

ifo Konjunkturprognose 2007:

Konjunkturelle Auftriebskräfte bleiben stark

München, 14. Dezember 2006

ifo Konjunkturprognose 2007: Konjunkturelle Auftriebskräfte bleiben stark

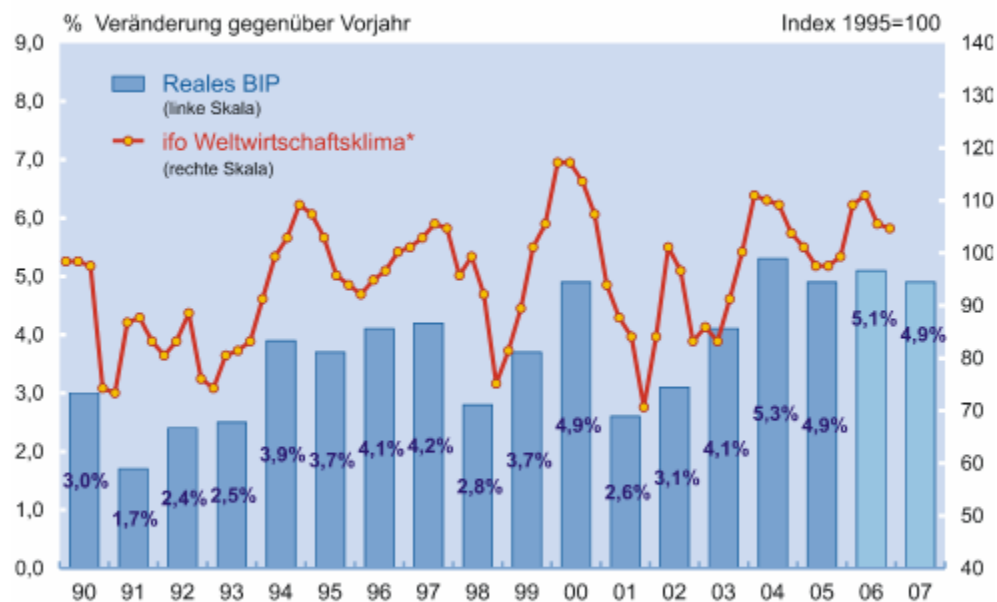
G. Flaig, W. Nierhaus, I. Becker, S. Henzel, O. Hülsewig, E. Langmantel, J. Mayr, W. Meister, M. Ruschinski, D. Ulbricht und T. Wollmershäuser

Überblick

Die Weltwirtschaft hat in diesem Jahr mit einer Wachstumsrate von gut 5 % erneut überdurchschnittlich expandiert (vgl. Abb. 1). Dies liegt zum einen daran, dass die Trendwachstumsrate des Welt-BIP mit gut 4 % nunmehr um etwa einen Prozentpunkt höher ist als zu Beginn der neunziger Jahre. Maßgeblich hierfür ist vor allem die Integration schnell wachsender Schwellenländer wie China, Indien, Russland und Osteuropa in die Weltwirtschaft. Zum anderen befindet sich die Weltwirtschaft im Jahr 2006 im dritten Jahr eines globalen Konjunkturaufschwungs, bei dem sie deutlich kräftiger expandiert als die Trendwachstumsrate.

Abb. 1

Weltkonjunktur und ifo Weltwirtschaftsklima

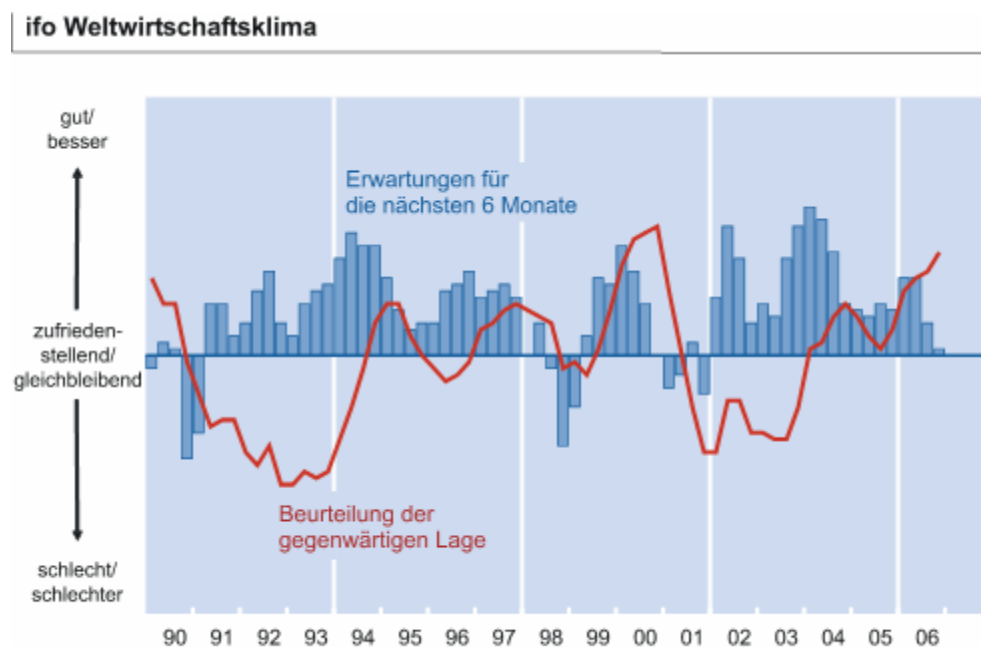


* Arithmetisches Mittel der Bewertung der gegenwärtigen Lage und der erwarteten Entwicklung.

Quelle: IWF, World Economic Outlook, Sept. 2006; Ifo World Economic Survey (WES) IV/2006.

Der ifo Indikator für das Weltwirtschaftsklima ist zwar in der zweiten Jahreshälfte 2006 leicht gesunken, nach wie vor liegt er aber deutlich über dem langjährigen Durchschnitt. Der Rückgang des Klimaindikatoren ist ausschließlich auf die weniger zuversichtlichen Erwartungen für die nächsten sechs Monate zurückzuführen. Die Urteile zur aktuellen wirtschaftlichen Lage haben sich dagegen zum fünften Mal in Folge verbessert und erreichten ein Sechsjahreshoch (Abb. 2). Diese Datenkonstellation spricht dafür, dass sich die Weltkonjunktur im kommenden Halbjahr zwar verlangsamen wird, es dürfte sich dabei aber nur um eine moderate und vorübergehende Abkühlung handeln.

Abb. 2



Quelle: Ifo World Economic Survey (WES) IV/2006.

In den USA hat die gesamtwirtschaftliche Produktion - nach starkem Zuwachs im ersten Quartal (+5,6 %, laufende Jahresrate) - im weiteren Verlauf des Jahres 2006 spürbar an Schwung verloren. Im dritten Quartal betrug das Wachstum der US-Wirtschaft im Vergleich zum Vorquartal nur noch 2,2 %. Maßgeblich hierfür war der starke Rückgang der Wohnungsbauminvestitionen im Gefolge der Abkühlung des boomenden Immobilienmarkts; auch der Außenbeitrag leistete bei kräftig anziehenden Importen einen negativen Wachstumsbeitrag. Der Leitzins (Federal Funds Rate) liegt seit Ende Juni bei 5,25 %, die geldpolitischen Zügel sind insgesamt merklich straffer geworden.

Auch in Japan hat die Konjunktur, nach kräftigem Aufschwung im vergangenen Jahr, in diesem Jahr merklich an Fahrt eingebüßt; im dritten Quartal 2006 stieg die gesamtwirtschaftliche Produktion nur noch um 0,8 % (laufende Jahresrate). Die inländische Verwendung war bei deutlich sinkendem privaten Konsum rückläufig; dagegen nahm der Außenbeitrag bei lebhafter Exporttätigkeit merklich zu. In China hat sich die Expansion kräftig fortgesetzt, im dritten Quartal lag das reale Bruttoinlandsprodukt, getrieben von der außerordentlich dynamisch wachsenden Industrieproduktion, um 10,7 % über dem vergleichbaren Vorjahreswert. Die Europäische Währungsunion (EWU) befindet sich in diesem Jahr in einem kräftigen Aufschwung, im dritten Quartal 2006 stieg die gesamtwirtschaftliche Produktion mit einer laufenden Jahresrate von 2,1 %. Im ersten Halbjahr hatte das Wachstumstempo im Schnitt sogar bei 3,7 % gelegen. Die Auslandsnachfrage blieb bis zuletzt kräftig; hinzu kommt nunmehr aber, dass auch die inländische Verwendung spürbar zum Wirtschaftswachstum beigetragen hat: Die Konsum- und Investitionsausgaben stiegen merklich. Das Preisklima hat sich in der zweiten Jahreshälfte 2006 – gemessen am harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) – bei wieder niedrigeren Rohölpreisen merklich entspannt. Die Teuerungsrate betrug im November im Vorjahresvergleich 1,8 %, die Kerninflationsrate (Veränderung des HVPI ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel) lag zuletzt bei 1,6 %. Die Arbeitslosenquote im Euroraum betrug im Oktober saisonbereinigt 7,7 %.

In Deutschland hat sich im laufenden Jahr der konjunkturelle Aufschwung fortgesetzt. Nach vorläufigen Angaben des Statistischen Bundesamts expandierte das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) saisonbereinigt im dritten Quartal 2006 im Vergleich zum Vorquartal mit 0,6 % (laufende Jahresrate: 2,6 %). Auch im Vorjahresvergleich legte die gesamtwirtschaftliche Produktion mit 2,3 % (kalenderbereinigt: +2,8 %) kräftig zu. In den ersten beiden Quartalen 2006 war die Wirtschaftsleistung mit laufenden Jahresraten von 3,2 % und 4,4 % so stark gestiegen wie seit dem Jahr 2000 nicht mehr. Wachstumsimpulse kamen im dritten Quartal 2006 aus dem In- und Ausland. Zum einen hat der Außenhandel nach einem schwachen zweiten Quartal wieder deutlich an Dynamik gewonnen: Die Exporte stiegen saisonbereinigt mit 4,2 % stärker als die

Importe (+3,6%); der Außenbeitrag trug positiv zum Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion bei (+0,4 Prozentpunkte). Zum anderen hat die Inlandsverwendung weiter zugenommen: In Bauten wurden 0,8 % und in Ausrüstungen 0,7 % mehr investiert als im zweiten Quartal 2006. Der öffentliche Konsum stieg um 0,9 % und der private Konsum erhöhte sich bei weiterhin schwach steigenden Lohneinkommen und nachgebender Sparquote um 0,7 %.

Auf dem Arbeitsmarkt hat sich die Lage im Gefolge der günstigen konjunkturellen Entwicklung merklich aufgehellt: Die Zahl der Erwerbstätigen (nach dem Inlandskonzept¹) ist im bisherigen Jahresverlauf saisonbereinigt spürbar gestiegen. Im dritten Quartal 2006 waren 39,3 Millionen erwerbstätig, das sind 336 000 Personen oder 0,9 % mehr als ein Jahr zuvor. Auch die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nahm wieder zu. Im September 2006 lag sie nach Hochrechnungen der Bundesagentur für Arbeit bei 26,88 Mill., gegenüber dem Vorjahr war das ein Plus von 317 000. Dagegen hat die Zahl der in Arbeitsgelegenheiten beschäftigten Arbeitslosengeld-II-Empfänger abgenommen, auch die Zahl der ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigten war zuletzt niedriger als ein Jahr zuvor. Die Arbeitslosenzahl ist im bisherigen Jahresverlauf um durchschnittlich 39 000 pro Monat gesunken. Im November belief sie sich dem Ursprungswert nach auf 3,995 Mill.; das sind 536 000 weniger als im vergleichbaren Vorjahresmonat. Im deutlichen Rückgang der Arbeitslosigkeit spiegelt sich vor allem der konjunkturell bedingte Aufbau sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung wider. Zudem ist die Entwicklung am aktuellen Rand durch die milde Witterung begünstigt worden.

Der Anstieg der Lebenshaltungskosten hat sich 2006 im Gefolge nachgebender Rohölnotierungen wieder verlangsamt. Im November lag die Inflationsrate bei 1,5 %, im September betrug sie aufgrund von Basiseffekten sogar nur 1,0 %.

¹ Die Erwerbstätigkeit nach dem *Inlandskonzept* hat im Vergleich zum alternativen *Inländerkonzept* eine engere Anbindung an die Konjunktur und zur Arbeitskräftenachfrage. Im Inlandskonzept gehören Einpendler, die in Deutschland arbeiten, ihren Wohnsitz aber im Ausland haben, zu den Erwerbstätigen, während Auspendler, die im Inland wohnen, aber im Ausland arbeiten, nicht mitgezählt werden. Beim Inländerkonzept ist es genau umgekehrt.

Die Lage der Weltwirtschaft

Die Expansion der Weltwirtschaft blieb im Verlauf des Jahres 2006 kräftig. Das Bruttoinlandsprodukt stieg nicht zuletzt getrieben durch die günstige Ertragslage der Unternehmen, steigende Aktienkurse und vergleichsweise niedrige langfristige Zinsen. Der Anstieg der Ölpreise wirkte sich, trotz vorübergehend neuer historischer Höchststände, auch weiterhin nur wenig bremsend aus.

Die Entwicklung der Wirtschaft verlief in den Industrieländern unterschiedlich. In den Vereinigten Staaten stieg das Bruttoinlandsprodukt im ersten Quartal 2006 sehr kräftig, danach schwächte es sich jedoch spürbar ab. Vor allem die Investitionen in Wohnimmobilien brachen merklich ein. Die konjunkturelle Dynamik in Japan verlangsamte sich leicht; die Konjunktur dürfte aber alles in allem weiter intakt sein. Im Euroraum nahm das Bruttoinlandsprodukt deutlich zu. Der Konsum belebte sich infolge der verbesserten Lage am Arbeitsmarkt; die Investitionen erhöhten sich merklich. Auch in den Schwellenländern blieb die wirtschaftliche Entwicklung lebhaft. Vor allem in China stieg das Bruttoinlandsprodukt erneut kräftig. In den übrigen Ländern Ostasiens blieb die konjunkturelle Dynamik, ebenso wie in Lateinamerika, zwar robust, sie flachte sich jedoch etwas ab.

Der Preisanstieg in den Industrieländern nahm im laufenden Jahr vorübergehend spürbar zu, was hauptsächlich an den stark gestiegenen Energie- und Rohstoffpreisen lag. Die Löhne erhöhten sich hingegen nur moderat. Auch die Zunahme der Preise gemessen an der Kerninflation beschleunigte sich; dabei blieben die Inflationserwartungen jedoch nahezu unverändert stabil.

Die Ölpreise legten im ersten Halbjahr 2006 stark zu. Der Preis für Rohöl der Sorte Brent erreichte im August 2006 einen neuen Höchstwert von 78 US-Dollar je Barrel, ehe er aktuell auf 64 US-Dollar je Barrel sank. Der Anstieg der Ölpreise spiegelte auch die Befürchtungen wider, dass zum einen die Investitionen der Ölförderländer in ihre Förderkapazitäten unzureichend sind und dass zum anderen die Versorgung infolge der

politischen Spannungen im Nahen Osten unsicher bleibt. Das Sinken der Ölpreise zeigte jedoch auch, dass sich diese Befürchtungen teilweise verringert haben. Aufgrund der weiter steigenden Nachfrage dürften die Rohstoffpreise und insbesondere die Notierungen für Rohöl im Prognosezeitraum hoch und volatil bleiben.

Die Notenbanken in den Industrieländern haben seit Beginn des Jahres 2006 ihren geldpolitischen Kurs zunehmend gestrafft. Die Federal Reserve hat ihren Leitzins (Federal Funds Rate) im Juni auf 5,25 % erhöht, ein Niveau, welches sich gerade noch als neutral einstufen lässt. Auch die EZB hob ihren maßgeblichen Leitzins im Dezember auf 3,5 % an, um Inflationsrisiken rechtzeitig entgegenzuwirken. Die Bank of Japan hat ihre Nullzinspolitik infolge der sich abzeichnenden Überwindung der Deflation aufgegeben; sie erhöhte ihren Leitzins im Juli auf 0,25 %. Die Aktienkurse sind nach deutlicher Korrektur im Mai weltweit gestiegen. Die Immobilienpreise entwickelten sich uneinheitlich. In den Vereinigten Staaten flachte sich der Anstieg ab, während er sich in Großbritannien, Frankreich und Spanien – teilweise deutlich – beschleunigte. Die langfristigen Zinsen stiegen zunächst kontinuierlich, zuletzt waren sie jedoch rückläufig. Ihr Niveau blieb nach wie vor vergleichsweise niedrig.

Die Expansion der Weltwirtschaft wird im Prognosezeitraum schwungvoll bleiben, sich jedoch vorübergehend etwas abschwächen. Sie wird durch die Ertragslage der Unternehmen, die trotz etwas höherer langfristiger Zinsen aussichtsreich bleibt, gestützt. Die Geldpolitik wird weiterhin neutral bis leicht expansiv ausgerichtet sein.

Die Entwicklung in den einzelnen Regionen wird sich dabei annähern (vgl. Tab.1). In den Vereinigten Staaten wird das Bruttoinlandsprodukt zunächst verlangsamt – leicht unterhalb des Produktionspotentials – steigen, ehe es sich erneut beschleunigt. Der Konsum dürfte sich trotz der Flaute am Immobilienmarkt weiterhin robust entwickeln. Die Investitionen werden nach einer vorübergehenden Abflachung zunehmend dynamisch expandieren. Der Anstieg der Produktion in Japan wird sich robust fortsetzen, dabei jedoch etwas verhaltener ausfallen. Im Euroraum wird das Bruttoinlandsprodukt merklich zunehmen. Der Konsum dürfte infolge der verbesserten

Lage am Arbeitsmarkt lebhaft steigen. Die Investitionen dürften etwas verlangsamt aber dennoch spürbar expandieren. Auch in den Schwellenländern wird sich die wirtschaftliche Entwicklung schwungvoll fortsetzen. In China wird das Bruttoinlandsprodukt beschleunigt expandieren; in den übrigen Ländern Ostasiens wird die konjunkturelle Dynamik, ebenso wie in Lateinamerika, solide bleiben, sich jedoch ebenfalls etwas verlangsamen.

Tab. 1

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquoten in den Industrieländern

	Gewicht (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote			
		Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %								in %			
		2005	2006	2007	2008	2005	2006	2007	2008	2005	2006	2007	2008
EU 27	40,9	1,7	2,9	2,4	2,6	2,2	2,2	2,2	1,9	8,7	7,9	7,6	7,3
Schweiz	1,2	1,9	2,8	2,0	1,8	1,2	1,4	1,6	1,5	3,8	3,5	3,6	3,6
Norwegen	0,7	2,3	2,7	2,4	2,3	1,5	2,2	2,1	2,2	4,6	3,6	3,3	3,4
West- u. Mitteleuropa	42,8	1,7	2,9	2,4	2,6	2,2	2,2	2,2	1,9	8,5	7,7	7,4	7,1
USA	39,3	3,2	3,4	2,8	3,1	3,4	3,2	2,7	2,7	5,1	4,7	4,8	4,8
Japan	14,7	1,9	2,1	2,0	2,2	-0,3	0,3	0,5	0,7	4,4	4,2	4,0	3,8
Kanada	3,2	2,9	2,8	2,5	2,7	2,2	2,2	2,0	2,1	6,8	6,4	6,5	6,3
Industrieländer insg.¹	100,0	2,4	3,0	2,5	2,7	2,3	2,3	2,1	2,0	6,5	6,0	5,9	5,7

¹ Summe der aufgeführten Ländergruppen. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2005 in US-Dollar.

Quellen: OECD; IMF; ILO, Berechnungen des ifo Instituts; 2006, 2007 und 2008: Prognose des ifo Instituts.

Die Prognose der weltwirtschaftlichen Expansion ist allerdings mit Risiken behaftet. Sie stützt sich auf die Erwartung, dass der Anstieg des Bruttoinlandsprodukts in den Vereinigten Staaten trotz der bremsenden Effekte seitens des Immobilienmarkts immer noch schwungvoll bleibt. Dennoch bestehen Unsicherheiten, da die Beziehung zwischen Konjunktur und Immobilienpreisen wechselseitig ist. So ist es denkbar, dass die Binnennachfrage wesentlich stärker von der Abkühlung der Immobilienpreisentwicklung beeinträchtigt wird, was zu einem größeren Einbruch am Immobilienmarkt führen könnte. Dies würde den Anstieg der Produktion in den Vereinigten Staaten erheblich dämpfen. Zudem bleibt die Entwicklung des Ölpreises ungewiss. Auf der einen Seite könnte die Konjunktur besser laufen, wenn der Ölpreis längerfristig deutlich sinkt; auf der anderen Seite könnte sie sich jedoch auch merklich abflachen, wenn der Ölpreis längerfristig weiter steigt, insbesondere dann, wenn dies zu

deutlich höheren Lohnsteigerungen und zu einer höheren Inflation führen würde. Die Geldpolitik würde dann einen restriktiven Kurs einschlagen, was deutlich bremsend wirkte.

Kasten: Das VAR-Prognosemodell des ifo Instituts

Die Konjunkturprognosen des ifo Instituts stützen sich auf verschiedene ökonometrische Schätzverfahren, bei denen Vektorautoregressive (VAR) Modelle, neben Unobserved-Components (UC) Modellen und „Bridge-Modellen“ besonders wichtig sind. VAR-Modelle lassen sich für die Prognose aufgrund ihrer Struktur recht gut verwenden, da sie auf zeitreihenanalytischen Verfahren basieren, in denen die arbiträre Unterscheidung zwischen endogenen und exogenen Variablen – die zum Beispiel in ökonometrischen Strukturmodellen wesentlich ist – entfällt.¹ Für die Prognose werden daher keine Informationen aus dem Prognosezeitraum benötigt, weshalb unbedingte Vorhersagen über beliebig weite Zeiträume möglich sind.²

Allgemein lassen sich VAR Modelle in reduzierter Form folgendermaßen darstellen:

$$Y_t = \mu + A_1 Y_{t-1} + A_2 Y_{t-2} + \dots + A_p Y_{t-p} + \varepsilon_t,$$

wobei Y_t den Vektor der endogenen Variablen, A_i die Matrizen der Koeffizienten ($i=1, \dots, p$), μ den Vektor der deterministischen Terme – bspw. eine Konstante und einen linearen Trend – und ε_t den Vektor der Störterme bezeichnet. Die Anzahl Lags ist durch p spezifiziert. Die Prognose eines VAR Modells wird durch ein rekursives Verfahren erstellt:

$$Y_{T+\tau}^p = \hat{A}_1 Y_{T+\tau-1}^p + \dots + \hat{A}_p Y_{T+\tau-p}^p,$$

wobei $Y_{T+\tau}^p$ die τ -Schritt Prognose und \hat{A}_i ($i=1, \dots, p$) die geschätzten Koeffizientenmatrizen des VAR-Modells bezeichnet. Für $\tau=1$ ergibt sich die Prognose durch das Einsetzen der beobachteten Werte (statische Prognose). Für die weiter in der Zukunft liegenden Prognoseschritte werden die bereits prognostizierten Werte rekursiv herangezogen (dynamische Prognosen).

Für die Prognose mit VAR-Modellen ist die Auswahl der Variablen entscheidend. Da sich VAR-Modelle als eine vereinfachte Darstellung dynamischer Zusammenhänge interpretieren lassen, sollten die endogenen Variablen im Vektor Y_t idealerweise alle relevanten Größen umfassen. Um eine Überparametrisierung der VAR-Modelle und

¹ Vgl. Nierhaus, W. und J.-E. Sturm (2003), „Methoden der Konjunkturprognose“, ifo Schnelldienst, 56 (4), S. 7-23.

² Eine Prognose wird als unbedingt bezeichnet, wenn vorab keine Annahmen über exogene Variablen getroffen werden; hingegen heißt eine Prognose bedingt, wenn ihre Richtigkeit vom Zutreffen bestimmter Annahmen über die Entwicklung der exogenen Variablen abhängig ist.

einen dadurch bedingten Verlust an Schärfe der ökonometrischen Schätzungen zu vermeiden, sollte aufgrund der beschränkten Anzahl an Freiheitsgraden allerdings die Anzahl der Variablen im Modell begrenzt werden.

Ein Weg, diese Restriktionen bezüglich der Anzahl relevanter Variablen zu umgehen ist, eine Vielzahl sparsam spezifizierter VAR-Modelle zu schätzen und die Ergebnisse der einzelnen Modelle in Form eines gewichteten Durchschnitts als Prognose heranzuziehen. Die Prognose-Überlegenheit dieser Model-Averaging Ansätze gegenüber Einzelmodellen ist in einer Vielzahl empirischer Studien gezeigt worden¹ und hat verschiedene Gründe. Das Problem unpräzise geschätzter Parameter einzelner Modelle wird verringert, wodurch eine Diversifikation der Prognosefehler erreicht werden kann. Zudem gewährleisten kombinierte Modelle eine höhere Robustheit der Prognosen, da der Einfluss von Fehlspezifikationen einzelner Modelle gemindert wird. Des Weiteren kann im Rahmen des Model-Averaging eine größere Anzahl relevanter Variablen berücksichtigt werden, so dass die Prognose auf einer breiteren Informationsbasis getroffen werden kann.

Die VAR-Prognosen für einzelne Länder werden jeweils aus bis zu 7000 verschiedenen VAR-Modellen kombiniert. Insgesamt werden dabei bis zu 16 makroökonomisch relevante Variablen berücksichtigt, die zu Einzelmodellen permutiert werden. Jedes der VAR-Modelle enthält dabei neben der zu prognostizierenden Variablen – bspw. das reale Bruttoinlandsprodukt, den Verbraucherpreisindex oder die Arbeitslosenquote – bis zu vier weitere relevante endogene Größen, die einen Erklärungsgehalt bezüglich der Zielvariablen aufweisen. Neben den Komponenten des Bruttoinlandsprodukts werden dabei die Industrieproduktion, Zinssätze verschiedener Laufzeiten, Wechselkurse und auch besonders wichtige Frühindikatoren wie der *ifo Geschäftsklimaindex* und der *World Economic Survey (WES)* berücksichtigt. Die Verzögerungsstruktur der VAR-Modelle wird jeweils anhand des Akaike Informationskriteriums (AIC) optimiert. Die τ -Schritt-Prognosen der Einzelmodelle werden dann zu einer kombinierten Prognose gewichtet. Dabei werden alle Modelle gleich gewichtet. Diese Vorgehensweise hat sich in zahlreichen Studien als dominant gegenüber alternativen Schemata erwiesen.²

Für die Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung in den einzelnen Ländern werden die Schätzergebnisse der VAR-Modelle mit denen anderer ökonometrischer Prognosemodelle kombiniert. Die Modellprognosen werden anschließend durch die Auswertung von weiteren Informationen, die über den Prognosezeitraum verfügbar sind – wie zum Beispiel beschlossene fiskalpolitische Maßnahmen – wenn nötig modifiziert.

¹ Vgl. Stock, J. und M. Watson (2004): Combination Forecasts of Output Growth in a Seven-Country Data Set, in *Journal of Forecasting*, 23, S. 405-430.

² Vgl. Timmermann, A.: Forecast Combinations, CEPR Discussion Paper, Nr. 5361, 2005.

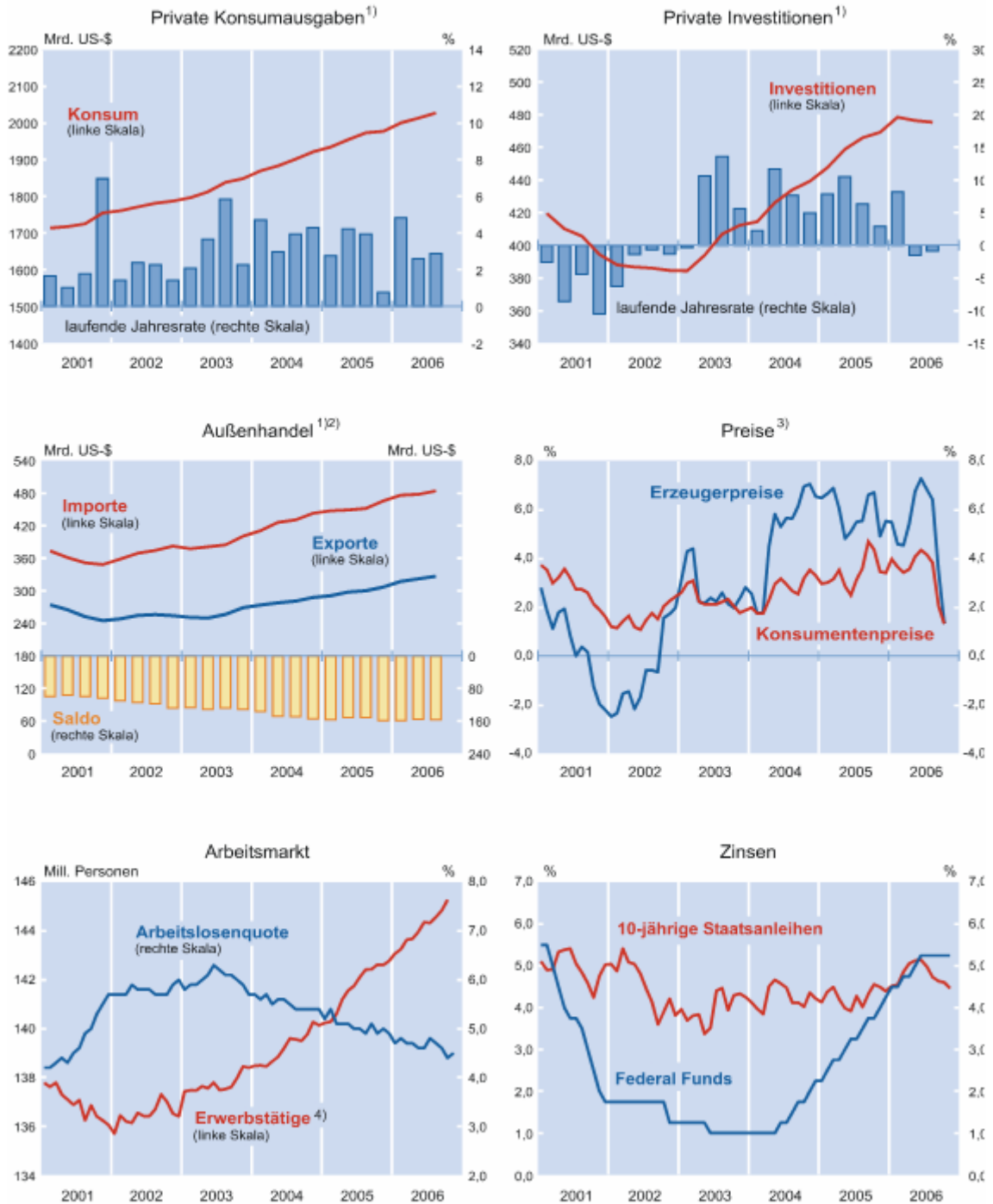
Vereinigte Staaten

Die US-Wirtschaft hat nach einem außergewöhnlich starken Zuwachs im ersten Quartal im Verlauf des Jahres 2006 spürbar an Dynamik verloren. Insbesondere die Anlageinvestitionen haben dabei zunehmend an Fahrt eingebüßt und zeigten im zweiten und dritten Quartal einen negativen Wachstumsbeitrag (vgl. Abb. 3). Verantwortlich hierfür war der Einbruch der Wohnungsbauinvestitionen. Demgegenüber verzeichnete der gewerbliche Bau weiter starke Zuwächse und die Ausrüstungsinvestitionen wurden nach einer vorübergehenden Schwächephase im dritten Quartal wieder spürbar ausgeweitet (vgl. Abb. 4). Der private Konsum zeigte trotz des Abschwungs am Immobilienmarkt eine kräftige Dynamik und blieb von der Nachfrageseite her die treibende Kraft der US-Wirtschaft. Grund hierfür war die weiterhin recht positive Entwicklung der verfügbaren Einkommen nicht zuletzt wegen des kräftigen Beschäftigungsaufbaus. Die US-Exporte haben nach hohen Zuwachsraten zu Jahresbeginn merklich an Schwung verloren. Demgegenüber zeigten die Importe nach einer Verlangsamung im zweiten Quartal aktuell eine höhere Dynamik als die Ausfuhren, so dass der Importüberschuss wieder stieg.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt blieb weiter positiv. So hat sich der Anstieg der Beschäftigtenzahl im Verlauf des Jahres 2006 zwar etwas verlangsamt, zuletzt jedoch zeigt die Beschäftigungsentwicklung wieder eine höhere Dynamik. Die Arbeitslosenquote ist seit Mitte 2003 kontinuierlich gefallen und liegt im November bei 4,5 %. Im Zuge dieser Entwicklungen haben auch die

Abb. 3

Konjunkturelle Entwicklung in den Vereinigten Staaten seit 2001

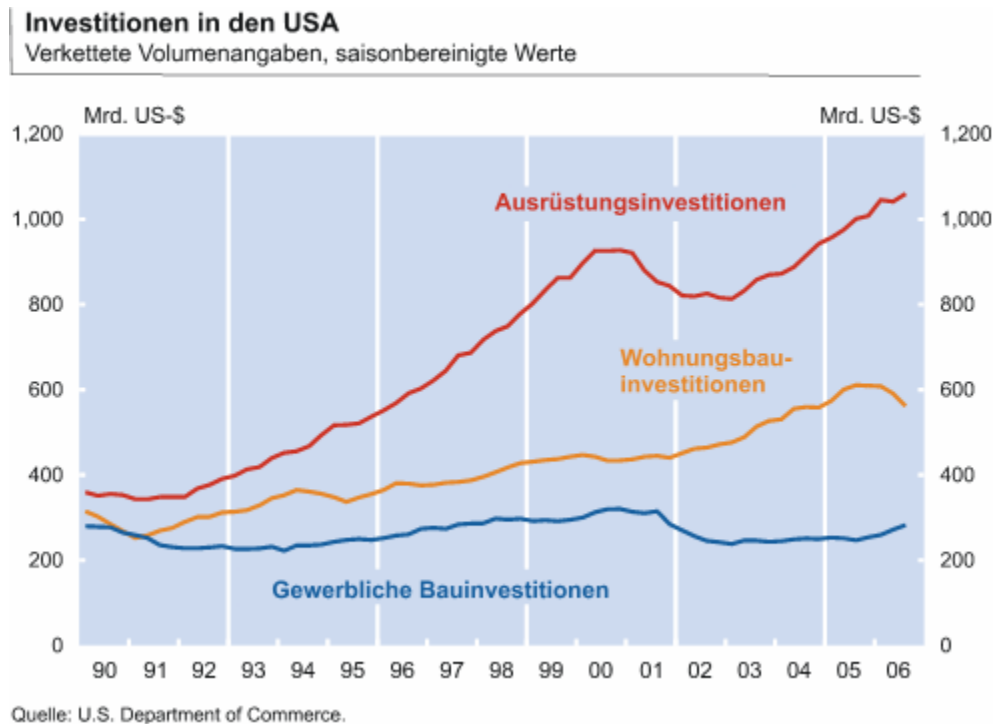


1) Real, saisonbereinigte Werte.
 2) Waren und Dienstleistungen.
 3) Veränderung gegenüber Vorjahr in %.
 4) Zivile Erwerbstätige insgesamt, saisonbereinigt.

Quelle: Bureau of Labor Statistics, Federal Reserve, U.S. Department of Commerce; Berechnungen des ifo Instituts.

Löhne und Gehälter im Jahresverlauf kräftig zugelegt. So liegt der jährliche Zuwachs der durchschnittlichen Stundenlöhne (ohne den Bereich Landwirtschaft) aktuell mit rund 4 % auf ähnlich hohem Niveau wie zu Zeiten des New Economy Booms Ende 2000.

Abb. 4



Die Inflationsrate ist nach einem deutlichen Anstieg in der ersten Jahreshälfte auf bis zu 4,3 % im Juli in den vergangenen Monaten merklich zurückgegangen und lag mit 1,3 % im Oktober auf historisch niedrigem Niveau. Maßgeblich für diese Entwicklung waren dabei die starken Preisrückgänge für Energiegüter; neben den Benzinpreisen haben auch die Preise für Erdgas im Jahresverlauf deutlich nachgegeben. Hinzu kam am aktuellen Rand, dass vor einem Jahr besonders hohe Energiepreise im Gefolge des Wirbelsturms „Katrina“ zu zahlen waren (Basiseffekt). Wenn sich, wie in dieser Prognose unterstellt, der Rückgang der Energiepreise nicht weiter fortsetzt, wird von daher die Inflationsrate wieder etwas anziehen. Die Kernrate der Inflation hat sich im Zuge der hohen Auslastung der Produktionsfaktoren und als Folge der Energiepreisspitzen im Frühjahr

im Jahresverlauf 2006 kontinuierlich erhöht. Aktuell ist jedoch auch hier eine leicht schwächere Dynamik zu beobachten; die Kernrate lag im Oktober bei rund 2,7 %.

Als Reaktion auf die schwächere konjunkturelle Entwicklung hält die US-amerikanische Notenbank die Zielrate für die Federal Funds trotz der weiterhin recht hohen Rate der Kerninflation seit Juni 2006 konstant bei 5,25 %, nachdem diese seit Mitte 2004 in 17 Schritten kontinuierlich angehoben worden waren.

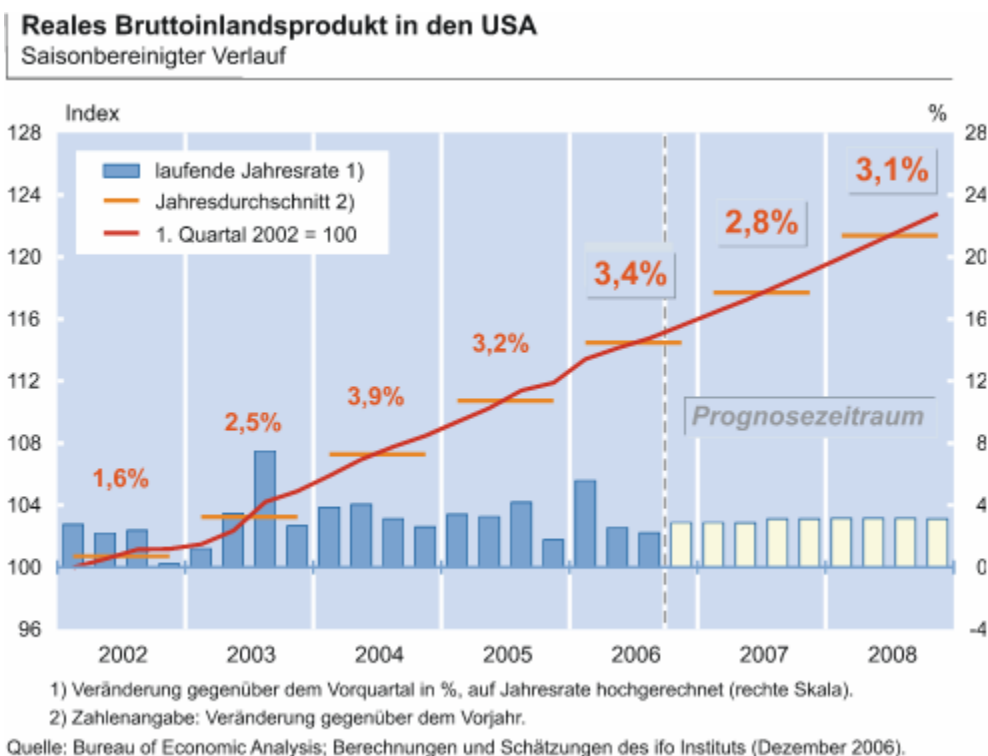
Das US-Haushaltsdefizit des Fiskaljahres 2006, das am 30. September endete, war mit 1,9 % in Relation zum realen Bruttoinlandsprodukt um rund einen halben Prozentpunkt geringer als im Jahr 2005 und fiel damit niedriger aus als erwartet. Grund hierfür waren die durch die überraschend starke Gewinnentwicklung der Unternehmen bedingten hohen Einnahmen aus der Einkommen- und Körperschaftsteuer. Der Anstieg der Einnahmen um insgesamt 11,8 % hat dabei die um 7,4 % höhere Ausgabenbelastung überkompensiert. Die gestiegene Belastung auf der Ausgabenseite wurde insbesondere durch die hohen Energiepreise und einen merklichen Anstieg der Kosten im staatlichen Gesundheitswesen sowie durch zusätzliche Aufwendungen für die Beseitigung der Hurrikanschäden hervorgerufen. Insgesamt wirkte die Finanzpolitik im abgelaufenen Fiskaljahr weiter leicht expansiv.

Für das Fiskaljahr 2007 ist auf Grund der sich vorübergehend eintrübenden Konjunktur mit einer schwächeren Entwicklung auf der Einnahmenseite zu rechnen. Zudem erscheint die von der US-Regierung angestrebte weitere Konsolidierung des Haushalts vor dem Hintergrund stärker steigender Ausgaben für das Gesundheitswesen fraglich. Insgesamt wird das Haushaltsdefizit im laufenden Fiskaljahr 2007 sowie 2008 leicht höher ausfallen als im Vorjahr.

Im Prognosezeitraum wird die US-amerikanische Wirtschaft zunächst weiter an Schwung verlieren. So werden die Anlageinvestitionen bis Mitte 2007 eine nur schwache Dynamik zeigen. Verantwortlich hierfür zeichnet die rückläufige Entwicklung der Wohnungsbauinvestitionen. Die Exporte werden zunächst mit

weiterhin geringerer Dynamik expandieren, weil wichtige Handelspartner der Vereinigten Staaten zu Jahresbeginn 2007 eine vorübergehend schwächere konjunkturelle Entwicklung aufweisen. Danach wird die Ausfuhr aber wieder infolge der Beschleunigung der Konjunktur in Japan und im Euroraum anziehen. Als Folge des zuletzt niedrigen Niveaus der Energiepreise werden die Einfuhren im Prognosezeitraum zunächst weiter deutlich verlangsamt ausgeweitet. Der Verbrauch der privaten Haushalte bleibt auch in den Jahren 2007 und 2008 eine Stütze der US-Wirtschaft und wird nur in geringem Maße durch den Einbruch am Immobilienmarkt und damit einhergehenden negativen Einkommens- und Vermögenseffekten gebremst. Nach dem diesjährigen Einbruch im Wohnungsbau werden die Anlageinvestitionen ab Jahresmitte 2007 mit wieder zunehmender Dynamik expandieren. Unterstützt wird diese Erholung durch die weiterhin positive Entwicklung der Ausrüstungsinvestitionen.

Abb. 5



Nach der vorübergehenden Eintrübung zu Jahresbeginn gewinnt die konjunkturelle Dynamik der US-Wirtschaft ab der zweiten Jahreshälfte 2007 somit wieder zunehmend an Fahrt (vgl. Abb. 5). Das reale Bruttoinlandsprodukt wird nach 3,4 % im

Jahresdurchschnitt 2006 im Jahr 2007 um 2,8 % und 2008 um 3,1 % zunehmen. Die Arbeitslosenquote wird im Verlauf des nächsten Jahres von ihrem zuletzt sehr niedrigen Niveau leicht steigen und im Mittel der Jahre 2007 bzw. 2008 jeweils 4,8 % betragen (vgl. Tab. 2).

Tab. 2

Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung in den USA

	2005	2006	2007	2008
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Reales Bruttoinlandsprodukt	3,2	3,4	2,8	3,1
Privater Konsum	3,5	3,2	3,2	3,4
Staatskonsum und -investitionen	0,9	2,1	2,0	2,0
Private Bruttoanlageinvestitionen	5,4	5,4	1,9	4,2
Inländische Verwendung	3,3	3,3	2,8	3,3
Exporte	6,8	8,6	6,2	6,1
Importe	6,1	6,2	5,0	6,1
Außenbeitrag ¹	-0,3	-0,1	-0,1	-0,3
Verbraucherpreise	3,4	3,2	2,7	2,7
In % des nominalen Bruttoinlandsprodukts				
Budgetsaldo ²	-2,6	-1,9	-2,1	-2,0
Leistungsbilanzsaldo	-6,4	-6,5	-6,5	-6,5
In % der Erwerbsspersonen				
Arbeitslosenquote	5,1	4,7	4,8	4,8

¹ Wachstumsbeitrag. – ² Gesamtstaatlich.

Quellen: U.S. Department of Commerce, Bureau of Economic Analysis; U.S. Department of Labor, Bureau of Labor Statistics; Berechnungen des ifo Instituts; 2006, 2007 und 2008: Prognose des ifo Instituts.

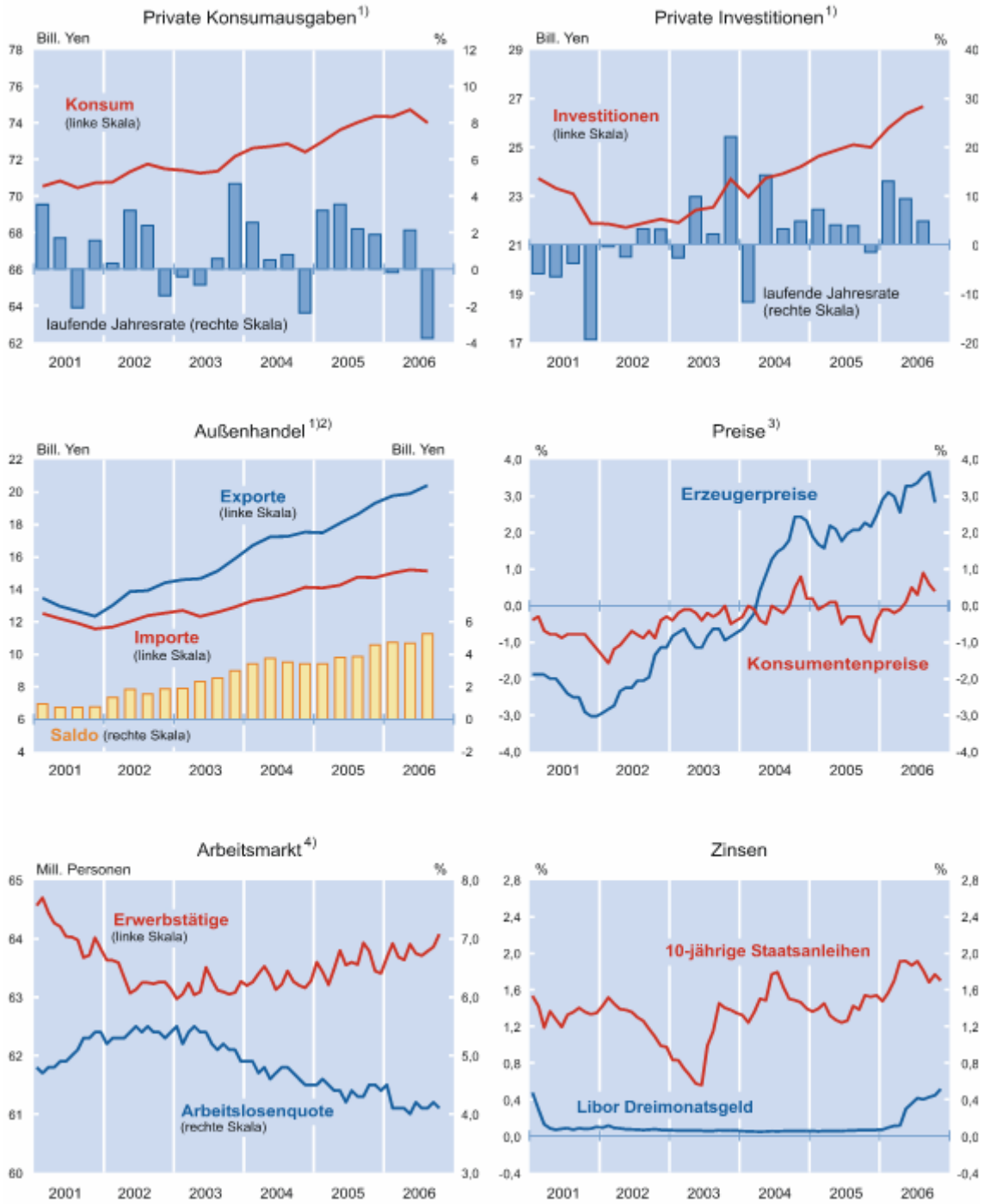
Die Inflationsrate wird sich nach einem, auch durch einen Basiseffekt bedingten Tiefstand, ab dem Jahr 2007 im Zuge der zunehmenden konjunkturellen Erholung wieder leicht erhöhen und im Durchschnitt der Jahre 2007 und 2008 bei 2 ¾ % liegen. Angesichts der aktuell immer noch nicht völlig ausgeräumten Inflationssorgen wird die US-Notenbank die Zielrate der Federal Funds erst gegen Ende des ersten Halbjahrs 2007 um einen Schritt senken und dann mit 5 % auf in etwa konjunkturneutralem Niveau belassen.

Japans Produktionsanstieg setzt sich in moderatem Tempo fort

Die japanische Wirtschaft expandierte seit Beginn des Jahres moderat mit abnehmender Dynamik. Insbesondere der starke Rückgang der privaten Konsumnachfrage

Abb. 6

Konjunkturelle Entwicklung in Japan seit 2001

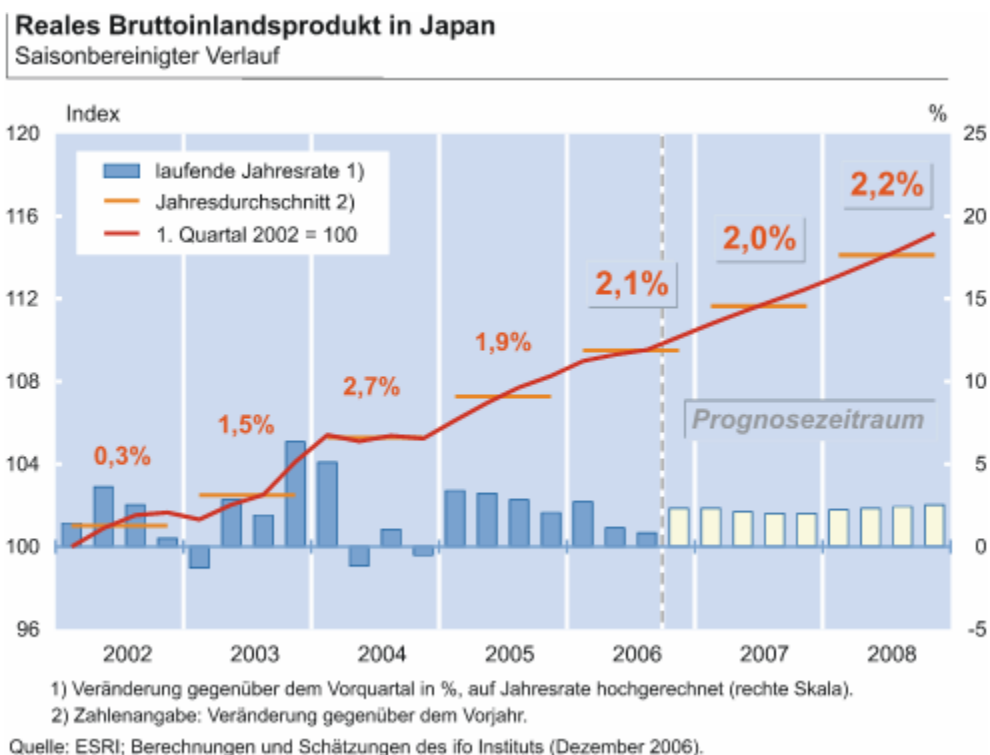


1) Real, saisonbereinigte Werte.
 2) Waren und Dienstleistungen.
 3) Veränderung gegenüber Vorjahr in %.
 4) Saisonbereinigt.

Quelle: Bank of Japan, ESRI; Berechnungen des ifo Instituts.

wirkte negativ (vgl. Abb. 6). Hingegen wurde die Entwicklung vor allem von der wieder anziehenden Auslandsnachfrage und von den Investitionen gestützt. Der Zuwachs der privaten Investitionen wurde durch die positive Ertragslage der Unternehmen begünstigt und belief sich im Vergleich zum Vorquartal zuletzt auf 1,5 %. Die Exporte sind im dritten Quartal deutlich um 2,5 % gestiegen, während die Importe leicht rückläufig waren, so dass der Außenbeitrag nach zwei relativ schwachen Quartalen deutlich positiv war. Die Regierung führte ihren Konsolidierungskurs bis zuletzt weiter fort. Während die staatlichen Konsumausgaben leicht zunahmen, wurden die öffentlichen Investitionen deutlich reduziert.

Abb. 7



Seit Anfang dieses Jahres gab es keine nennenswerte Veränderung auf dem Arbeitsmarkt. Die Arbeitslosenquote lag in diesem Zeitraum bei etwas über 4 %, während die Zahl der Erwerbstätigen um 0,3 % zunahm. Der Anstieg des Verbraucherpreisindex (ohne die volatilen Preise frischer Nahrungsmittel) war im September mit 0,2 % im Vorjahresvergleich weiterhin schwach positiv (0,3 % im August), wobei der Anstieg der Energiepreise trotz abnehmender Weltrohölpreise noch

deutlich war. Die japanische Notenbank hat aufgrund des schwachen Preisauftriebs den Leitzins, die overnight call rate, zuletzt auf 0,25 % belassen.

In diesem Jahr wird das japanische Bruttoinlandsprodukts um 2,1 % expandieren (vgl. Abb. 7). Im nächsten Jahr ist in Folge der steigenden Unternehmensgewinne und der - aufgrund zunehmend knapper werdender Arbeitskräfte - anziehenden Löhne mit einem Anstieg der Haushaltseinkommen zu rechnen. Im Zuge dessen wird die Konsumnachfrage merklich steigen. Die sich etwas abkühlende Weltkonjunktur wird die Dynamik im Außenhandel und in den Investitionen jedoch dämpfen, so dass es im Jahr 2007 insgesamt einen Zuwachs von 2,0 % geben wird. Die japanische Zentralbank wird im Gefolge des leichten Anstiegs der Inflation ihren Leitzins noch etwas weiter anheben. Für das Jahr 2008 ist insbesondere auf dem für den japanischen Exportsektor so wichtigen US-amerikanischen Markt eine moderate Belebung der Konjunktur zu erwarten, so dass mit einem stärkeren Zuwachs des BIP von 2,2 % zu rechnen ist (vgl. Tab. 3).

Tab. 3

Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung in Japan

	2005	2006	2007	2008
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Reales Bruttoinlandsprodukt	1,9	2,1	2,0	2,2
Privater Konsum	1,6	1,3	1,7	1,7
Staatskonsum und -investitionen	0,0	-1,5	0,1	0,5
Private Bruttoanlageinvestitionen	4,2	9,6	4,0	4,5
Inländische Verwendung	1,6	1,3	1,9	2,0
Exporte	6,9	10,2	6,0	7,0
Importe	5,8	6,2	6,5	7,0
Außenbeitrag ¹	0,3	0,8	0,2	0,3
Verbraucherpreise	-0,3	0,3	0,5	0,7
In % des nominalen Bruttoinlandsprodukts				
Budgetsaldo ²	-5,3	-4,6	-4,0	-3,7
Leistungsbilanzsaldo	3,8	3,8	4,4	5,1
In % der Erwerbspersonen				
Arbeitslosenquote	4,4	4,2	4,0	3,8

¹ Wachstumsbeitrag. – ² Gesamtstaatlich.

Quelle: OECD, Cabinet Office; Berechnungen des ifo Instituts; 2006, 2007 und 2008: Prognose des ifo Instituts

Ungebremste Dynamik in China und den anderen ostasiatischen Ländern

Chinas Wirtschaft ist im dritten Quartal dieses Jahres mit ungebremster Dynamik um 10,7 % gewachsen. Dennoch sind erste Anzeichen für ein Durchgreifen der im Frühjahr von der Regierung beschlossenen Maßnahmen zur Dämpfung der rasanten konjunkturellen Entwicklung zu erkennen. Die Dynamik der industriellen Produktion ist hoch, allerdings ist die Zuwachsrate von 20 % zu Anfang des Jahres auf knapp 15 % im Oktober zurückgegangen. Demgegenüber bewegt sich der Anstieg der Investitionsnachfrage im Vorjahresvergleich weiterhin bei 30 %. Nach einem etwas schwächeren Anstieg zu Anfang des Jahres hat sich die Konsumnachfrage in den folgenden Monaten mit jährlichen Raten deutlich über 10 % sehr positiv entwickelt. Da der Aufschwung von der Angebotsseite ausgeht und die Kapazitäten weiter stark gewachsen sind, bleibt der Preisauftrieb moderat. Der Konsumentenpreisindex ist im Zeitraum von Januar bis September gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum 2005 lediglich um 1,3 % gestiegen. Der Außenhandelsüberschuss vor allem mit den USA hat weiter zugenommen. Dem hieraus erwachsenden Aufwertungsdruck auf den Yuan hat die chinesische Regierung noch keine Rechnung getragen. Seit Anfang des Jahres hat sie lediglich eine Aufwertung des Yuan gegenüber dem US-Dollar um wenige Prozentpunkte zugelassen.

Die anziehende Konsumnachfrage und die starke Entwicklung der Investitionen werden die - aufgrund der sich etwas abkühlenden Weltkonjunktur - nachlassende Auslandsnachfrage im Wesentlichen ausgleichen, so dass das Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr um 10,5 % und in den kommenden beiden Jahren um die 10 % zulegen wird. Bisher sind keine Anzeichen dafür auszumachen, dass sich die Wirtschaft überhitzt. Die Inflation wird für den Prognosezeitraum zwischen 1 % und 2 % liegen. Mögliche Gefahren für die positive konjunkturelle Entwicklung sind in den Handelsstreitigkeiten mit den USA und der Europäischen Union, einer Bildung von Überkapazitäten und dem Auseinanderklaffen in der urbanen und der ländlichen Entwicklung zu sehen.

In den übrigen ostasiatischen Ländern ist das Bruttoinlandsprodukt in den ersten drei Quartalen dieses Jahres mit Zuwachsraten um die 5 % gegenüber den Vorjahreszahlen gestiegen. Im größten Land dieser Gruppe, Korea, ist dabei eine Verlangsamung der konjunkturellen Dynamik festzustellen, die hauptsächlich auf eine Abschwächung der privaten Konsumnachfrage zurückzuführen ist. Insgesamt war die wirtschaftliche Expansion durch eine gute Entwicklung der Exporte geprägt. Das Nachgeben der Rohstoffpreise und vor allem das Sinken des Rohölpreises haben zu einer moderateren Preisentwicklung beigetragen. Vor diesem Hintergrund war kein weiteres Anziehen der Zinsen in der Region zu beobachten. Die politischen Unsicherheiten in der Region werden sich vorübergehend negativ auf die wirtschaftliche Dynamik auswirken. Für das Jahr 2006 ist von einem Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts um 5 % auszugehen. Die konjunkturelle Abkühlung in wichtigen Exportpartnerländern wird im Jahr 2007 und 2008 zu etwas geringeren Zuwachsraten um 4 ½ % führen.

Lateinamerika

In Lateinamerika wird das reale Bruttoinlandsprodukt nach 5,8 % im Jahr 2005 in diesem Jahr mit voraussichtlich 4,8 % erneut kräftig zunehmen. Eine Ursache für diese Expansion liegt in dem deutlichen Anstieg der Rohstoffpreise im ersten Halbjahr 2006 und der damit einhergehenden Verbesserung der Terms of Trade vieler Rohstoff exportierender Länder. Obwohl auch die Importe auf Grund einer steigenden Binnennachfrage merklich anziehen, weist die aggregierte Leistungsbilanz weiterhin einen deutlichen Überschuss aus. Eine weniger restriktive Geldpolitik der Notenbanken zentraler Volkswirtschaften wie Brasilien und Mexiko hat die Investitionstätigkeit dort produzierender Unternehmen zusätzlich stimuliert. Auf Grund gestiegener Realeinkommen weitete sich auch die private Konsumnachfrage sehr deutlich aus, so dass das Wachstum zunehmend auf einer breiteren Basis steht. Im Prognosezeitraum wird sich die wirtschaftliche Expansion in Lateinamerika insgesamt nur leicht verlangsamen; so wird das reale Bruttoinlandsprodukt sowohl im Jahr 2007 als auch im Jahr 2008 um rund 4 % zunehmen.

Die brasilianische Wirtschaft expandiert im Jahresverlauf 2006 zunehmend kräftig. Nachdem das Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts im Vorjahr mit lediglich 2,3 % eher enttäuschend ausfiel, wird die Jahreswachstumsrate 2006 bei rund 3 % liegen. Die Gründe für die höhere Dynamik sind dabei in der zunehmend stärker werdenden Konsumnachfrage und einer höheren Investitionstätigkeit der Unternehmen zu sehen. Letztere wird vor allem durch einen weniger restriktiven geldpolitischen Kurs der Zentralbank unterstützt, die den Leitzins im Jahresverlauf von 18 % auf zuletzt 13,25 % im November gesenkt hat. Die Inflationsrate wird nach 5,7 % im Vorjahr im Jahresmittel 2006 etwa 3 % betragen. Auch in den nächsten beiden Jahren wird die Inlandsnachfrage vor allem vom privaten Verbrauch getrieben, der durch verschiedene Sozialprogramme und kräftig steigende Realeinkommen stimuliert wird. Der kräftige Zuwachs der Binnennachfrage wird den, durch die leicht schwächere Expansion der Weltkonjunktur bedingten, Rückgang der Exportdynamik überkompensieren. Insgesamt wird die brasilianische Volkswirtschaft in den Jahren 2007 und 2008 mit jeweils 4 % kräftig expandieren.

Mexiko, die zweitgrößte Volkswirtschaft Lateinamerikas, wird im Jahresdurchschnitt 2006 mit 4,7 % deutlich stärker wachsen als im Vorjahr. Dabei wird der private Konsum mit 4,9 % erneut merklich zulegen. Zudem zeigen die Unternehmensinvestitionen weiterhin eine hohe Dynamik und werden um 9,5 % ansteigen. Die Inflationsrate ist von 4 % im Jahresdurchschnitt 2005 auf 3,6 % im Mittel 2006 leicht zurückgegangen. Im Zuge der vorübergehend etwas geringeren konjunkturellen Dynamik in den USA wird die mexikanische Wirtschaft 2007 und 2008 mit jeweils rund 3,5 % etwas schwächer expandieren.

In Argentinien wird das reale Bruttoinlandsprodukt im Jahresdurchschnitt 2006 mit einer Rate von 7,8 % erneut sehr kräftig zunehmen, wenn auch etwas schwächer als in den beiden Vorjahren. Getragen wird das Wirtschaftswachstum weiterhin durch die starke Binnennachfrage, die jedoch das Expansionsniveau der Vorjahre nicht ganz halten kann. So steigt der private Konsum 2006 mit etwa 7 ½ % etwas schwächer an als im Vorjahr. Des Weiteren büßen auch die Exporte an Dynamik ein und erreichen mit einem

Zuwachs von 4 ½ % in diesem Jahr bei weitem nicht den Wert des Jahres 2005. Die Inflation hat weiter zugenommen und liegt nach durchschnittlich 9,6 % im Vorjahr gegenwärtig bei 11 %. Im Prognosezeitraum wird sich das Wachstum der argentinischen Wirtschaft weiter leicht abschwächen und in den Jahren 2007 und 2008 etwa 6 % betragen. Die Gründe für die geringeren Wachstumsraten liegen im allmählichen Ende des wirtschaftlichen Aufholprozesses nach der schweren Wirtschaftskrise des Jahres 2002. Zudem scheinen in vielen Bereichen der Produktion die Kapazitätsgrenzen erreicht zu sein. Die Inflation geht im Prognosezeitraum kontinuierlich zurück und wird im Jahresdurchschnitt 2007 voraussichtlich bei 9,5 % sowie 2008 bei 6,5 % liegen.

Russland

Die konjunkturelle Dynamik der russischen Wirtschaft ist weiterhin hoch. Nach einer leichten Schwäche zu Beginn des Jahres 2006 zog das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts in der Folge leicht an und wird im Jahresdurchschnitt wie im Vorjahr bei etwa 6,5 % liegen.

Angesichts deutlicher Terms-of-Trade Zugewinne und expansiver fiskalischer Impulse erwies sich die inländische Nachfrage zuletzt als treibende Kraft der Expansion. Der private Konsum wird 2006 um 12 % gegenüber Vorjahr zulegen. Da in vielen Branchen bereits seit längerem nahe der Kapazitätsgrenzen produziert wird, zeigen die Investitionstätigkeiten der Unternehmen seit dem Frühjahr einen deutlichen Aufwärtstrend. Begünstigt durch die hohen Öl- und Gaspreise wird der letztjährige Rekordüberschuss des Haushaltsbudgets in Höhe von 7,5 % des BIP auch 2006 wieder annähernd erreicht werden. Das um Ölpreiseffekte bereinigte Primärdefizit wird dabei allerdings erstmals die 7-Prozentmarke überschreiten. Mit der Rückzahlung von weiteren 22 Milliarden US-Dollar hat der russische Staat seine restlichen Verbindlichkeiten beim Pariser Club vorzeitig beglichen.

Im Zuge des anhaltend positiven Trends auf dem Arbeitsmarkt ist die Arbeitslosenquote auf gut 7 % gefallen. Nach einem starken Preisanstieg zu Jahresbeginn hat der inflationäre Druck in den folgenden Monaten deutlich nachgelassen, so dass die Inflationsrate im Jahresmittel 2006 mit etwas über 9 % erstmals seit dem Fall des Eisernen Vorhangs im einstelligen Bereich liegen wird.

In den Jahren 2007 und 2008 ist eine Expansion des realen Bruttoinlandsprodukts von etwa 6 % zu veranschlagen. Negative Risiken liegen dabei insbesondere in Kapazitätsengpässen sowie der steigenden Verschuldung im privaten Sektor und dem zunehmenden Mangel an qualifizierten Arbeitskräften. Das Handelsvolumen wird weiter zunehmen, wobei die Importe erneut stärker expandieren werden als die Exporte. Aufgrund des hohen Rohstoffanteils der russischen Exporte hängt die tatsächliche Entwicklung der Handelsbilanz jedoch entscheidend von der Preisentwicklung auf den Märkten für Öl und Gas ab. Die Arbeitslosenquote dürfte im Prognosezeitraum erneut leicht zurückgehen. Trotz der sich andeutenden fortgeführten fiskalischen Expansion und der zuletzt gesunkenen Rohstoffpreise wird für 2007 ein deutlicher Budgetüberschuss erwartet, wenn auch etwas geringer als in diesem Jahr. Die Regierung plant, die Überschüsse zur Finanzierung von Steuersenkungen, Infrastrukturinvestitionen und Reformvorhaben im Gesundheits- und Bildungswesen, sowie zur Aufstockung der Währungsreserven zu verwenden.

Bei der Inflation zeichnet sich für 2007 und 2008 ein weiterer Rückgang ab. Obwohl bei hohen Ölpreisen ein Teil der dadurch generierten Einnahmen in einen 2004 eigens dafür geschaffenen Stabilisierungsfonds¹ fließt, der überschüssige Liquidität teilweise binden soll, wird die Notenbank ihre Inflationsziele von maximal 8,5 % für das Jahr 2007 bzw. 5,5 % für das Jahr 2008 jedoch kaum einhalten können.

¹ Gegenwärtig fließen zusätzliche Überschüsse aus Exportzöllen für Rohöl und Steuerzahlungen von Erdölproduzenten bei einem Preis von über 27\$ pro Barrel in den Stabilisierungsfonds. Im Fall eines Ölpreisrückgangs auf unter 27\$ pro Barrel dient der Fonds zur Kompensation der Einnahmeausfälle. Nachdem das Fondsvermögen zur Jahresmitte 2005 erstmals die Grenze von 500 Milliarden Rubel überstieg, wurden die überschüssigen Mittel zur Begleichung der Staatsschulden gegenüber dem Ausland verwendet. Das Fondsvermögen ist zu je 45 % in Euro und US-Dollar, sowie zu 10 % in Pfund investiert, und beläuft sich gegenwärtig auf 2,05 Billionen Rubel bzw. 77 Milliarden US-Dollar (Quelle: Russisches Finanzministerium).

Euroraum

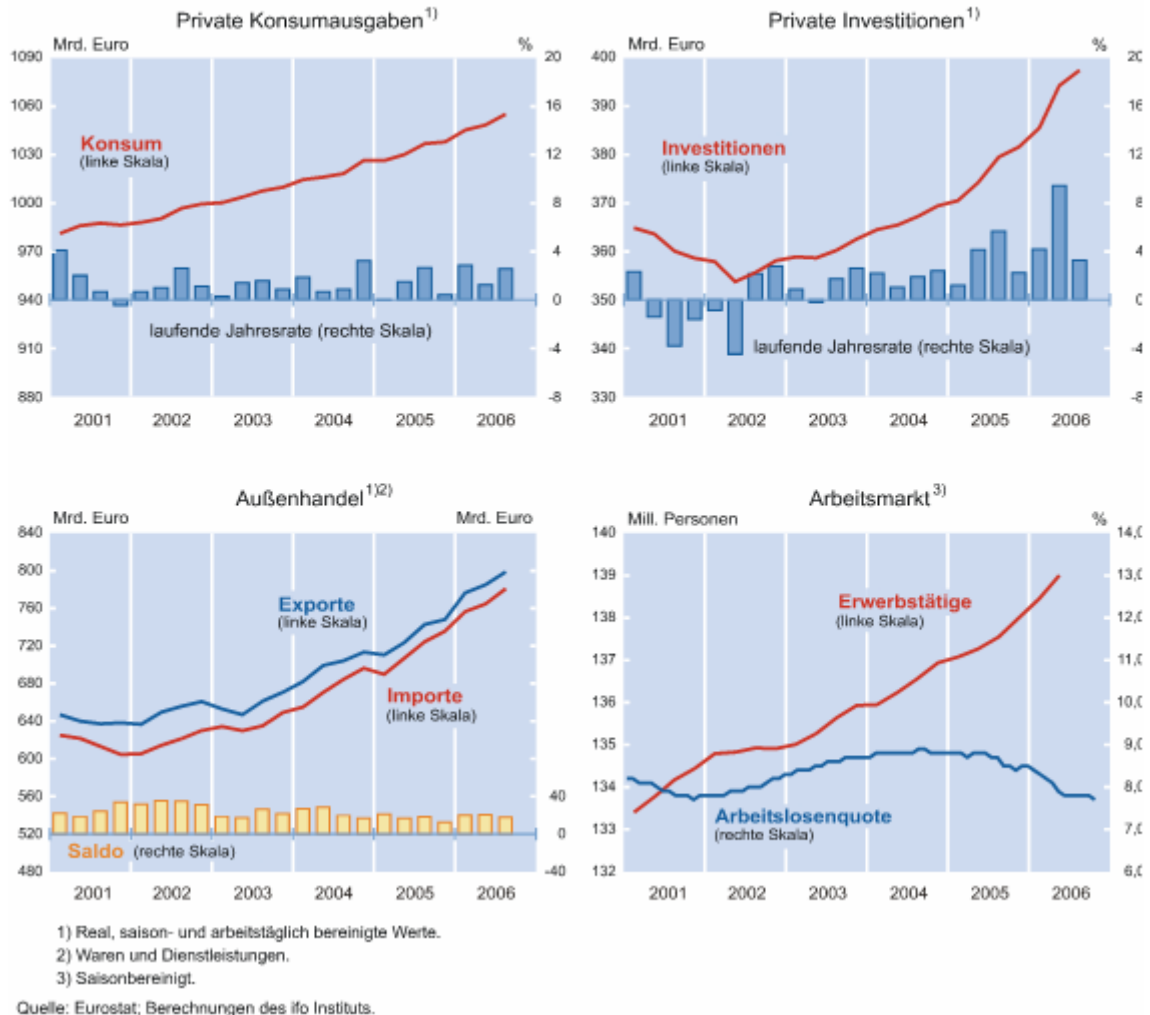
Die wirtschaftliche Expansion im Euroraum war im Verlauf der Jahres 2006 kräftig. Das Bruttoinlandsprodukt erhöhte sich mit einer durchschnittlichen laufenden Jahresrate von 3,2 %. Der Konsum nahm spürbar zu. Die Investitionen stiegen nicht zuletzt infolge der günstigen Ertragslage der Unternehmen deutlich. Der Außenbeitrag verbesserte sich hingegen nur leicht, da neben den Exporten auch die Importe stärker expandierten (vgl. Abb. 8).

Die Entwicklung der Wirtschaft in den großen Ländern des Euroraums verlief nahezu einheitlich. In Frankreich, Spanien und Italien legte der Konsum lebhaft zu; in Deutschland ist er zum ersten Mal seit mehreren Jahren wieder spürbar gestiegen. Die Investitionen in Ausrüstungen und in Bauten nahmen merklich zu. Allein der Außenbeitrag entwickelte sich unterschiedlich; in Italien erhöhte er sich – infolge des kräftigen Anstiegs der Exporte – stärker, während er in Frankreich und Spanien zurückging.

Die Lage am Arbeitsmarkt im Euroraum hat sich weiter verbessert. Die Zahl der Beschäftigten erhöhte sich kräftig. Die Arbeitslosenquote sank zudem spürbar von 8,5 % im Januar auf 7,7 % im Oktober. Der Anstieg der Löhne fiel insgesamt moderat aus. Die Entgelte der Arbeitnehmer stiegen durchschnittlich um 2 %. Dabei stiegen die Löhne in Frankreich, Italien und Spanien überdurchschnittlich, während sie in Deutschland erneut nahezu stagnierten.

Abb. 8

Konjunkturelle Entwicklung im Euroraum seit 2001

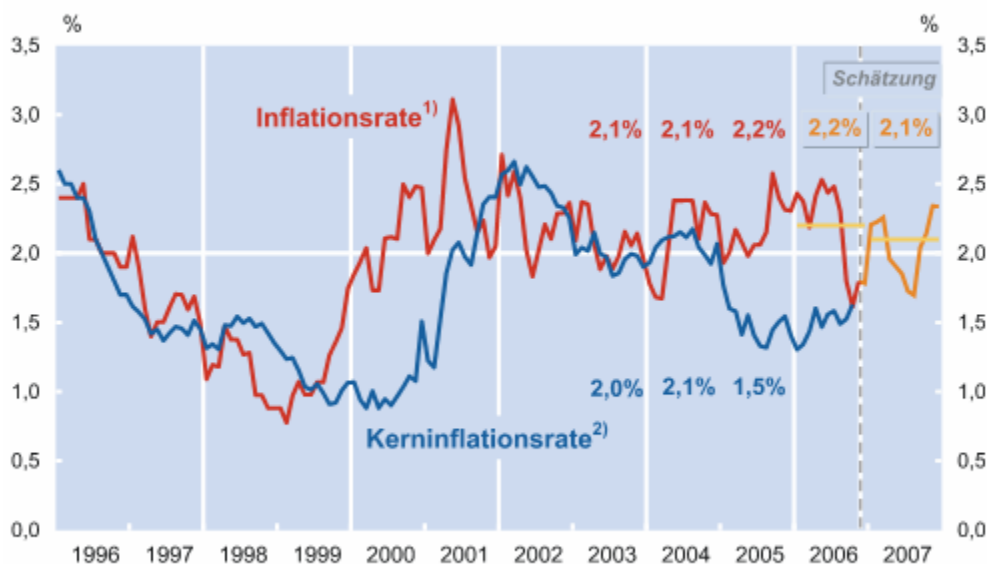


Der Anstieg der Preise blieb im Verlauf des Jahres 2006 moderat. Die Inflationsrate stieg im April – gemessen am harmonisierten Verbraucherpreisindex – infolge der vorübergehend starken Zunahme der Ölpreise auf 2,5 %; zuletzt lag sie bei 1,8 % (vgl. Abb. 9). Die Kerninflationsrate zog leicht an; sie stieg von 1,3 % im Januar auf 1,6 % im Oktober. Die langfristigen Inflationserwartungen blieben unverändert stabil.

Abb. 9

Inflation und Kerninflation im Euroraum

Preisveränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Harmonisierter Verbraucherpreisindex.- 2) HVPI ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel.

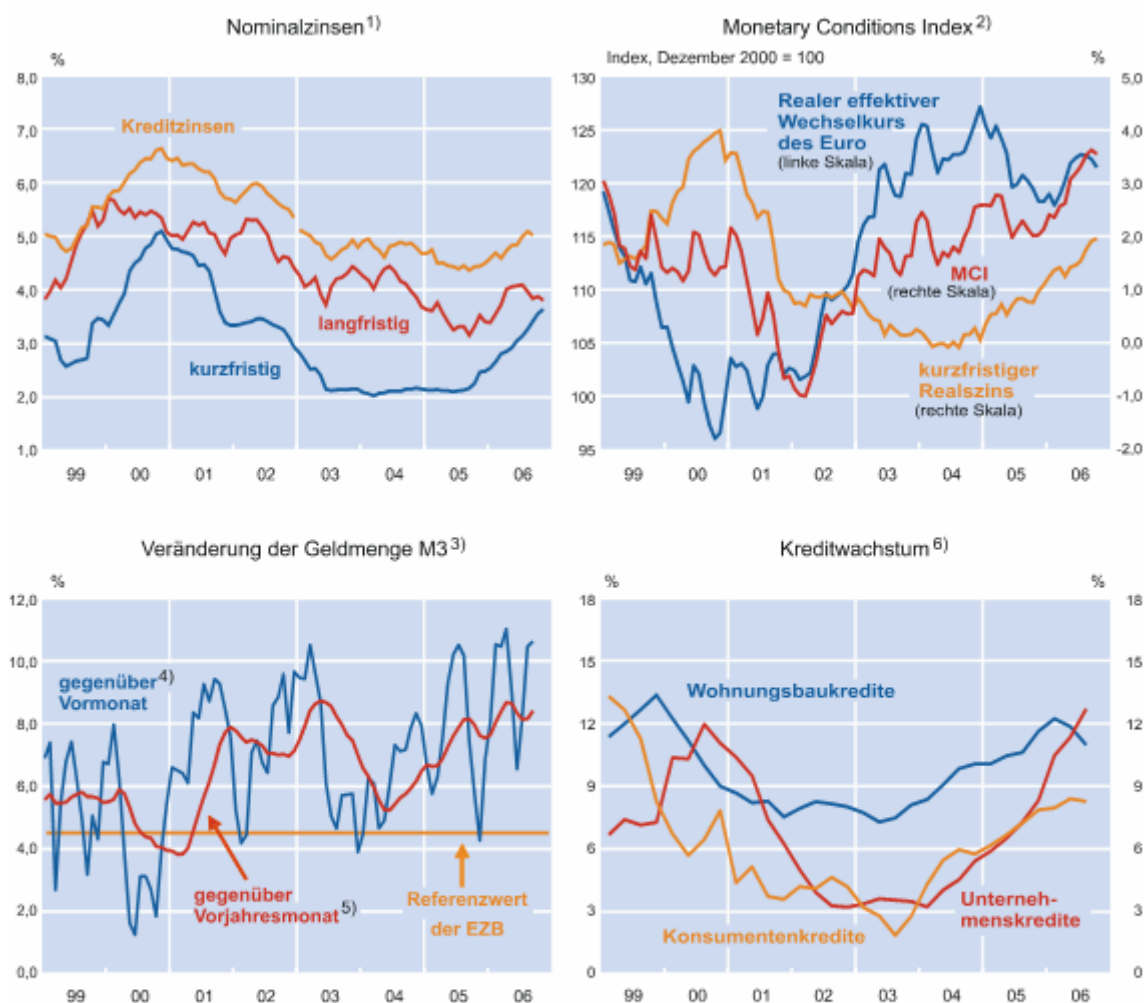
Quelle: Eurostat; Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts (Dezember 2006).

Die EZB hat ihre Politik der Straffung weiter fortgesetzt und den Leitzins am 7. Dezember auf 3,5 % angehoben. Der Zinssatz für Dreimonatsgeld stieg damit seit Anfang dieses Jahres von 2,5 % auf 3,7 % (vgl. Abb. 10). Die Rendite der zehnjährigen Staatsanleihen, die bis zur Jahresmitte auf über 4 % anzog, fiel allerdings in den letzten Monaten und liegt aktuell bei 3,7 %. Die durchschnittlichen Zinsen für Unternehmenskredite stiegen demgegenüber kontinuierlich auf über 5 % an. Als Folge des zunehmend restriktiveren Kurses der EZB erhöhten sich die kurzfristigen Realzinsen auf knapp 2 %, was maßgeblich für die Verschlechterung der monetären Rahmenbedingungen war. Aber auch die stetige Aufwertung des Euros seit Ende 2005 trug ihren Teil dazu bei. Die Geldmenge M3 nahm weiterhin mit über 8 % (zentrierter Dreimonatsdurchschnitt) im Vorjahresvergleich zu. Von der Entstehungsseite her war dieses Wachstum zuletzt vor allem durch die Entwicklung der Unternehmenskredite bestimmt, die mit über 12 % gegenüber dem Vorjahr zulegten. Die Wohnungsbaukredite stiegen zwar auch weiterhin mit zweistelligen Raten; ihre Dynamik schwächte sich aber seit Jahresbeginn zunehmend ab. Aber auch bei den Unternehmenskrediten zeichnet sich am aktuellen Rand eine Verlangsamung der

Dynamik ab; die auf Jahresrate hochgerechnete Veränderung gegenüber dem Vormonat (zentrierter Dreimonatsdurchschnitt) fiel von 16 % im März auf unter 10 % im September.

Abb. 10

Zur monetären Lage im Euroraum



1) Kurzfristig = 3-Monats-Euribor, langfristig = zehnjährige Staatsanleihen; Kreditzinsen = vor 2003: Unternehmenskredite mit einer Laufzeit von mehr als 1 Jahr, nach 2003: Zinssatz für Kredite im Neugeschäft bis zu einer Mio. Euro an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften mit einer anfänglichen Laufzeit von einem bis fünf Jahren.- 2) Der MCI (Monetary Conditions Index) wurde gemäß folgender Formel berechnet: $MCI = (r_t - 2\%) + 1/6 (q_t - q_0)$. r_t bezeichnet den Realzins auf Basis der Kerninflationsrate, q_t den realen effektiven Wechselkurs des Euro (weiter Länderkreis); Berechnung auf Basis der Konsumentenpreisindizes und q_0 den realen effektiven Wechselkurs im Dezember 2000, der auf hundert gesetzt wurde. Die Gewichtung des realen effektiven Wechselkurses mit 1/6 wurde zur Analogie zum OECD Economic Outlook vorgenommen.- 3) M3 = Bargeldumlauf, täglich fällige Einlagen, Einlagen mit einer vereinbarten Laufzeit von bis zu 2 Jahren, Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von bis zu 3 Monaten, Repogeschäfte, Geldmarktfondsanteile und -papiere, Schuldverschreibungen bis zu 2 Jahren; Index, saisonbereinigt, zentrierter Dreimonatsdurchschnitt der Veränderungsrate in %.- 4) Auf Jahresrate hochgerechnet.- 5) Gleitender Dreimonatsdurchschnitt.- 6) Veränderung gegenüber dem Vorjahresquartal; Unternehmenskredite = Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften; Wohnungsbaukredite = Wohnungsbaukredite der privaten Haushalte.

Quelle: Europäische Zentralbank; Eurostat; Berechnungen des ifo Instituts.

Die EZB wird im kommenden Jahr zunächst eine Zinspause einlegen und den Leitzins bei 3,5 % belassen. Dieser eingeschlagene geldpolitische Kurs, der den Zinssatz für

Dreimonatsgeld bei 3,7 % stabilisieren wird, ist als neutral zu bewerten, da er die konjunkturelle Entwicklung im Euroraum weder stimuliert noch dämpft. Zwar betonte die EZB bei ihrer letzten Sitzung, dass die Aussichten für die Inflationsrate mit einer Reihe von Aufwärtsrisiken behaftet seien, die vor allem aus der reichlichen Liquiditätsausstattung des Eurosystems sowie der Ölpreis- und der Lohnentwicklung resultierten. Andererseits könnte eine weitere Aufwertung des Euro den Druck auf die Preise verringern. Vor dem Hintergrund der in der vorliegenden Prognose getroffenen Annahmen und der Einschätzung der konjunkturellen Entwicklung im Euroraum wird die Inflationsrate (bereinigt um die temporären Effekte der Mehrwertsteuererhöhung in Deutschland) allerdings in den nächsten zwei Jahren unter der von der EZB festgelegten Obergrenze für Preisstabilität liegen. Diese Prognose, die sich weitgehend mit den jüngsten Projektionen des EZB-Stabes deckt, dürfte für die abwartende Haltung der EZB maßgeblich sein.

Die Lage der öffentlichen Haushalte im Euroraum hat sich im Jahr 2006 infolge der konjunkturellen Entwicklung verbessert. Zwar sind die Staatsausgaben weiter gestiegen, die Steuereinnahmen nahmen aber noch kräftiger zu. Das Haushaltsdefizit in Relation zum Bruttoinlandsprodukt ist von 2,4 % auf 2,1 % gefallen. Während Deutschland das Defizitkriterium von 3 % – erstmals wieder seit dem Jahr 2001 – erfüllte, wurde es Italien und Portugal erneut deutlich verfehlt.

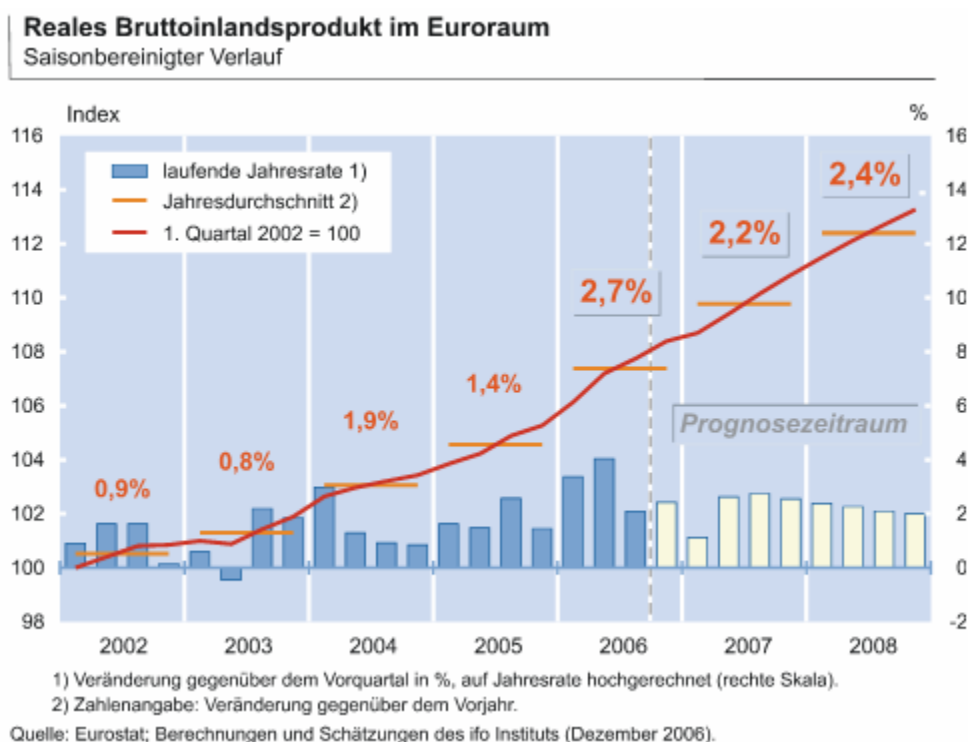
Die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte im Euroraum wird sich im Jahr 2007 fortsetzen. Vor allem in Deutschland, aber auch in Italien, Griechenland und Portugal, sind fiskalpolitische Maßnahmen zur Verringerung des strukturellen Defizits vorgesehen. Einsparungen bei den Ausgaben sind jedoch nicht eingeplant; stattdessen sollen die Einnahmen mittels Steuererhöhungen – wie zum Beispiel der beschlossenen Erhöhung der Mehrwertsteuer in Deutschland oder der angestrebten Verschärfung der Progression der Einkommensteuer in Italien – ausgeweitet werden.

Slowenien wird zum 1. Januar 2007 in den Euroraum aufgenommen. Der Wechselkurs wurde auf 239,64 Tolar je Euro fixiert. Litauen wurde dagegen die Aufnahme

verweigert, da es das Inflationskriterium verfehlte. Estland zog seinen Aufnahmeantrag zurück, nachdem die EU-Kommission andeutete, dass die Zustimmung zur Aufnahme aufgrund der Verletzung des Inflationskriteriums nicht gewährt werden wird.

Die wirtschaftliche Expansion im Euroraum wird im Prognosezeitraum kräftig bleiben. Der Konsum dürfte infolge der verbesserten Lage am Arbeitsmarkt lebhaft steigen. Die Investitionen dürften sich etwas verlangsamt aber dennoch merklich erhöhen. Der Saldo im Außenhandel wird sich bei einer vorübergehend leicht abflachenden weltwirtschaftlichen Entwicklung nicht nennenswert verbessern (vgl. Tab. 4).

Abb. 11



Im Euroraum wird das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2007 um 2,2 % steigen, im Jahr 2008 um 2,4 % (vgl. Abb. 11). Der Anstieg der Preise dürfte moderat bleiben. Die Inflationsrate (gemessen am harmonisierten Verbraucherpreisindex HVPI) wird im Jahr 2007 bei 2,1 % und im Jahr 2008 bei 1,8 % liegen. Der Effekt der deutschen Mehrwertsteuererhöhung auf den Anstieg des HVPI im Euroraum wird für 2007 auf 0,3 Prozentpunkte geschätzt. Die Lage am Arbeitsmarkt dürfte sich weiterhin

verbessern, was die Entwicklung der verfügbaren Einkommen begünstigt. Die Zahl der Beschäftigten wird leicht steigen; die Arbeitslosenquote wird im Jahr 2007 bei 7,4 % und im Jahr 2008 bei 7,2 % liegen.

Tab. 4

Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung im Euroraum

	2005	2006	2007	2008
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Reales Bruttoinlandsprodukt	1,4	2,7	2,2	2,4
Privater Konsum	1,4	1,9	1,7	2,0
Öffentlicher Konsum	1,3	1,9	1,5	1,6
Bruttoanlageinvestitionen	2,3	4,8	4,1	4,3
Inländische Verwendung	1,7	2,5	2,2	2,4
Exporte ¹	3,9	8,5	4,6	5,0
Importe ¹	4,7	8,3	4,9	5,3
Außenbeitrag ²	-0,2	0,2	0,0	0,0
Verbraucherpreise ³	2,2	2,2	2,1	1,8
In % des nominalen Bruttoinlandsprodukts				
Budgetsaldo ⁴	-2,4	-2,1	-1,6	-1,3
Leistungsbilanzsaldo	0	-0,3	-0,1	-0,1
In % der Erwerbspersonen				
Arbeitslosenquote ⁵	8,6	7,8	7,4	7,2

¹ Einschließlich Intrahandel. – ² Wachstumsbeitrag. – ³ Harmonisierter Verbraucherpreisindex.
– ⁴ Gesamtstaatlich. – ⁵ Standardisiert.

Quellen: Eurostat; Europäische Zentralbank; Berechnungen des ifo Instituts; 2006, 2007 und 2008: Prognose des ifo Instituts.

Großbritannien

Das Bruttoinlandsprodukt in Großbritannien stieg seit Beginn des Jahres 2006 deutlich. Der private Konsum nahm lebhaft zu. Die Investitionen erhöhten sich infolge der günstigen Ertragslage der Unternehmen kräftig. Der Außenbeitrag verringerte sich dagegen leicht, da die Exporte etwas schwächer als die Importe expandierten.¹

Die Lage am Arbeitsmarkt hat sich eingetrübt. Die Zahl der Beschäftigten legte zwar moderat zu; jedoch ist die Arbeitslosenquote, auch infolge von Zuwanderung nach der Öffnung des Arbeitsmarktes für Arbeitnehmer aus den neuen EU-Mitgliedsländern,

¹ Die Einschätzung der Entwicklung der Nettoexporte wird aktuell durch die Ausweitung des Mehrwertsteuerbetrugs in Verbindung mit Karussellgeschäften erschwert. Der Außenbeitrag dürfte jedoch einen leicht negativen Wachstumsbeitrag geliefert haben.

gestiegen. Sie lag im August bei 5,6 %, nach 5,1 % im Januar. Der Anstieg der Löhne blieb mäßig.

Die Bank of England hat ihren geldpolitischen Kurs im Jahr 2006 infolge der gestiegenen Inflation weiter gestrafft. Sie erhöhte ihren Leitzins im November auf 5 %, nachdem er bereits im August auf 4,75 % angehoben wurde. Die Inflationsrate – gemessen am harmonisierten Verbraucherpreisindex – stieg im Oktober auf 2,5 %, während sie noch im Januar bei 1,9 % lag. Auch die Kerninflationsrate legte zu. Die langfristigen Zinsen zogen dagegen nur verhalten an. Der Zinssatz für Staatsanleihen mit einer zehnjährigen Laufzeit lag im Oktober bei 4,6 %.

Die Finanzpolitik der Regierung blieb im vergangenen Fiskaljahr expansiv ausgerichtet. Der Anstieg der Staatsausgaben wurde allerdings teilweise durch konjunkturell bedingte höhere Einnahmen abgemildert; das Haushaltsdefizit in Relation zum Bruttoinlandsprodukt erhöhte sich daher nur leicht auf 3,3 % nach 3,2 % im Jahr 2005. Die Regierung plant ihre Finanzpolitik auch im laufenden Fiskaljahr expansiv zu gestalten. Vor allem die Ausgaben für Bildung und Infrastruktur sollen nochmals angehoben werden. Das Haushaltsdefizit in Relation zum Bruttoinlandsprodukt wird daher voraussichtlich – trotz der kräftigen konjunkturellen Entwicklung – nur unwesentlich auf etwa 3 % sinken.

Die wirtschaftliche Entwicklung in Großbritannien wird im Prognosezeitraum schwungvoll bleiben. Der private Konsum dürfte lebhaft zunehmen. Die Investitionen dürften merklich expandieren, da die Absatzaussichten der Unternehmen aussichtsreich bleiben. Das Defizit im Außenhandel wird sich aufgrund der vorübergehenden Abflachung der weltwirtschaftlichen Entwicklung etwas vergrößern. Insgesamt wird sich das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2007 um 2,6 % und im Jahr 2008 um 2,5 % erhöhen. Die Preise dürften moderat steigen.

Neue EU-Mitgliedsländer

In den neuen EU-Mitgliedsländern setzte sich die wirtschaftliche Expansion im ersten Halbjahr 2006 spürbar fort. Der Konsum stieg merklich. Die Investitionen legten hauptsächlich in Polen deutlich zu, während sie in der Slowakei, aber auch in der Tschechien, schwächer expandierten. Der Außenbeitrag verbesserte sich insgesamt nur leicht, da die Exporte kaum stärker als die Importe stiegen.

In den großen Ländern der Region haben die Zentralbanken im Verlauf des Jahres 2006 ihren geldpolitischen Kurs unterschiedlich ausgerichtet. In Polen wurden die Leitzinsen gesenkt, während sie in Tschechien und in Ungarn mehrfach angehoben wurde. Die Unterschiede in der geldpolitischen Reaktion lagen hauptsächlich an der jeweiligen Entwicklung der Inflation, die im Jahresverlauf in Polen sank, in Tschechien und in Ungarn jedoch – teilweise deutlich – anzog. Die Wechselkurse werteten mit der Ausnahme von Ungarn real effektiv auf.

Zum 1. Januar 2007 werden Rumänien und Bulgarien der Europäischen Union beitreten. Beide Länder zeichnen sich zwar durch ein dynamisches Wachstum aus, dennoch liegt ihr Wachstumsbeitrag aufgrund des geringen Anteils am Bruttoinlandsprodukt der erweiterten Union bei weniger als 1 %. Die Inflationsraten sind sowohl in Rumänien als auch in Bulgarien vergleichsweise hoch.

Die wirtschaftliche Expansion in den neuen EU-Mitgliedsländern wird sich im Prognosezeitraum kräftig, jedoch vorübergehend etwas verlangsamt fortsetzen. Das Bruttoinlandsprodukt in der Region wird im Jahr 2007 um etwa 4,5 % steigen, ehe es sich im Jahr 2008 um etwa 5 % erhöht. Der Anstieg der Preise dürfte spürbar hoch bleiben.

Tab. 5

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in Europa

	Gewicht	Bruttoinlandsprodukt ¹				Verbraucherpreise ²				Arbeitslosenquote ³			
	(BIP)	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %											
	in %	2005	2006	2007	2008	2005	2006	2007	2008	2005	2006	2007	2008
Deutschland	20,9	0,9	2,5	1,9	2,3	1,9	1,8	2,5	1,5	9,5	8,4	8,1	7,9
Frankreich	15,7	1,2	2,1	2,0	2,2	1,9	2,0	1,5	1,7	9,9	9,2	8,7	8,5
Italien	13,1	0,0	1,7	1,4	1,5	2,2	2,2	1,8	2,0	7,7	7,1	6,8	6,7
Spanien	7,8	3,5	3,7	3,2	3,4	3,4	3,5	3,2	2,9	9,2	8,3	7,6	7,4
Niederlande	4,5	1,5	3,0	2,4	2,6	1,5	1,6	1,4	1,5	4,7	4,0	3,7	3,6
Belgien	2,7	1,1	3,1	2,5	2,7	2,5	2,3	2,0	1,9	8,4	8,5	8,3	8,1
Österreich	2,2	2,0	3,3	2,5	2,7	2,1	1,7	1,6	1,7	5,2	4,9	4,7	4,5
Griechenland	1,6	3,7	4,1	3,9	4,0	3,5	3,3	3,1	2,9	9,8	9,1	8,8	8,6
Finnland	1,4	2,9	5,8	4,2	3,5	0,8	1,2	1,5	1,3	8,4	7,9	7,7	7,6
Irland	1,4	5,5	5,2	4,7	5,0	2,2	2,7	2,6	2,4	4,4	4,4	4,4	4,2
Portugal	1,3	0,4	1,5	1,6	1,4	2,1	3,2	2,6	2,2	7,6	7,4	7,2	7,2
Slowenien	0,3	4,0	5,1	4,0	4,3	2,5	2,3	2,4	2,1	6,5	6,1	6,0	5,8
Luxemburg	0,2	4,0	6,2	4,4	4,6	3,8	3,0	2,8	2,5	4,5	4,8	4,6	4,4
Euroraum^{4,5}	73,2	1,4	2,7	2,2	2,4	2,1	2,2	2,1	1,8	8,6	7,8	7,5	7,3
Großbritannien	17,1	1,9	2,6	2,6	2,5	2,1	2,2	2,0	1,9	4,8	5,5	5,6	5,5
Schweden	2,7	2,9	4,3	3,8	3,1	0,8	1,6	1,9	2,1	7,8	6,5	6,3	6,1
Dänemark	1,9	3,0	3,1	2,3	2,1	1,7	1,9	2,1	2,0	4,8	3,9	3,7	3,6
EU 16⁴	94,8	1,5	2,7	2,3	2,4	2,1	2,2	2,1	1,9	7,9	7,4	7,1	6,9
Polen	1,9	3,2	5,4	4,8	5,1	2,2	1,3	2,1	2,2	17,7	14,6	13,8	13,1
Tschechien	0,8	6,1	6,2	4,9	4,7	1,6	2,1	2,6	2,5	7,9	7,2	6,8	6,6
Ungarn	0,8	4,2	3,9	2,2	2,8	3,5	4,0	3,8	4,1	7,2	7,5	7,4	7,2
Rumänien	0,6	4,1	6,5	5,2	5,6	9,1	6,7	7,0	6,9	7,9	7,8	6,8	6,4
Slowakei	0,3	6,0	6,4	5,9	6,1	2,8	4,2	3,5	3,7	16,3	13,4	12,8	12,2
Litauen	0,2	7,6	8,5	7,5	7,7	2,7	3,7	3,3	3,4	8,3	5,8	5,2	4,9
Bulgarien	0,2	5,5	5,7	6,0	6,2	5,0	7,2	5,6	4,9	10,1	8,6	8,1	7,8
Zypern	0,1	3,9	4,0	3,7	3,9	2,0	2,3	2,1	2,2	5,2	5,2	5,2	5,1
Lettland	0,1	10,2	11,0	9,0	9,5	6,9	6,4	6,1	6,2	8,9	7,2	6,5	6,2
Estland	0,1	10,5	11,2	8,8	9,2	4,1	4,3	4,1	4,2	7,9	5,2	4,4	4,2
Malta	0,0	2,2	2,4	2,1	2,3	2,5	2,8	2,4	2,3	7,3	7,5	7,4	7,0
Neue EU-Mitgliedsländer	5,2	4,6	5,8	4,8	5,0	3,3	3,1	3,4	3,4	11,8	10,2	9,5	9,1
EU 27⁴	100,0	1,7	2,9	2,4	2,6	2,2	2,2	2,2	1,9	8,7	7,9	7,6	7,3
<i>nachrichtlich:</i>													
Exportgewichtet ⁵		2,2	3,3	2,8	2,9	2,2	2,3	2,1	2,1	–	–	–	–

¹ Die Zuwachsraten sind untereinander nicht voll vergleichbar, da sie für einige Länder um Arbeitstageeffekte bereinigt sind, für andere – wie für Deutschland – nicht. – ² EU16 Harmonisierter Verbraucherpreisindex. – ³ Standardisiert.

⁴ Summe der aufgeführten Länder. Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2005 in US-Dollar, Arbeitslosenquote gewichtet mit der Zahl der Erwerbspersonen von 2004. ⁵ Summe der aufgeführten Länder. Gewichtet mit den Anteilen an der deutschen Ausfuhr 2005.

Quellen: Eurostat; IMF; OECD; Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; 2006, 2007 und 2008: Prognose des ifo Instituts

Deutschland: Auslastungsgrad steigt weiter

Die deutsche Wirtschaft befindet sich zum Jahresende 2006 in einem kräftigen Aufschwung, der Anfang 2005 begonnen hat. Treibende Kraft des Booms ist weiterhin die Auslandsnachfrage, die trotz der diesjährigen kräftigen Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar aufgrund der schwungvollen Weltkonjunktur erneut sehr kräftig zugelegt hat. Die Exporte dürften im Jahresdurchschnitt 2006 um 10,5 % gestiegen sein, das ist der größte Zuwachs seit dem Jahr 2000. Anders als im Jahr 2005 ist nunmehr aber auch die Binnenkonjunktur in Schwung gekommen. Die Investitionen in Bauten und Ausrüstungen wurden im laufenden Jahr recht zügig ausgeweitet, hier ist mit Raten von 2,9 % bzw. 7,7 % zu rechnen.

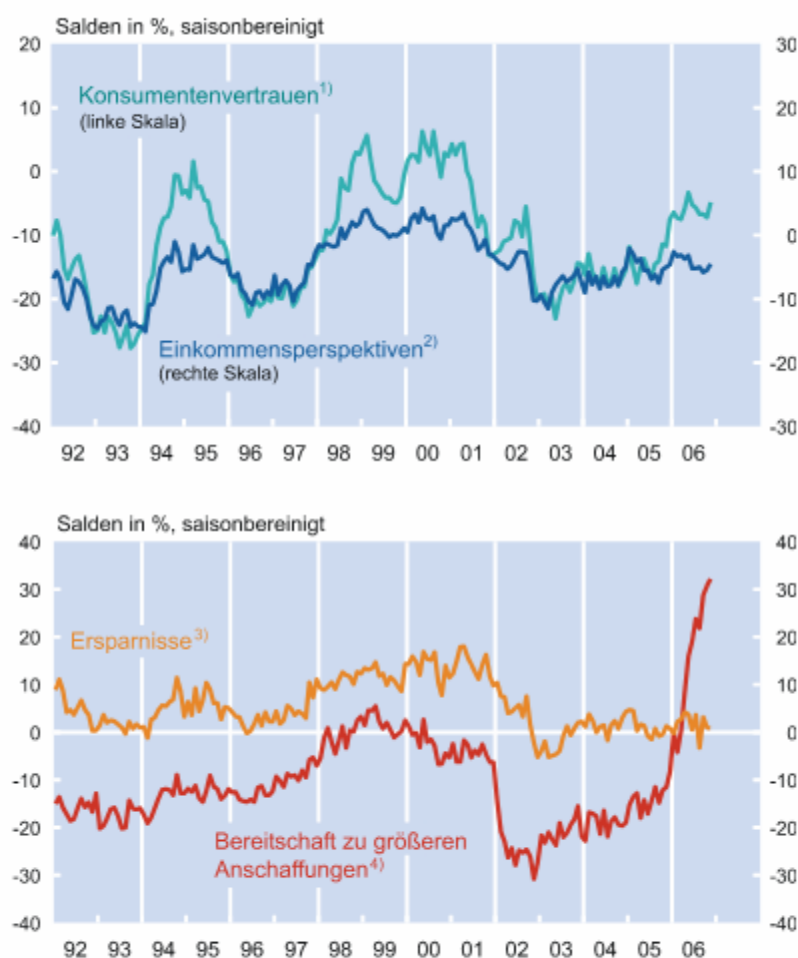
Der private Konsum, mit einem Anteil von 59 % am nominalen BIP die gewichtigste Verwendungskomponente, vermochte im laufenden Jahr zum ersten Mal seit dem Jahr 2001 wieder etwas zuzulegen (+1,1 %). Allerdings ist die aktuelle Stimmung der Verbraucher trotz der positiven Arbeitsmarktentwicklung nur wenig besser als zum Jahresanfang. Auch ist die Beurteilung der Einkommensperspektiven wieder ungünstiger geworden. Enorm gestiegen ist dagegen lediglich die Bereitschaft der Verbraucher, angesichts der bevorstehenden Mehrwertsteuererhöhung ins laufende Jahr größere Anschaffungen vorzuziehen, was bei einer insgesamt verhaltenen Realeinkommensentwicklung allerdings teilweise zu Lasten anderer Konsumausgaben gegangen sein könnte. Bei alledem ist die Neigung der privaten Haushalte, Ersparnisse zu bilden, gering geblieben (vgl. Abb. 12).

Die Realeinkommensentwicklung im Inland wurde im Verlauf des Jahres 2006 in beträchtlichem Ausmaß von der Berg- und Talfahrt der Ölpreise beeinflusst. Die Notierungen für Rohöl stiegen in den ersten 8 Monaten von knapp 60 US-Dollar je Barrel Brent auf Spitzenwerte von knapp 80 US-Dollar; in den Herbstmonaten fiel der Ölpreis dann wieder auf die 60-Dollarmarke, um zuletzt erneut auf knapp 65 US-Dollar anzuziehen. Gemittelt über das ganze Jahr war er um 20 % höher als 2005, was im Inland entsprechend Kaufkraft kostete, obwohl die Ölnotierungen in heimischer

Währung gerechnet nicht so stark gestiegen sind wie auf US-Dollarbasis (vgl. Abb. 13). Der Realeinkommensverlust zugunsten des Auslands und hier insbesondere zugunsten der ölexportierenden Länder belief sich im Jahresdurchschnitt 2006 schätzungsweise auf knapp einen Prozentpunkt des BIP.¹

Abb. 12

Indikatoren zur Konsumkonjunktur

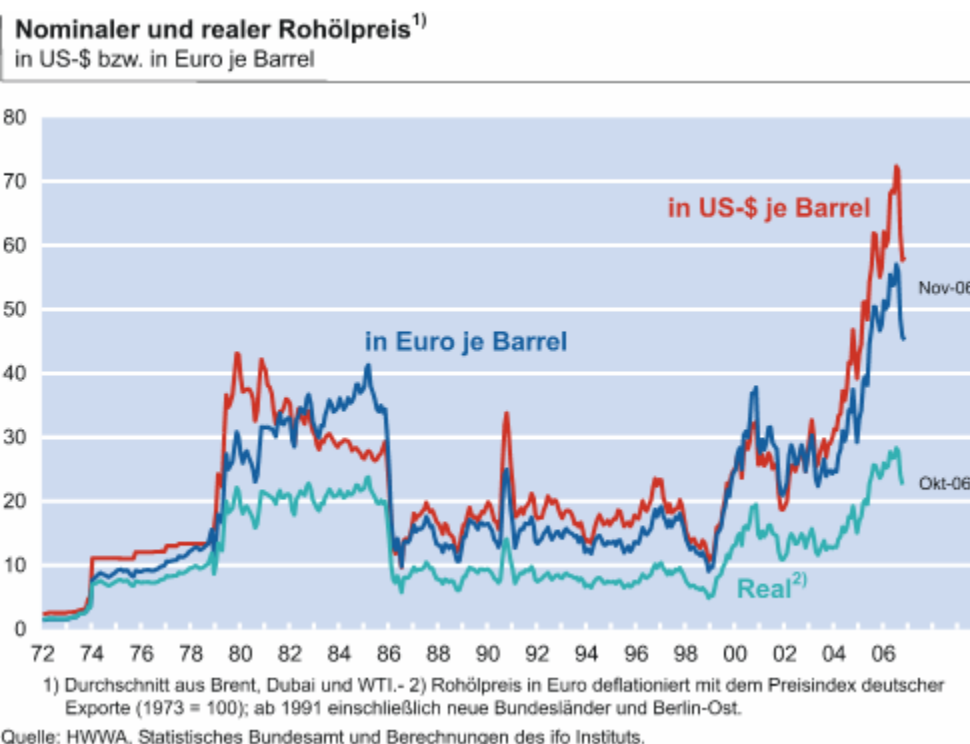


1) Mittelwert der Salden in % der Meldungen der privaten Haushalte zu ihrer finanziellen und wirtschaftlichen Lage (in den kommenden 12 Monaten), Arbeitslosigkeitserwartungen (in den kommenden 12 Monaten) und den Ersparnissen (in den kommenden 12 Monaten).
2) Finanzielle Lage in den kommenden 12 Monaten.- 3) In den kommenden 12 Monaten.
4) Gegenwärtig.

Quelle: Europäische Kommission.

¹ Die Änderung des inländischen Realeinkommens aufgrund einer Änderung der Terms of Trade wird durch die Differenz zwischen der Veränderungsrate des realen BIP und der Veränderungsrate des Realwerts des BIP gemessen (nominales BIP deflationiert mit dem Preisindex für die inländische Verwendung). Zum Terms-of-Trade-Effekt vgl. W. Nierhaus, Realeinkommen im neuen Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen, ifo Schnelldienst, Jg. 53, Nr. 4, 2000, S. 7-13.

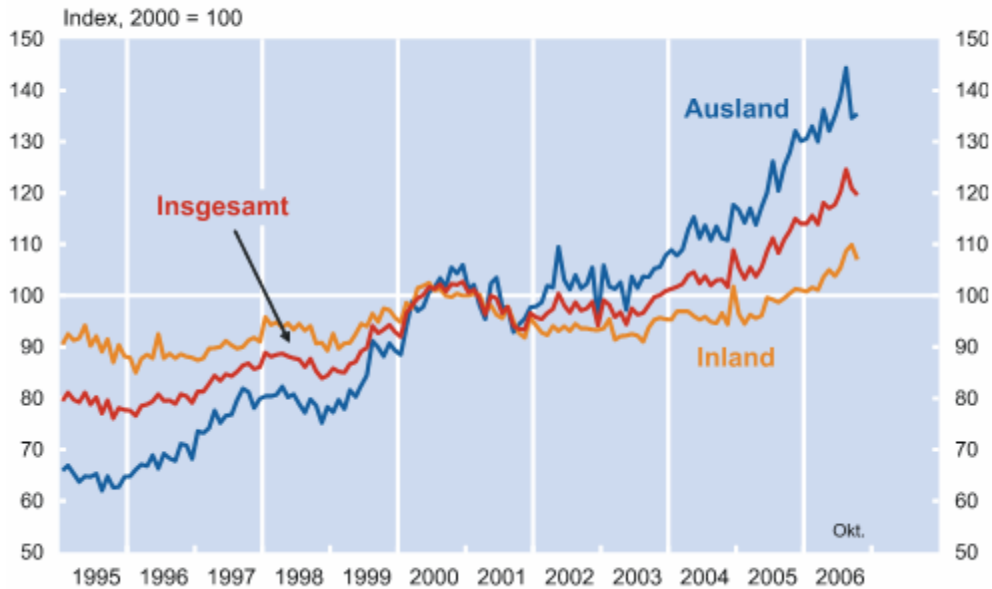
Abb. 13



Die Quantifizierung der gesamtwirtschaftlichen Produktion im laufenden Quartal erfolgt wie immer auf der Basis der amtlichen Frühindikatoren und der Ergebnisse des ifo Konjunkturtests. Der Auftragseingang ist im Oktober zum zweiten Mal in Folge gesunken; saisonbereinigt haben die Bestellungen um 1,1 % abgenommen, nach einem Minus von 3,0 % im September. Während sich die Auslandsnachfrage nach dem scharfen Rückgang im September wieder stabilisierte (+0,6 %), nahmen diesmal die Aufträge aus dem Inland deutlich ab (-2,6 %; vgl. Abb. 14). Hier war die Nachfrage nach Investitionsgütern, vor allem beim Fahrzeugbau, rückläufig. Allerdings waren – anders als in den vorangegangenen Monaten – weniger Großaufträge zu verbuchen. Der hier zu verzeichnende Rückgang dürfte im Zusammenhang mit dem absehbaren temporären Nachfrageausfall aufgrund der Mehrwertsteuererhöhung stehen. Im konjunkturell aussagekräftigeren, weil durch mögliche Sondereffekte weniger beeinflussten Dreimonatsvergleich blieb die Ordertätigkeit dagegen aufwärtsgerichtet (+2,9 %).

Abb. 14

Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe in Deutschland
(Volumen, saisonbereinigt Census X-12-ARIMA)



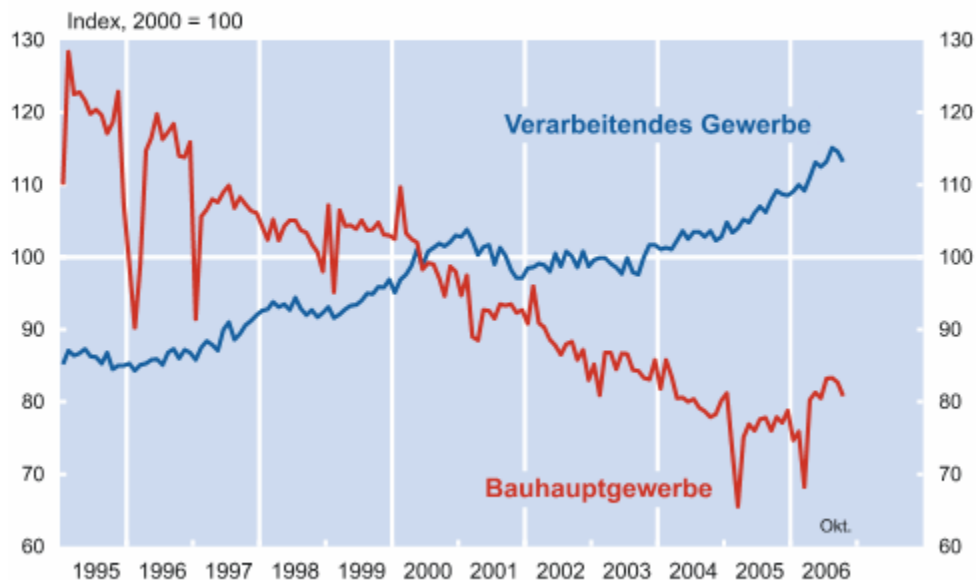
Quelle: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

Auch die Industrieproduktion ist im Oktober gesunken. Auf der Basis des in der amtlichen Statistik vorrangig eingesetzten Saisonbereinigungsverfahrens Census X-12-ARIMA ergab sich ein Rückgang von 1,2 %. Im Dreimonatsvergleich war allerdings eine Zunahme von 1,2 % zu registrieren. Deutlich günstiger fällt die Einschätzung der neuesten Produktionsentwicklung jedoch aus, wenn man andere gebräuchliche Saisonbereinigungsverfahren wie das Berliner Verfahren BV4.1 einsetzt. Nach diesem Verfahren ist im Oktober die Produktion sogar gestiegen, und zwar um 0,6 %. Im Dreimonatsvergleich belief sich hier die Zunahme, ähnlich wie beim Census-Verfahren, auf gut 1 %.¹ Das Bauhauptgewerbe hat sich, nach winterbedingtem Einbruch, im Jahresverlauf kräftig entwickelt. Im September und Oktober ergab sich allerdings ein Produktionsrückgang (vgl. Abb. 15). Im Einzelhandel sanken die realen Umsätze ebenfalls leicht; im längerfristigen Trend nimmt hier der Absatz allerdings schon seit dem Jahr 2003 wieder etwas zu.

¹ Die beiden Saisonbereinigungsverfahren Census X-12-ARIMA und BV4.1 beruhen auf unterschiedlichen mathematisch-statistischen Methoden und können von daher zu divergierenden Ergebnissen führen.

Abb. 15

Produktion im verarbeitenden Gewerbe und Bauhauptgewerbe in Deutschland (Volumen, saisonbereinigt Census X-12-ARIMA)



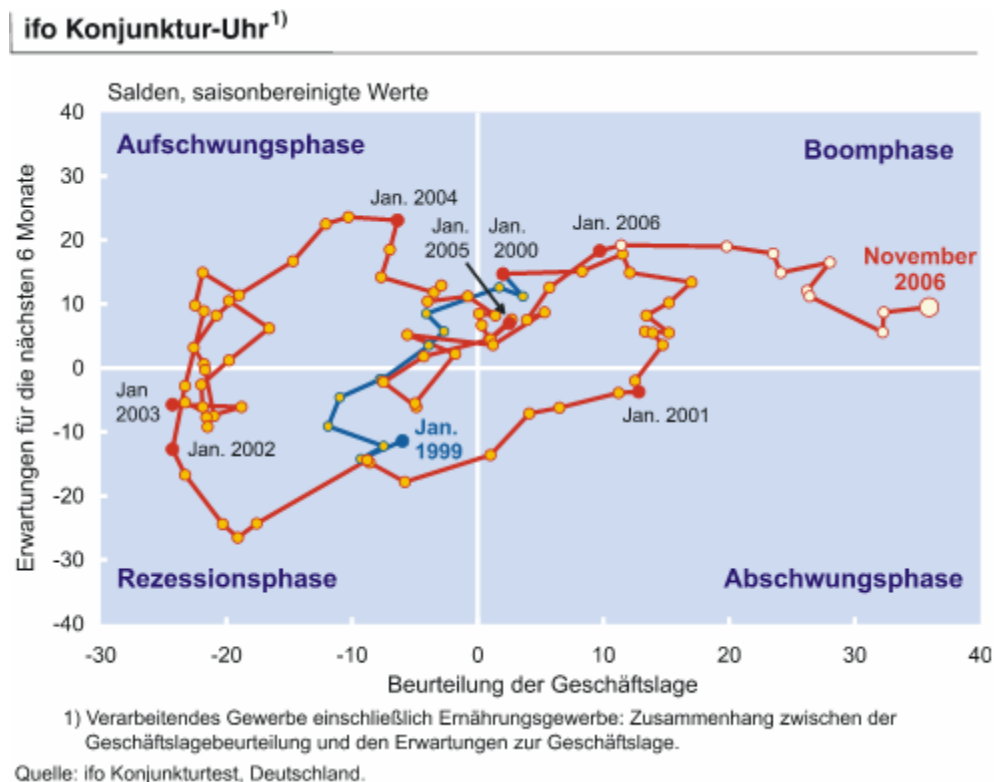
Nach den Ergebnissen des ifo Konjunkturtests vom November 2006 ist der Geschäftsklimaindex für das verarbeitende Gewerbe (ohne Nahrungs- und Genussmittel), das in Deutschland der „cycle-maker“ ist, weiter spürbar gestiegen. Die schon in den letzten Monaten als außergewöhnlich gut eingestufte Geschäftslage hat sich den Unternehmensmeldungen zufolge erneut deutlich verbessert. Auch für die Entwicklung im nächsten halben Jahr waren die befragten Unternehmen zuversichtlicher (vgl. Kasten: Zum Zusammenhang zwischen Geschäftslage und Erwartungen). Weiter steigende Chancen sahen die Industrieunternehmen im ohnehin schon starken Exportgeschäft. Zum Jahresende ist die Stimmung in der deutschen Industrie so gut wie seit der deutschen Einheit nicht mehr. Auch im Bauhauptgewerbe ist das Geschäftsklima, ebenfalls durch beide Komponenten befördert, gestiegen. Dies deutet darauf hin, dass der von der amtlichen Statistik signalisierte Rückgang der Produktion nur ein temporäres Phänomen gewesen sein dürfte.

Der Geschäftsklimaindex im Einzelhandel ist allerdings zuletzt weiter merklich gesunken. Zwar waren die Befragungsteilnehmer in diesem Bereich abermals

zufriedener mit ihrer aktuellen Situation, doch schätzten sie ihre Aussichten für die kommende Monate vor dem Hintergrund der Mehrwertsteueranhebung zunehmend sehr skeptisch ein.

Kasten: Zum Zusammenhang zwischen Geschäftslage und Erwartungen

Abb. 16



Das ifo Geschäftsklima¹ ist der Mittelwert aus den Komponenten „Geschäftslage“ und „Geschäftserwartungen für die nächsten 6 Monate“. Der Zusammenhang zwischen den beiden Komponenten kann in einem 4-Quadranten-Schema dargestellt werden („ifo Konjunktur-Uhr“). Auf der Abszisse der Konjunkturuhr werden die Meldungen der befragten Unternehmen zur Geschäftslage (Salden aus den Meldungen „gut“ bzw. „schlecht“) aufgetragen, auf der Ordinate die Geschäftserwartungen (Salden aus den Meldungen „günstiger“ bzw. „ungünstiger“). Durch das Fadenkreuz der beiden Nulllinien wird das Diagramm in vier Quadranten geteilt, die die vier Phasen der Konjunktur markieren (vgl. Abb. 16).

¹ Das ifo Geschäftsklima GK ergibt sich aus der Formel $GK = [(GL+200)(GE+200)]^{1/2} - 200$, wobei GL den Saldo aus den positiven und negativen Meldungen zur aktuellen Geschäftslage bezeichnet und GE den Saldo aus den positiven und negativen Meldungen zu den Geschäftsaussichten in den nächsten sechs Monaten. Zur Vermeidung von negativen Werten in der Wurzel werden die beiden Variablen GL und GE jeweils um die Konstante 200 erhöht

Sind die Urteile der im ifo Konjunkturtest befragten Unternehmen zur Geschäftslage und zu den Geschäftserwartungen per Saldo schlecht, d.h. im Minus, so befindet sich die Konjunktur in der Rezession (Quadrant links unten). Gelangen die Geschäftserwartungen ins Plus (bei noch schlechter Geschäftslage), so gerät man in die Aufschwungsphase (Quadrant links oben). Sind Geschäftslage und Geschäftserwartungen gut, d.h. im Plus, so herrscht Boom (Quadrant rechts oben). Drehen die Geschäftserwartungen ins Minus (bei noch guter Geschäftslage), so ist die Abschwungsphase erreicht (Quadrant rechts unten). Idealtypisch bewegt sich die Konjunktur in diesem Diagramm im Uhrzeigersinn im Kreis; die Erwartungen laufen dabei der Lage voraus.

Alles in allem dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion im Jahresendquartal 2006 saisonbereinigt gegenüber dem dritten Quartal mit einer laufenden Jahresrate von 3,7 % gestiegen sein, gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum ergab sich ein Plus von 3,2 % (arbeitstäglich bereinigt: 3,4 %). Zusätzliche Impulse dürften von den vorgezogenen Käufen gekommen sein, mit denen die ab Januar 2007 geltende höhere Mehrwertsteuer noch eingespart werden konnte. Im Jahresdurchschnitt 2006 hat das reale Bruttoinlandsprodukt um 2,5 % expandiert, nach 0,9 % im Vorjahr. Allerdings gab es in diesem Jahr erneut eine etwas geringere Zahl von Arbeitstagen als im Vorjahr. Nach Ausschaltung dieser Kalenderschwankung ist die Zuwachsrate der Produktion im laufenden Jahr sogar auf 2,7 % zu veranschlagen.¹

Für die Aufwärtskorrektur der BIP-Prognose für das laufende Jahr im Vergleich zum Gemeinschaftsgutachten der Wirtschaftsforschungsinstitute vom Oktober (+2,3 %) ist maßgeblich, dass das Statistische Bundesamt bei der Bekanntgabe des dritten Quartals die bisher veröffentlichten Ergebnisse für das erste und zweite Quartal 2006 spürbar nach oben revidiert hat. Die amtlichen Neuberechnungen ergaben BIP-Veränderungsraten, die für die ersten beiden Quartale 2006 um 0,1 bis 0,3 Prozentpunkte höher ausfielen als nach den vorläufigen früheren Ergebnissen. Die Aufwärtskorrekturen gehen vor allem auf eine größere Investitionsdynamik zurück.²

¹ Nach dem hier verwendeten Verfahren zur Zeitreihenanalyse (Census X-12-ARIMA) geht von der geringeren Zahl von Arbeitstagen im Jahr 2006 ein negativer Impuls auf das reale Bruttoinlandsprodukt von 0,2 Prozentpunkten aus. Bei den einzelnen Verwendungsaggregaten des realen BIP kann der kalendarische Einfluss numerisch größer (Investitionen, Außenhandel) oder auch kleiner sein (privater und öffentlicher Konsum).

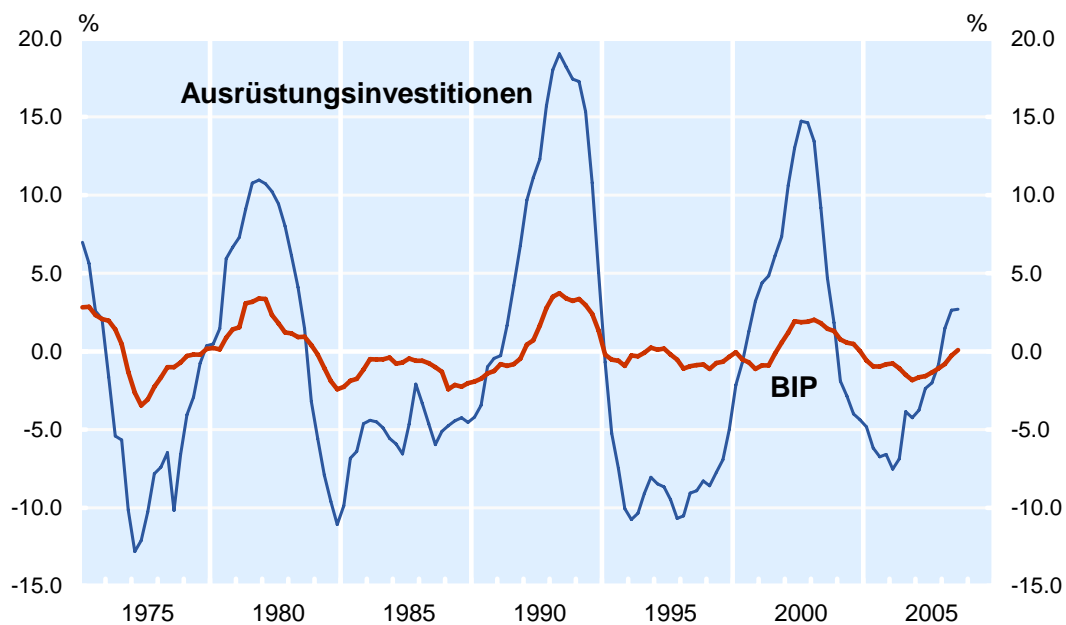
² Vgl. Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung vom 23. November 2006.

Kasten: Wo steht die deutsche Wirtschaft im Konjunkturzyklus?

Für die Abschätzung der gesamtwirtschaftlichen Aussichten in den nächsten beiden Jahren ist es wichtig zu wissen, in welcher konjunkturellen Phase sich die deutsche Wirtschaft aktuell befindet. Das Spektrum der Einschätzungen ist sehr weit. Auf der einen Seite steht die Vermutung, dass aufgrund der schwachen Produktionsentwicklung in den Jahren zwischen 2001 und 2005 das reale Bruttoinlandsprodukt sich noch unter dem Trendverlauf befindet, dass die Outputlücke also immer noch negativ ist. Auf der anderen Seite steht die These, dass sich die deutsche Konjunktur „mittlerweile in der Nähe ihres zyklischen Höhepunktes“ befindet (so beispielsweise das IfW in seinem Konjunkturbericht vom September 2006). Begründet wird dies u.a. damit, dass die Kapazitätsauslastung des verarbeitenden Gewerbes (ifo Konjunkturtest) fast so hoch ist wie im Boom des Jahres 2000 und dass der mit dem Hodrick-Prescott-Filter geschätzte gesamtwirtschaftliche output gap ebenfalls schon deutlich im positiven Bereich liegt.

Abb. 17

Zyklische Komponenten für BIP und Ausrüstungsinvestitionen



Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts.

Die geschätzten Werte des output gaps sind stark modellabhängig und vor allem am aktuellen Rand mit einer hohen Unsicherheit verbunden. Deshalb basieren die folgenden Berechnungen der zyklischen Komponente des realen Bruttoinlandsprodukts und der realen Ausrüstungsinvestitionen auf drei verschiedenen Verfahren. Beim ersten Ansatz wurde der Hodrick-Prescott-Filter mit dem herkömmlichen Glättungsparameter von 1600 verwendet, beim zweiten wurde der Baxter-King-Filter mit einer Lag-Länge von 12 Quartalen berechnet, wobei der Zyklus als die Summe aller Komponenten der Zeitreihe mit Schwingungen zwischen 6 und 32 Quartalen herausgefiltert wurde. Um das Endwertproblem zu reduzieren, wurden die bis zum 3. Quartal 2006 beobachteten

saison- und arbeitstäglich bereinigten Zeitreihen um 12 Prognosewerte ergänzt, die mit Hilfe eines autoregressiven Modells 3. Ordnung generiert wurden. Als dritte Methode wurde ein Unobserved Components-Modell herangezogen, in dem die beobachteten Zeitreihen in eine Trend-, eine Zyklus- und eine irreguläre Komponente zerlegt wurden (für eine kurze Beschreibung dieser Verfahren vergleiche bspw. Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute, Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 2005; Kasten 4.1).

Der geschätzte output gap liegt im dritten Quartal 2006 je nach Verfahren zwischen -0,2 und 0,4 % (Mittelwert 0,1 %). Die zyklische Komponente der realen Ausrüstungsinvestitionen liegt zwischen 2,5 und 2,9 % (Mittelwert 2,7 %). Die Zeitreihen der jeweiligen Mittelwerte der zyklischen Komponenten sind für den Zeitraum von 1973 bis zum dritten Quartal 2006 in Abbildung 17 wiedergegeben. Die Abbildung zeigt, dass es ausgeprägte Zyklen gibt, die vor allem bei den Ausrüstungsinvestitionen auch sehr regelmäßig verlaufen. Beim realen Bruttoinlandsprodukt gab es allerdings in den 80er und 90er Jahren nach der ersten Erholung auch Phasen mit einem Zwischenabschwung, bevor dann der endgültige Hochpunkt der Konjunktur erreicht wurde. Die gegenwärtige Konstellation ist am ehesten mit der Situation in den Jahren 1989 und 1999 zu vergleichen, die etwa zwei Jahre vor dem Hochpunkt der Konjunktur lagen. Man sollte solche Überlegungen nicht mechanisch in eine Prognose für die beiden kommenden Jahre übertragen. Allerdings spricht nichts dafür, dass der gegenwärtige Zyklus bereits in diesem Jahr den höchsten Stand erreicht hat. Die plausibelste Interpretation ist, dass die deutsche Wirtschaft sich aktuell mitten im Aufschwung befindet, der sich in der Grundtendenz bis in das Jahr 2008 hinein fortsetzen wird.

Im kommenden Jahr wird die Konjunktur durch die massive Erhöhung von Steuern zunächst erheblich gedämpft; gleichwohl wird sich dann aber der Aufschwung fortsetzen. Diese Einschätzung stützt sich zu einem großen Teil auf die endogene Konjunkturdynamik der deutschen Wirtschaft. Nach einem „klassischen“ Abschwung in den ersten Jahren dieses Jahrzehnts, der von einem Rückgang der Trendwachstumsrate begleitet war, wurde sowohl bei der gesamtwirtschaftlichen Produktion als auch bei den Ausrüstungsinvestitionen im Winterhalbjahr 2004/05 der untere Wendepunkt erreicht. Seitdem befindet sich die deutsche Wirtschaft in einem konjunkturellen Aufschwung, der sich zu Beginn dieses Jahres weiter verstärkt hat. Nach Analysen des ifo Instituts hält ein solcher Aufschwung in der Regel über etwa 4 Jahre an.¹ Deshalb dürften die endogenen Auftriebskräfte, die von einer weiterhin hohen Exportdynamik begleitet

¹ Vgl. H. Bandholz, G. Flaig, J. Mayr: Wachstum und Konjunktur in OECD-Ländern: Eine langfristige Perspektive, in: ifo Schnelldienst, Jg. 58, Nr. 4, 2005.

werden, im Jahre 2007 kräftig genug sein, dass trotz der dämpfenden Effekte der geplanten fiskalpolitischen Maßnahmen der Aufschwung nicht zum Erliegen kommt. Die Investitionsdynamik bei den Ausrüstungen und im Wirtschaftsbau wird im Jahr 2007 deshalb recht schwungvoll bleiben. Auch das Arbeitsvolumen steigt weiter. Der negative Effekt der Mehrwertsteuererhöhung auf den Konsum dürfte zudem nicht so groß sein, dass es in der Jahresdurchschnittsbetrachtung zu einem absoluten Rückgang der Verbrauchsausgaben kommt. Aufgrund der hohen staatlichen Defizite wurde eine Steuererhöhung nämlich von vielen bereits seit längerem erwartet und hat zur Konsumschwäche und dem Anstieg der Sparquote in den vergangenen Jahren beigetragen. Durch die Steuererhöhung selbst sinkt deshalb das permanente Einkommen weniger als das gemessene laufende verfügbare Einkommen. Aus all diesen Gründen wird der private Konsum trotz der Erhöhung der Mehrwertsteuer und anderer Maßnahmen zur Verbesserung der staatlichen Einnahmen mit 0,5 % leicht zunehmen.

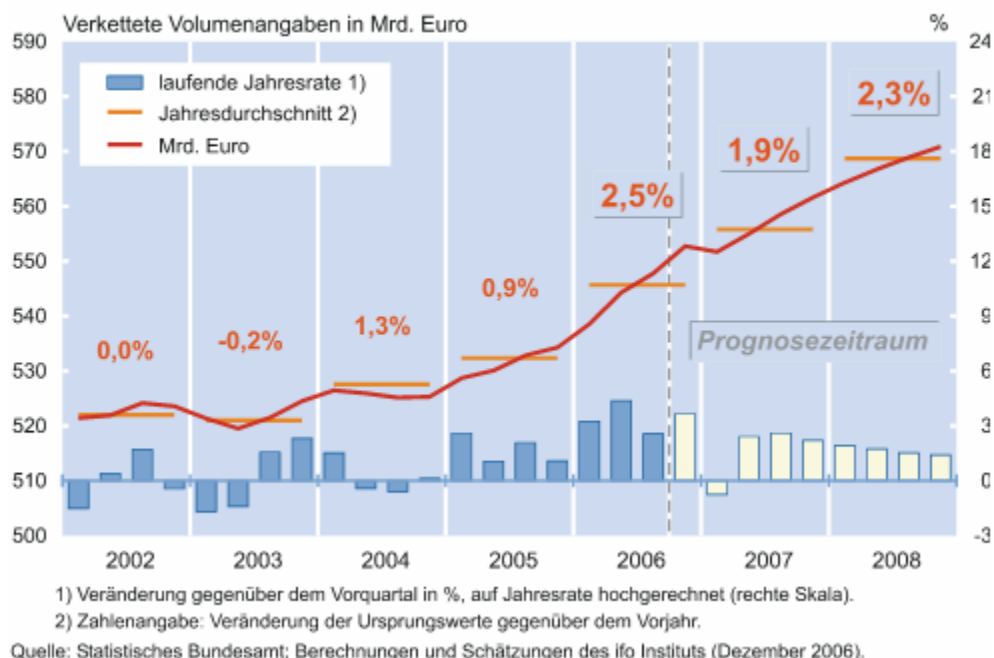
Alles in allem wird das reale Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2007 um 1,9 % expandieren (vgl. Abb. 18 und Tab. 6), kalenderbereinigt um 2,0 %. Bei alledem wird sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt weiter bessern, in den ersten beiden Monaten des Jahres 2007 wird die Arbeitslosenzahl dem Ursprungswert nach voraussichtlich nochmals die 4 ½ Millionen-Marke erreichen. Die Inflationsrate dürfte mit jahresdurchschnittlich 2,3 % allerdings merklich höher sein als in diesem Jahr (1,7 %; vgl. Tab. 6).

Im Jahr 2008 dürfte der gesamtwirtschaftliche Auslastungsgrad weiter zunehmen, die konjunkturelle Dynamik wird dabei im Verlauf aber etwas schwächer werden. Das reale Bruttoinlandsprodukt wird um 2,3 % zunehmen, kalenderbereinigt sind das etwa 2 %.

Abb. 18

Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland

Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



Kasten: Annahmen der Prognose

- Der Welthandel steigt im Jahr 2007 um 7 ½ % und im Jahr 2008 um 8 %, nach 8 ½ % im laufenden Jahr.
- Der Ölpreis wird im Prognosezeitraum rund 60 US-Dollar pro Barrel betragen.
- Der Wechselkurs des Euro liegt im Durchschnitt der Jahre 2007 und 2008 bei 1,30 Dollar je Euro, im Jahr 2006 hatte er 1,24 betragen.
- Die Europäische Zentralbank (EZB) lässt die Leitzinsen im Prognosezeitraum unverändert. Die Kapitalmarktzinsen ziehen nur wenig an.
- Die Tariflöhne in Deutschland erhöhen sich im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt auf Monatsbasis im nächsten Jahr um knapp 2 % und im übernächsten um 2 ½ %, nach reichlich 1 % in diesem Jahr.
- Die Finanzpolitik in Deutschland ist im Prognosezeitraum restriktiv ausgerichtet.

Tab. 6

**Eckdaten der Prognose
für die Bundesrepublik Deutschland**

	2004	2005	2006 (1)	2007 (1)	2008 (1)
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr ^{a)}					
Private Konsumausgaben	0,1	0,1	1,1	0,5	1,5
Konsumausgaben des Staates	-1,3	0,6	1,1	0,6	0,9
Bruttoanlageinvestitionen	-0,4	0,8	5,0	3,8	4,6
Ausrüstungen	4,2	6,1	7,7	6,8	8,0
Bauten	-3,8	-3,6	2,9	1,3	1,9
Sonstige Anlagen	1,2	4,7	4,8	4,2	4,0
Inländische Verwendung	0,0	0,5	1,9	1,5	1,9
Exporte	9,6	6,9	11,2	7,1	7,8
Importe	6,9	6,5	11,0	6,9	7,9
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	1,2	0,9	2,5	1,9	2,3
Erwerbstätige ^{b)} (1000 Personen)	38875	38823	39054	39375	39565
Arbeitslose (1000 Personen)	4381	4861	4498	4118	3968
Arbeitslosenquote ^{c)} (in %)	10,1	11,2	10,3	9,5	9,1
Verbraucherpreise ^{d)} (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	1,6	2,0	1,7	2,3	1,5
Finanzierungssaldo des Staates ^{e)}					
- in Mrd. EUR	-82,5	-72,6	-41,6	-30,2	-26,3
- in % des Bruttoinlandsprodukts	-3,7	-3,2	-1,8	-1,3	-1,1
nachrichtlich:					
Reales Bruttoinlandsprodukt im Euroraum (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	1,9	1,4	2,7	2,2	2,4
Verbraucherpreisindex im Euroraum ^{f)} (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	2,1	2,2	2,2	2,1	1,8
<small>1) Prognose des ifo Instituts.- a) Preisbereinigte Angaben.- b) Inlandskonzept.- c) Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Wohnortkonzept).- d) Verbraucherpreisindex (2000=100).- e) In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ESVG 95).- f) Harmonisierter Verbraucherpreisindex (2005=100).</small>					

Quelle: Eurostat, Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit, Prognose des ifo Instituts.

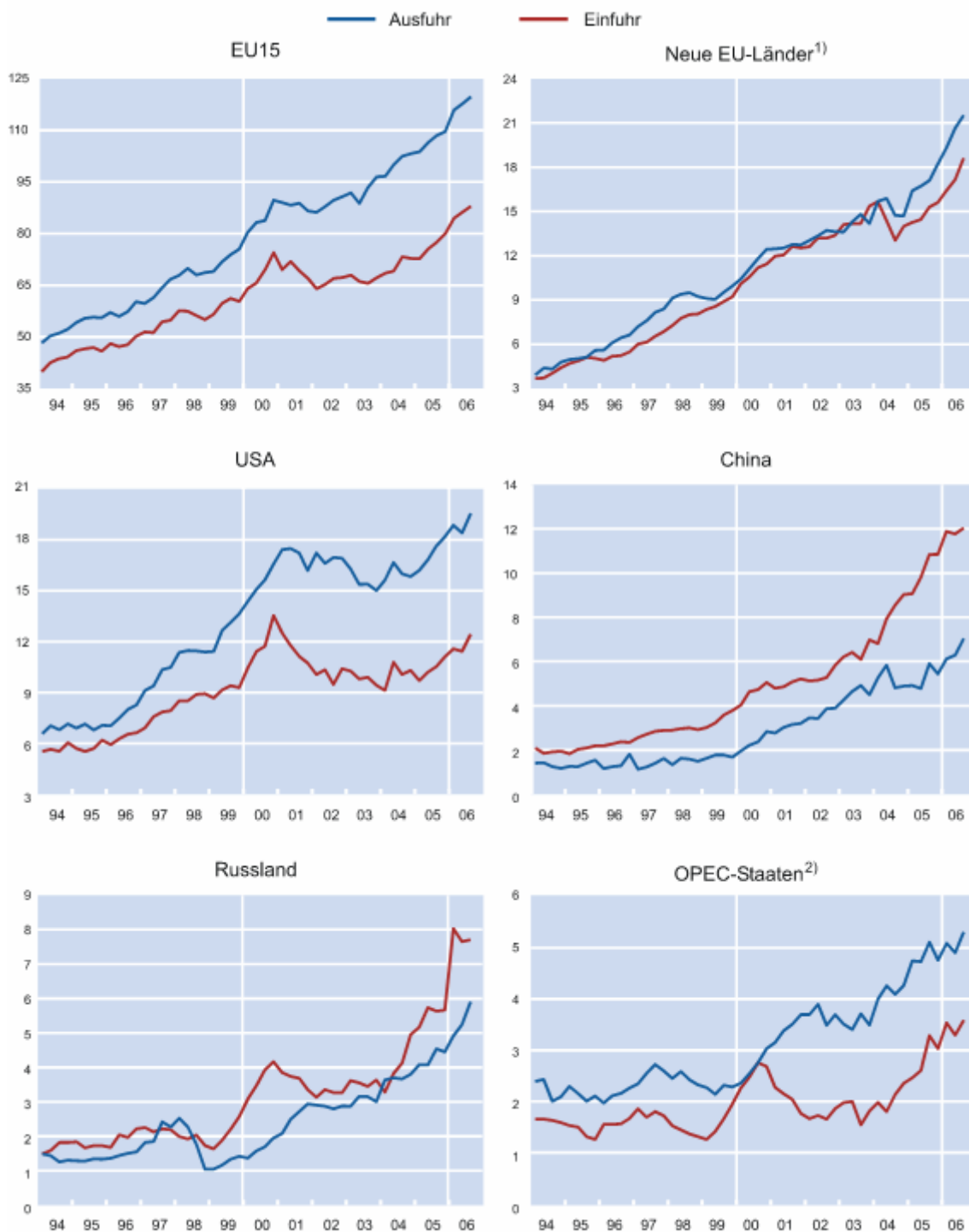
Exportmotor mit hoher Drehzahl

Das Jahr 2006 war durch eine außerordentlich rege Ausfuhrtätigkeit der deutschen Unternehmen geprägt. Die reale Ausfuhr nahm im dritten Quartal abermals stark zu. Sie stieg gegenüber dem Vorjahresquartal um 10,7 % an, nach einem Zuwachs von 12,0 % im ersten Halbjahr. Getragen wurde sie durch eine weltweit robuste Nachfrage nach deutschen Exportgütern. Insbesondere die anziehende konjunkturelle Dynamik in den europäischen Nachbarstaaten schlägt sich in deutlich höheren deutschen Exportraten nieder. Nominal nahm die Ausfuhr in die EU25-Staaten zum heutigen Datenstand durchschnittlich um 12,2 % im Vorjahresvergleich zu, nach 6,9 % im Jahr 2005. Dabei weisen die Exporte in die Neuen EU-Länder ein anhaltend überdurchschnittlich hohes Wachstum auf, während sich der Ausfuhranstieg in die EU15-Länder seit dem Frühjahr etwas abflachte (vgl. Abb. 19). Hinzu kommt seit Jahresbeginn eine erstarkte Nachfrage aus China und aus anderen ostasiatischen Ländern. Auch die Ausfuhren in die NAFTA-Staaten legten nach einem schwachen Frühjahr in den Sommermonaten wieder deutlich zu. Ausgehend von einer anhaltend starken Exporttätigkeit zum Jahresende hin wird die reale Ausfuhr im Jahr 2006 um 11,2 % zunehmen.

Für das nächste Jahr wird mit einem weiterhin regen Exportgeschäft gerechnet. Die konjunkturellen Aussichten für den Euroraum und die anderen EU-Länder, die den weitaus größten Auslandsmarkt für deutsche Produkte stellen, sind nach wie vor gut. Auch für den asiatischen Raum wird von einem robusten Wirtschaftswachstum ausgegangen. Lediglich die leichte Abkühlung der US-Konjunktur und daraus resultierende Drittmarkteffekte werden die Exportdynamik etwas abbremsen. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit wird sich durch die moderate Lohnentwicklung und die Senkung der Lohnnebenkosten im Prognosezeitraum leicht verbessern. Es wird mit einem Anstieg der Exporte um 7,1 % im Jahresdurchschnitt 2007 gerechnet (vgl. Abb. 20). Auch im Jahr 2008 dürften die Exporte mit knapp 8 % weiter kräftig expandieren.

Abb. 19

Außenhandel Deutschlands nach Ländern und Regionen
Spezialhandel; saisonbereinigte Quartalswerte in Mrd. Euro

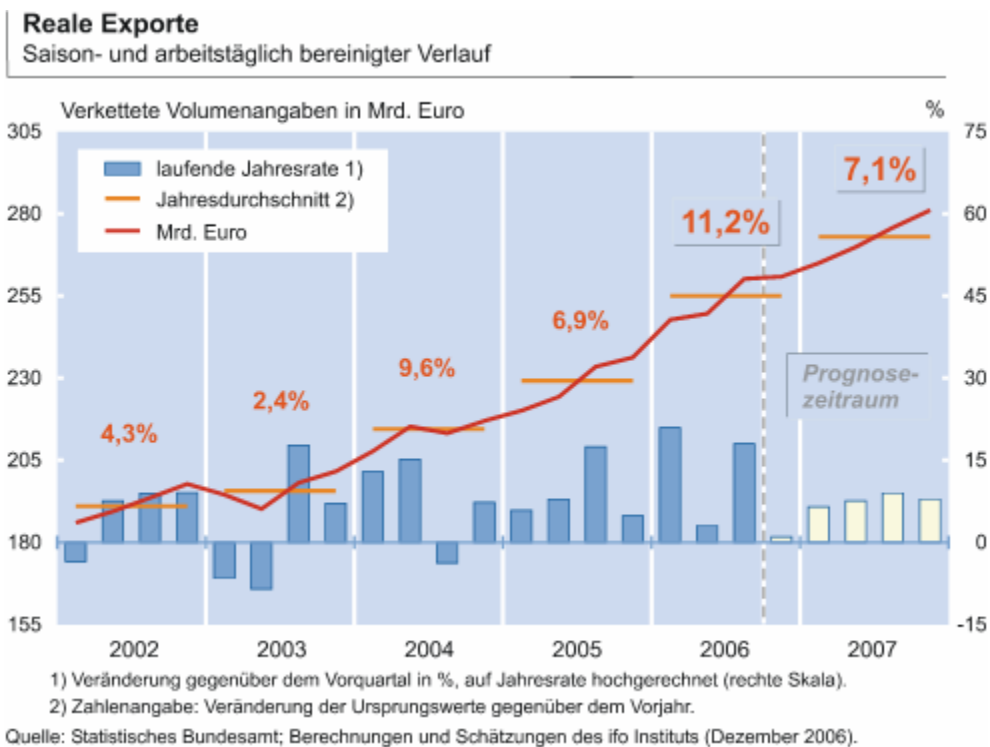


1) Polen, Ungarn, Tschechien, Slowakei, Lettland, Litauen, Estland, Slowenien, Malta, Zypern. - 2) Algerien, Libyen, Nigeria, Venezuela, Irak, Iran, Saudi-Arabien, Kuwait, Katar, Vereinigte Arabische Emirate, Indonesien.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts.

Auch die Einfuhrfähigkeit war im Jahr 2006 äußerst rege. Im ersten Halbjahr nahmen die Importe um 12,5 % gegenüber dem Vorjahr zu und im dritten Quartal betrug die Zuwachsrate im Vorjahresvergleich noch 10,4 %. Auch hier spielte die gute wirtschaftliche Entwicklung in Europa eine bedeutende Rolle. Aufgrund der intraindustriellen Verflechtung der europäischen Wirtschaft erhöhte sich nicht nur die Ausfuhr der Unternehmen in diese Länder, sondern auch die Einfuhr insbesondere von Vorleistungs- und Investitionsgütern aus Europa wurde ausgeweitet. Hinzu kamen Importe, die aufgrund von Vorzieheffekten wegen der anstehenden Mehrwertsteuererhöhung getätigt wurden. So nahmen die nominalen Einfuhren aus den EU25-Ländern in den ersten drei Quartalen des laufenden Jahres durchschnittlich um 15,0 % zu, während sie im Jahr 2005 lediglich um 7,0 % stiegen. Die Einfuhr aus den neuen EU-Ländern wuchs - wie die Ausfuhr - dabei überdurchschnittlich (vgl. Abb. 19). Im Jahresdurchschnitt 2006 wird mit einer Zunahme der gesamten Importe in Höhe von 11,0 % gerechnet.

Abb. 20



Im nächsten Jahr werden sich die vorübergehend dämpfenden Effekte der Fiskalpolitik und die etwas geringere Exportdynamik auf die Einfuhr auswirken. Es wird jedoch weiterhin von einer in der Grundtendenz intakten Binnenkonjunktur ausgegangen. Alles in allem werden die Importe im Jahr 2007 durchschnittlich um 6,9 % zunehmen (vgl. Abb. 21). Im Jahr 2008 wird die Einfuhr um knapp 8 % steigen, da sowohl die Exporte als auch die inländische Verwendung leicht beschleunigt expandieren werden. Der Außenbeitrag liefert damit auch in den kommenden beiden Jahren einen beträchtlichen Wachstumsbeitrag (vgl. Tab. 7).

Tab. 7

**Wachstumsbeiträge zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts
(in Prozentpunkten)**

	2005	2006	2007	2008
Konsumausgaben	0,2	0,8	0,4	1,1
Private Konsumausgaben	0,0	0,6	0,3	0,9
Konsumausgaben des Staates	0,1	0,2	0,1	0,2
Bruttoanlageinvestitionen	0,1	0,9	0,7	0,8
Ausrüstungen	0,4	0,5	0,5	0,6
Bauten	-0,3	0,3	0,1	0,2
Sonstige Anlagen	0,1	0,1	0,0	0,0
Vorratsveränderung	0,2	0,1	0,4	0,0
Inländische Verwendung	0,4	1,8	1,5	1,9
Außenbeitrag	0,5	0,7	0,4	0,4
Exporte	2,6	4,6	3,1	3,6
Importe	-2,2	-3,9	-2,7	-3,2
Bruttoinlandsprodukt ^{a)}	0,9	2,5	1,9	2,3

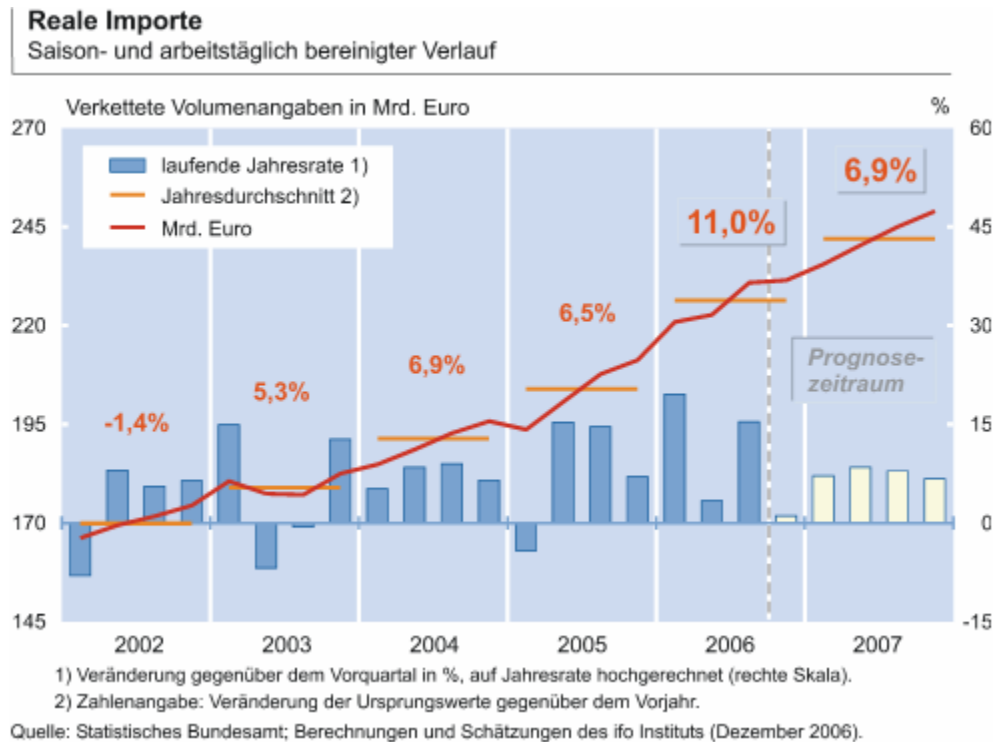
s) Schätzungen des ifo Instituts.-a) Veränderung in % gegenüber Vorjahr.
Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Quelle: Statistisches Bundesamt, 2006, 2007 und 2008: Prognose des ifo Instituts.

Die Steigerungen bei den Einfuhrpreisen nahmen im Verlauf des Jahres deutlich ab. Ausschlaggebend dafür waren die nachlassenden Notierungen von Erdöl und Mineralölprodukten. Für den Prognosezeitraum wird unterstellt, dass der Ölpreis bei etwa 60 US-Dollar pro Barrel Brent-Öl verharrt und keine Wechselkursänderungen auftreten, die die Importpreise belasten könnten. Daher wird im nächsten Jahr mit einem kontinuierlichen Rückgang bei den Preissteigerungsraten gerechnet. Die Exportpreise stiegen im Jahresverlauf nur moderat an. Trotz tendenziell weltweit gestiegener

Erzeugerpreise blieben die Spielräume für die Erhöhung der Exportpreise sehr begrenzt. Auch im nächsten Jahr werden die Exporteure nur in einem engen Rahmen die Preise erhöhen, um nicht Marktanteile zu verlieren. Die Terms of Trade werden sich im Jahr 2006 deutlich verschlechtern, während sie sich 2007 leicht verbessern werden.

Abb. 21



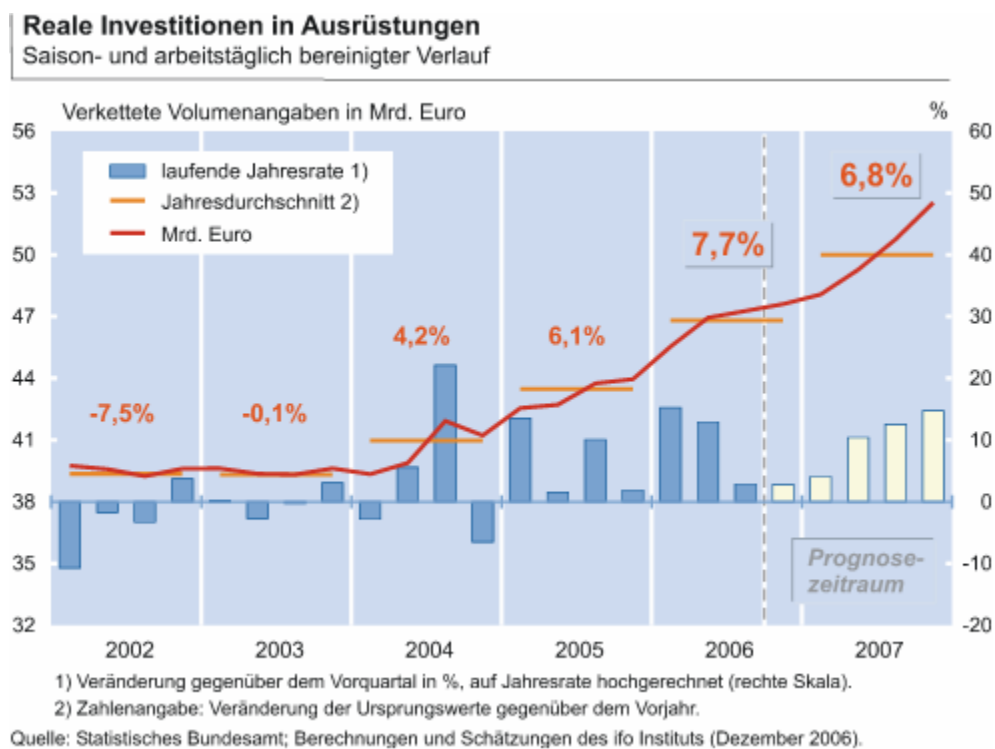
Aufschwung der Ausrüstungsinvestitionen hält an

Der seit dem Jahr 2004 zu beobachtende Aufschwung der Ausrüstungsinvestitionen setzt sich in diesem Jahr verstärkt fort. Die jetzt deutlich steigende Auslastung des Kapitalstocks erzeugt einen Erweiterungsbedarf, der der Investitionstätigkeit zusätzlichen Schub verleiht.¹ Auch die seit Anfang des Jahres geltende Verbesserung der Abschreibungsbedingungen für bewegliche Anlagegüter, die einer Absenkung der

¹ Nach den aktuellen Ergebnissen des ifo Investitionstests verfolgen die Unternehmen in Westdeutschland in diesem Jahr mit ihren Investitionen in erster Linie Erweiterungsabsichten (vgl. A. Wechselberger, Westdeutsche Industrie: Wieder auflebende Investitionstätigkeit, ifo Schnelldienst, 59. Jg., 18/2006, S. 34. Nach Angaben des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK) hatte dieses Investitionsmotiv für die Unternehmen zuletzt im Jahr 2000 die gleiche Bedeutung.

Kapitalnutzungskosten gleichkommt, begünstigt das Investitionsklima. In den ersten beiden Quartalen dieses Jahres stiegen die Ausrüstungsinvestitionen mit einer Jahresrate von 14 % (vgl. Abb. 22). Im Anschluss an diesen Sprung hat sich das Wachstumstempo im zweiten Halbjahr deutlich auf nur noch 2 % abgeflacht. Hier mag der Pessimismus von Unternehmen eine Rolle spielen, die wegen der bevorstehenden Mehrwertsteuererhöhung eine vorübergehende Eintrübung der Absatzperspektiven erwarten.¹

Abb. 22



Im Verlauf des nächsten Jahres ist jedoch wieder mit einer Beschleunigung des Wachstums zu rechnen. Die Investitionskonjunktur steht auf einer soliden Basis. Zwar haben sich die Finanzierungsbedingungen nach den jüngsten Leitzinserhöhungen marginal verschlechtert, aber dank der guten Gewinnlage verfügen die Unternehmen über weiten Spielraum für die Finanzierung neuer Projekte. Vor allem wird die Auslastung des Kapitalstocks bei dem prognostizierten Wachstum des

¹ Vgl. A. Städtler, Investitionswelle trägt Leasingwachstum, ifo Schnelldienst 23/2006.

Bruttoinlandsprodukts weiter steigen und damit dem gegenwärtigen Investitionsaufschwung eine sich selbst tragende Dynamik verleihen, die bis in das Jahr 2008 hinein tragen dürfte. Die Länge eines Investitionszyklus belief sich in Deutschland bisher auf durchschnittlich acht bis neun Jahre, mehrere Jahre mit kräftigen Zuwächsen, in denen die Kapazitäten an das mittelfristig erwartete Wachstum angepasst werden, markierten jeweils den Höhepunkt der Investitionskonjunktur. Nach einem Anstieg um 7,7 % im laufenden Jahr und von 6,8 % im kommenden Jahr kann für 2008 nochmals ein kräftiger Zuwachs um 8 % erwartet werden, bevor dann der Höhepunkt der Investitionskonjunktur erreicht wird.

Die Sonstigen Anlagen werden bei bleibendem Aktualisierungs- und Modernisierungsbedarf im Softwarebereich in diesem Jahr um 4,8 % zunehmen und in den beiden kommenden Jahren um jeweils etwa 4 %.

Bauinvestitionen steigen

Die Aufwärtsbewegung der Bauwirtschaft, die sich nach langjähriger Talfahrt 2005 herausgebildet hatte, setzte sich im Verlauf dieses Jahres fort. Im ersten Halbjahr stiegen die Bauinvestitionen mit einer Jahresrate von 5,7 %, im zweiten Halbjahr wird voraussichtlich eine Jahresrate von 1,7% erreicht. Im Jahresdurchschnitt könnte das Vorjahresergebnis damit um fast 3 % übertroffen werden.

Die deutschen Unternehmen investieren bei zunehmend ausgelasteten Produktionskapazitäten nicht nur in Maschinen sondern nun verstärkt auch in kapazitätserweiternde Wirtschaftsbauten. Die gewerblichen Bauinvestitionen lagen im ersten Halbjahr um 4 % über dem Niveau im Vorjahreszeitraum. Der Zuwachs bei den neuen Bauten war mit 2,5 % niedriger, weil in der Summe der privaten Investitionen auch der Erwerb von Immobilien von der öffentlichen Hand enthalten ist.¹ Aber auch die Entwicklung bei den neuen Bauten markiert eine deutliche Wende, es ist der erste

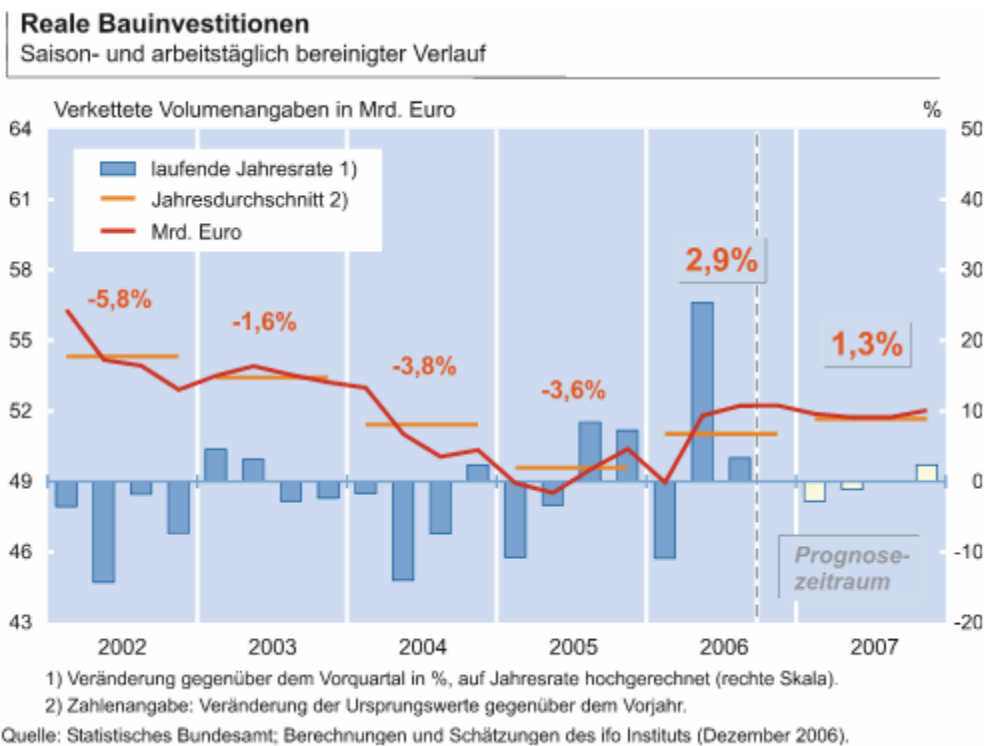
¹ Die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen weisen unter den Wirtschaftsbauten auch den Kauf von Immobilien der öffentlichen Hand durch die Unternehmen nach.

Neubauzuwachs seit 2000. Die Belebung der Nachfrage nach Wirtschaftsbauten hat sich schon im Verlaufe des vergangenen Jahres abgezeichnet. Die Genehmigungen im gewerblichen Hochbau haben seit Mitte 2005 stetig zugenommen, im Zeitraum Januar bis September 2006 übertrafen sie das Niveau im Vorjahreszeitraum um 20 %. Der Zuwachs betraf vor allem Betriebsgebäude, während die Genehmigungen für Büro- und Verwaltungsgebäude leicht zurückgingen. Die Nachfrageentwicklung deutet darauf hin, dass der Anstieg der Wirtschaftsbauinvestitionen in diesem Jahr nicht nur vorübergehender Natur sein dürfte. Verglichen mit den Ausrüstungsinvestitionen folgt der Wirtschaftsbau auf Grund der Lebensdauer der Bauten einem erheblich längeren Zyklus, bei dem Auf- und Abschwung jeweils etwa 10 Jahre dauern. Sein letzter konjunktureller Höhepunkt lag 1995, der allgemeine Konjunkturaufschwung von 2000 hat nur geringe Spuren beim Wirtschaftsbau hinterlassen. Nach 10 Jahren Abschwung ist nun der aus dem letzten Hoch herrührende Angebotsüberhang bei Gewerbeimmobilien weitgehend abgebaut und der untere Wendepunkt durchschritten. Die gewerbliche Bautätigkeit dürfte damit vor einem mehrjährigen Aufschwung stehen. Nach 4,4 % für das laufende Jahr ist für 2007 mit einem Zuwachs des Wirtschaftsbaus um 4,6 % und für 2008 um 3 % zu rechnen.

Der Wohnungsbau steht zurzeit in erheblichem Maß unter dem Einfluss von Sonderfaktoren. Hierzu zählen die endgültige Abschaffung der Eigenheimzulage, die in Form vorgezogener und noch abzuarbeitender Bauanträge nachwirkt, sowie die zum kommenden Jahreswechsel anstehende Erhöhung der Mehrwertsteuer, die eine rasche Realisierung bereits geplanter Projekte nahe legt. Beides stützt die Wohnungsbauaktivität im laufenden Jahr. Im Verlauf der ersten Hälfte dieses Jahres stiegen die Wohnbauten mit einer Jahresrate von reichlich 5 %, in der zweiten Jahreshälfte schwächte sich das Wachstum auf etwa 1,5 % ab. Im Jahresdurchschnitt wird der Wohnungsbau das Vorjahresniveau um 2,6 % übertreffen. Vorgezogene Investitionen in diesem Jahr werden im nächsten fehlen, deshalb ist für 2007 mit einem leichten Rückgang des Wohnungsbauvolumens um 0,5 % zu rechnen. Das muss jedoch nicht der Beginn eines neuen Abschwungs sein. Fundamentale Rahmenbedingungen für den Wohnungsbau wie Bevölkerung und Realeinkommen pro Kopf stagnieren zwar

oder steigen im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt nur mäßig, aber in Wachstumsregionen und in bestimmten Einkommenskategorien ist Kaufkraft für zusätzliche Wohnungsnachfrage vorhanden. Rund die Hälfte aller Wohnungsbauinvestitionen betreffen gegenwärtig Investitionen in den Bestand, wo z.B. im Licht der anhaltenden Verteuerung von Energie Wärmedämmung und Modernisierung von Heizungsanlagen immer wichtiger werden. Solche Investitionen werden zudem durch günstige Kredite der KfW Bankengruppe gefördert. Für 2008 wird deshalb wieder ein leichter Anstieg der Wohnungsbauinvestitionen um 1,5 % prognostiziert.

Abb. 23



Der Staat hat in der ersten Hälfte dieses Jahres erneut weniger als im Vorjahr investiert. Der Rückgang von fast 4 % ist jedoch auf Immobilienverkäufe der öffentlichen Hand zurückzuführen, die in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen als Desinvestition gebucht werden. Das Neubauvolumen lag im ersten Halbjahr auf dem Niveau des Vorjahreszeitraums. Im Verlauf des zweiten Halbjahres hat sich die Investitionstätigkeit stabilisiert, für das ganze Jahr ergibt sich voraussichtlich ein leichter Zuwachs von

0,5 %. Auch für die kommenden Jahre ist eine Zunahme der öffentlichen Bauinvestitionen von etwa 1 % in 2007 und 2008 zu erwarten, da z.B. die Kommunen auf Grund der Verbesserung ihrer Finanzlage mehr Bauvorhaben verwirklichen können (vgl. Tab. 8).

Tab. 8

Reale Bruttoanlageinvestitionen

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	2005	2006	2007	2008
Bauten	-3,6	2,9	1,3	1,9
Wohnungsbau	-4,0	2,6	-0,5	1,5
Nichtwohnungsbau	-3,0	3,3	3,7	2,6
Gewerblicher Bau	-1,7	4,4	4,6	3,1
Öffentlicher Bau	-6,0	0,5	1,0	1,0
Ausrüstungen	6,1	7,7	6,8	8,0
Sonstige Anlagen	4,7	4,8	4,2	4,0
Bruttoanlageinvestitionen	0,8	5,0	3,8	4,6

Quelle: Statistisches Bundesamt, 2006, 2007 und 2008: Prognose des ifo Instituts.

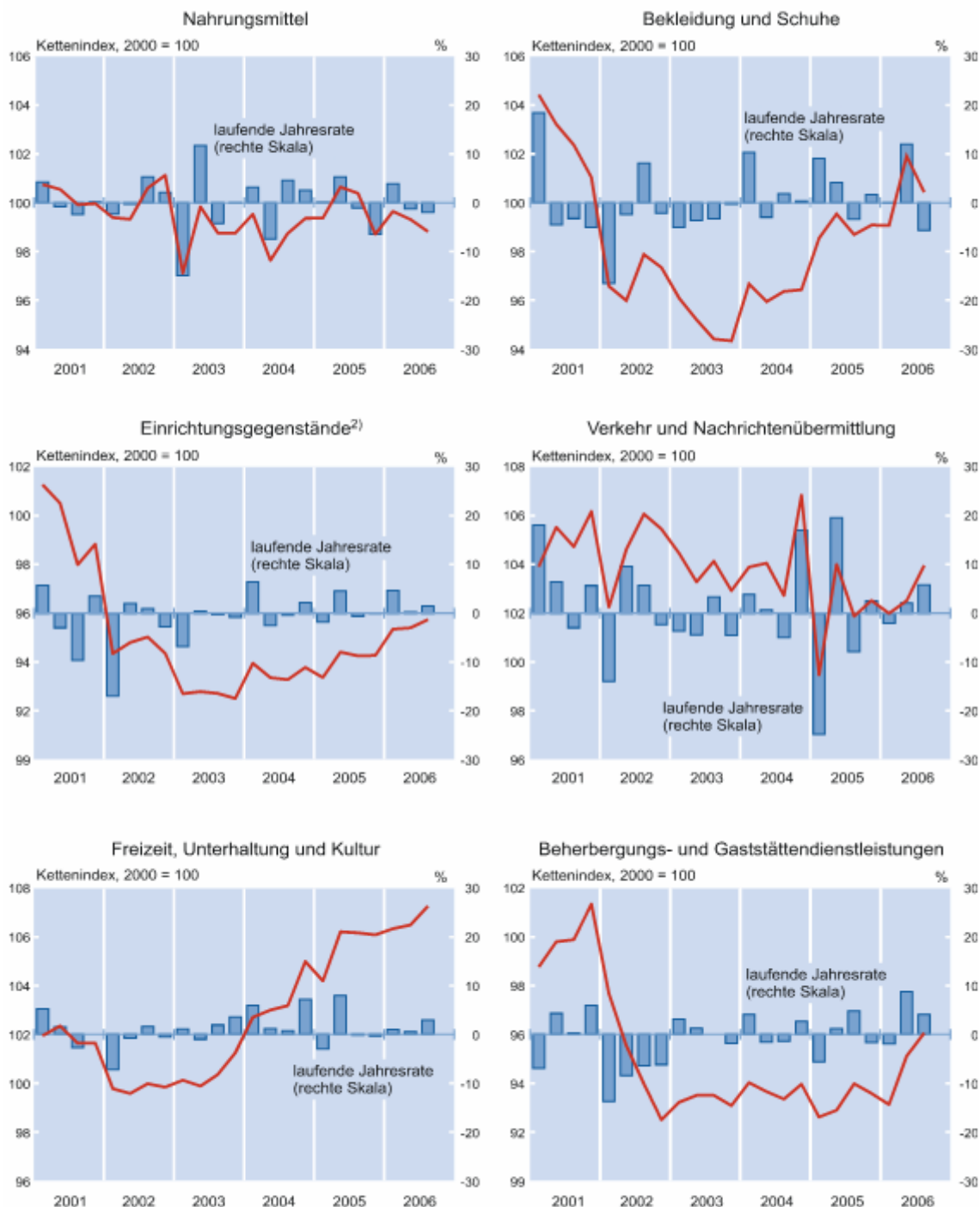
Alles in allem steigen die Bauinvestitionen in diesem Jahr um fast 3 %, im kommenden Jahr um 1,3% und 2008 um fast 2 % (vgl. Abb. 23).

Privater Konsum bleibt im Plus

Der private Konsum ist in diesem Jahr zum ersten Mal seit 2001 wieder merklich gestiegen. Zu Jahresanfang waren vor allem Heizenergie, Bekleidung sowie Nahrungsmittel gefragt. Im weiteren Jahresverlauf haben dann auch die realen Ausgaben für Verkehr und Nachrichtenübermittlung sowie für Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen im Inland merklich zugenommen (vgl. Abb. 24). Hier dürfte die Fußballweltmeisterschaft positiv zu Buch geschlagen haben. Ganzjährig im Plus blieb schließlich die Nachfrage nach Einrichtungsgegenständen und Haushaltsgeräten sowie nach Gütern und Dienstleistungen der Unterhaltungs- und Freizeitsparte. Bei diesen Sparten dürfte es in beträchtlichem Umfang zu vorgezogenen

Abb. 24

Reale Konsumausgaben der privaten Haushalte im Inland nach Verwendungszweck¹⁾
seit 2001



1) Saisonbereinigt Census X-12-ARIMA.

2) Einschließlich Geräte für den Haushalt.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts.

Käufen gekommen sein. Nach einer Studie der GfK Marktforschung vom Oktober dieses Jahres hatte bereits jeder fünfte Verbraucher größere Ausgaben vorgezogen und 11 % der Verbraucher gaben an, noch bis Jahresende vom niedrigeren Mehrwertsteuersatz profitieren zu wollen.¹

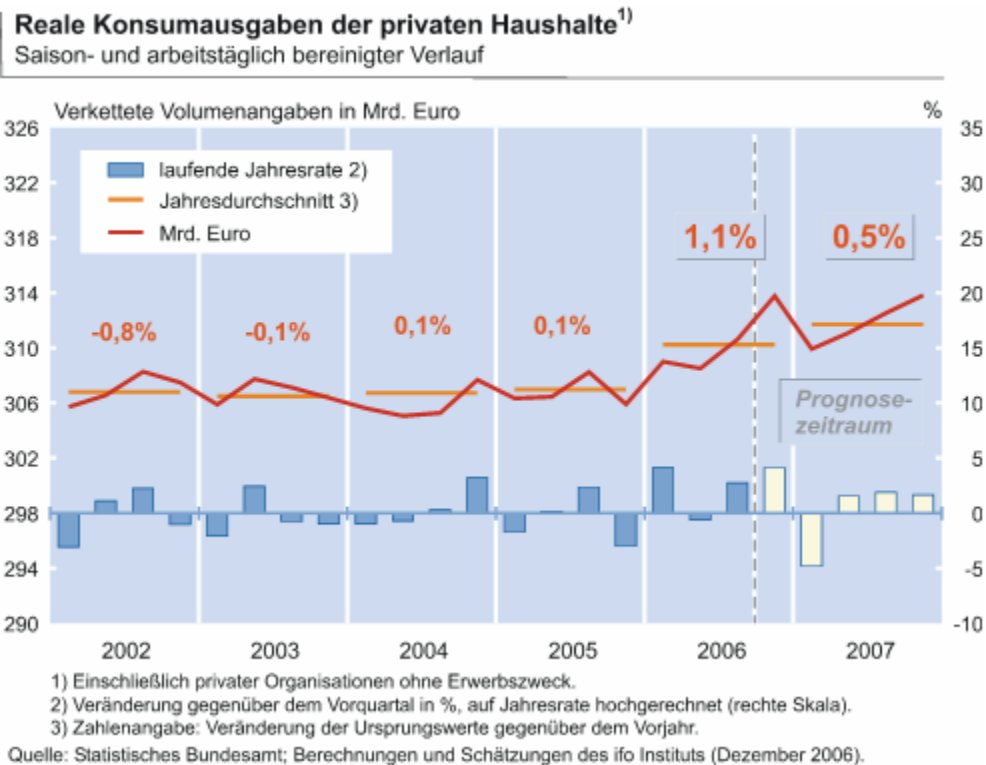
Maßgeblich für den realen Konsumzuwachs (+1,1 %) war der leichte Anstieg der real verfügbaren Einkommen (+0,7 %). Dies lag jedoch allein am konjunkturell bedingten kräftigen Zuwachs der Einkommen aus unternehmerischer Tätigkeit einschließlich der per saldo empfangenen Vermögenseinkommen. Dagegen sind die Nettoarbeitseinkommen trotz steigenden Arbeitsvolumens real merklich gesunken. Das gleiche gilt für die realen monetären Sozialleistungen der privaten Haushalte. Die gesetzlichen Altersbezüge wurden zum dritten Mal in Folge nicht angehoben; ohne Schutzklauseln in der Rentenformel² hätte es bereits in nominaler Rechnung eine „Minus-Runde“ gegeben. Die Leistungen beim Arbeitslosengeld I gingen infolge der sinkenden Empfängerzahlen außerordentlich kräftig zurück, während sie beim Arbeitslosengeld II – trotz neuerlicher Einschränkungen – aufgrund der bis zum Herbst zunehmenden Zahl an Bedarfsgemeinschaften deutlich gestiegen sind.

Da der Verbrauchszuwachs etwas größer war als der Einkommenszuwachs, ist die Sparquote leicht gesunken. Ohne den sehr kräftigen Anstieg bei den betrieblichen Versorgungsansprüchen der privaten Haushalte, die zwar Bestandteil des Sparens sind, aber nicht zum verfügbaren Einkommen gezählt werden, hätte die gesamte Ersparnis sogar unter dem Stand des Vorjahres gelegen.

¹ Vgl. R. Frank, Mehrwertsteuererhöhung belebt Weihnachtsgeschäft, ifo GfK Konsumreport, 11/2006.

² Die rentenanpassungsrelevante Lohnentwicklung war im Jahr 2005 für die alten Bundesländer mit 0,2 % leicht positiv, für die neuen Bundesländer mit rund -0,4 % negativ. Unter Berücksichtigung von Riester-Faktor und Nachhaltigkeitsfaktor hätte sich rein rechnerisch eine Rentenanpassung von -0,91 % in den alten Bundesländern und -1,51 % in den neuen Ländern ergeben. Aufgrund von Schutzklauseln, nach denen zum einen Riester-Faktor und Nachhaltigkeitsfaktor nicht zu einer Verringerung des aktuellen Rentenwertes führen dürfen und zum anderen die Rentenanpassung Ost mindestens der Westanpassung entsprechen muss, ergab sich im Osten wie im Westen zur Jahresmitte 2006 aber lediglich eine weitere „Rentenanpassung Null“.

Abb. 25



Ab dem kommenden Jahr wird das Realeinkommen der privaten Haushalte durch die Anhebung der Mehrwertsteuer und weiterer Maßnahmen zur Verbesserung des Bundeshaushalts dauerhaft gedrückt. Zwar werden die Bruttolöhne und -gehälter bei weiter steigender Beschäftigung und höheren Tarifabschlüssen mit 2,5 % kräftiger steigen als zuvor. Die Nettolöhne und -gehälter werden aufgrund der geringeren Belastung mit Sozialbeiträgen sogar um 3,2 % zunehmen. Die monetären Sozialleistungen dürften trotz der Einführung eines einkommensabhängigen Elterngeldes in Höhe von 67 % des bereinigten monatlichen Nettoeinkommens (bzw. 300 Euro, wenn die Eltern vor Geburt des Kindes nicht erwerbstätig gewesen waren) rückläufig sein (-0,4 %). Maßgeblich hierfür sind die konjunkturell bedingten Minderzahlungen von Arbeitslosengeld I und Einsparungen beim Arbeitslosengeld II. Die gesetzlichen Altersbezüge werden wohl zum vierten Mal in Folge nicht angehoben werden. Alles in allem werden die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte um 2,6 % steigen. Real ergibt sich freilich nur ein geringes Plus, weil die Kaufkraft der privaten Haushalte durch die Erhöhung der Mehrwert- und Versicherungssteuer um

3 Prozentpunkte, die Abschaffung der Eigenheimzulage, die Kürzung des Sparerfreibetrags, die Reduzierung der Entfernungspauschale, die Einschränkung von Leistungen für Familien mit älteren Kindern und die Einführung einer „Reichensteuer“ geschmälert wird (vgl. Tab. 9). Insgesamt werden die realen privaten Konsumausgaben im Jahr 2007 bei nochmals leicht sinkender Sparquote um 0,5 % steigen (vgl. Abb. 25).

Im Jahr 2008 dürfte sich der Anstieg des realen Konsums bei anhaltendem Beschäftigungsaufbau, konjunkturell wohl noch etwas höheren tariflichen Abschlussätzen und unveränderter Sparquote auf 1,5 % belaufen.

Tab. 9

Ausgewählte fiskalische Maßnahmen im Bereich private Haushalte

	1998 ¹⁾	1999 ¹⁾	2000 ¹⁾	2001 ¹⁾	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Grundfreibetrag (in Euro)	6322	6681	6902	7206	7235	7235	7664	7664	7664	7664	7664
Eingangssteuersatz (in %)	25,9	23,9	22,9	19,9	19,9	19,9	16,0	15,0	15,0	15,0	15,0
Allgemeiner Spitzensteuersatz (in %)	53,0	53,0	51,0	48,5	48,5	48,5	45,0	42,0	42,0	42,0	42,0
Erhöhter Spitzensteuersatz (in %) ²⁾	-	-	-	-	-	-	-	-	-	45,0	45,0
Solidaritätszuschlag (in %)	5,5	5,5	5,5	5,5	5,5	5,5	5,5	5,5	5,5	5,5	5,5
Allgemeiner Spitzensteuersatz mit Solidaritätszuschlag (in %)	55,92	55,92	53,81	51,17	51,17	51,17	47,48	44,31	44,31	44,31	44,31
Beginn der oberen Proportionalzone (in Euro)	61377	61377	58643	54999	55008	55008	52152	52152	52152	52152	52152
Steuerersparnis ³⁾ gegenüber 1998 (in Euro) bei einem zu versteuernden Einkommen											
von 15 000 Euro	-	111	283	525	534	534	814	845	845	845	845
von 25 000 Euro	-	72	283	703	707	707	1100	1193	1193	1193	1193
von 50 000 Euro	-	22	29	745	751	751	1524	2095	2095	2095	2095
nachrichtlich:											
Arbeitnehmer-Pauschbetrag (in Euro)	1023	1023	1023	1023	1044	1044	920	920	920	920	920
Sparerfreibetrag (in Euro)	3068	3068	1534	1534	1550	1550	1370	1370	1370	750	750
Kinderfreibetrag ⁴⁾ (in Euro)	3534	3534	3534	3534	3648	3648	3648	3648	3648	3648	3648
Betreuungsfreibetrag für Kinder unter 16 Jahren ⁴⁾ (in Euro)	-	-	1546	1546	-	-	-	-	-	-	-
Freibetrag für Betreuung und Erziehung oder Ausbildung ⁴⁾ (in Euro)	-	-	-	-	2160	2160	2160	2160	2160	2160	2160
nachrichtlich:											
Kindergeld für das erste und zweite Kind pro Monat ⁵⁾ (in Euro)	112	128	138	138	154	154	154	154	154	154	154
Kinderzuschlag pro Kind und Monat maximal ⁶⁾ (in Euro)	-	-	-	-	-	-	-	140	140	140	140
Elterngeld ⁷⁾ (in Euro)										300	300

¹⁾ DM-Beträge umgerechnet und auf ganze Euro-Beträge gerundet.

²⁾ Erhöhter Spitzensteuersatz auf zu versteuernde Einkommen (bis zum 1. Januar 2008 ohne Gewinneinkünfte) oberhalb von 250 000 Euro/500 000 Euro für Ledige / zusammenveranlagte Ehegatten (Reichensteuer).

³⁾ Jahreswerte nach Grundtabelle, ohne Berücksichtigung des Solidaritätszuschlags.

⁴⁾ Unter Anrechnung des Kindergelds.

⁵⁾ Das Kindergeld (wie auch der Kinderfreibetrag) wird ab dem Jahr 2007 nur noch bis zur Vollendung des 25. Lebensjahrs gewährt (mit Übergangsregelung für Kinder der Geburtsjahrgänge 1980 bis 1982).

⁶⁾ Für Eltern, die mit eigenem Einkommen ihren (elterlichen) Bedarf abdecken, jedoch ohne den Kinderzuschlag wegen des Bedarfs der Kinder Anspruch auf Arbeitslosengeld II hätten. Die Zahlung ist auf 36 Monate begrenzt.

⁷⁾ Mindestelterngeld für Eltern, die vor der Geburt des Kindes nicht erwerbstätig waren. Ansonsten 67 % des wegfallenden bereinigten Nettoeinkommens, maximal 1800 Euro im Monat. Das Elterngeld wird für maximal 14 Monate gezahlt.

Ein Elternteil kann höchstens zwölf Monate allein nehmen, zwei weitere Monate sind als Option für den anderen Partner reserviert.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berechnungen des ifo Instituts.

Mehrwertsteuer treibt Verbraucherpreise

Die Entwicklung der Lebenshaltungskosten wurde im Jahr 2006 von der Entwicklung der Preise für Haushaltsenergie und Kraftstoffe dominiert. In der ersten Jahreshälfte hatte sich die Inflationsrate im Gefolge des Höhenflugs der Rohölnotierungen um die 2-%-Marke bewegt; im September erreichte sie – der Ölpreis war inzwischen wieder auf unter 60 US-Dollar je Barrel gefallen – mit 1,0 % ihren Jahrestiefstand.¹ Alles in allem hat sich die Lebenshaltung im Jahresdurchschnitt 2006 um 1,7 % und damit etwas weniger kräftig als 2005 verteuert. Wie vom ifo Institut erwartet worden war, ist es im Vorfeld der beschlossenen Mehrwertsteueranhebung nicht in großem Ausmaß zu vorweggenommenen Preiserhöhungen gekommen. Die Kerninflationsrate, aus der in Abgrenzung des ifo Instituts der Einfluss der Preisentwicklung von Energieträgern, Gütern mit administrierten Preisen und saisonabhängigen Nahrungsmitteln herausgerechnet ist, betrug zuletzt 1,2 % (vgl. Tab. 10); im Jahresdurchschnitt 2006 etwa 1 %.²

Im Januar 2007 wird der Regelsatz der Mehrwertsteuer um 3 Prozentpunkte angehoben.³ Davon betroffen sind nach Angaben des Statistischen Bundesamts rund 53 % der privaten Verbrauchsausgaben. Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer um 3 Prozentpunkte würde also bei vollständiger Überwälzung die Inflationsrate im Jahresdurchschnitt c.p. um knapp 1 ½ Prozentpunkte steigen lassen. Preisdämpfend wirkt sich hingegen die Senkung der Sozialversicherungsbeitragssätze aus. In die Prognose eingestellt ist eine Reduktion um per saldo 1,3 Prozentpunkte (-2,3 Punkte in der Arbeitslosenversicherung, +0,4 Punkte in der Rentenversicherung, +0,6 Punkte in

¹ Die Inflationsrate ist aber auch deshalb im September 2006 so niedrig gewesen, weil ein Jahr zuvor aufgrund des Wirbelsturms „Katrina“ für Mineralölprodukte Höchstpreise gezahlt werden mussten und zudem die Tabaksteuer angehoben worden war (doppelter Basiseffekt).

² Die Preise von Energieträgern und von Saisonwaren (Fische, Fischwaren, Obst, Gemüse) sind überdurchschnittlich volatil und können die Ergebnisse der Preisstatistik auf kurze Sicht verzerren. Aufgrund der in Deutschland besonders großen Bedeutung von Gütern mit administrierten Preisen schließt das ifo Institut bei der Berechnung der Kerninflationsrate diese Gütergruppe zusätzlich aus.

³ Der ermäßigte Steuersatz von 7 % (z.B. für Nahrungsmittel, Bücher oder Zeitungen) ändert sich nicht. Auch bleibt die Steuerfreiheit einiger ausgewählter Produkte und Dienstleistungen wie Wohnungsmieten oder Kontoführung bei Banken erhalten.

Tab. 10

Entwicklung des Verbraucherpreisindex^{a)}

	Wägungs- schema in Promille	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006 Nov.
		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %								
Kerninflation^{b)}	744,98	0,9	0,5	0,8	1,4	1,4	0,7	0,8	0,8	1,2
Übrige Lebenshaltung	255,02	1,1	0,8	3,5	3,7	1,2	2,1	4,2	5,0	2,3
davon:										
Saisonabh. Nahrungsmittel	16,26	2,1	-0,7	-0,9	7,9	-0,8	-1,3	-2,5	1,5	11,9
Heizöl, Kraftstoffe und Gas	51,01	-5,7	6,5	22,8	3,6	-1,0	4,6	4,6	11,9	1,2
Heizöl	7,90	-17,0	19,5	53,6	-5,9	-9,1	3,8	11,4	32,0	-3,6
Kraftstoffe	33,70	-5,2	7,0	18,9	1,0	2,3	4,6	4,4	8,1	-1,8
Gas	9,41	0,2	-2,1	16,3	21,2	-5,6	5,1	1,0	10,5	14,8
Güter mit administrierten Preisen	187,75	2,5	-0,2	-0,4	3,3	2,0	1,8	4,6	3,4	1,9
darunter:										
Strom	18,65	0,0	3,9	-4,9	4,0	4,5	5,0	4,0	4,2	4,0
Umlagen für Fernwärme u.ä.	10,37	-2,4	-4,8	16,4	19,4	-0,9	-0,2	2,1	14,4	8,1
Telefondienstleistungen	20,96	-1,3	-11,5	-12,5	-6,9	2,1	1,1	-0,4	-0,9	-2,2
Gesundheitspflege	35,46	5,2	-3,3	0,2	1,3	0,6	0,5	19,2	1,9	1,0
Beiträge zur Krankenversicherung	8,91	4,5	3,3	3,7	3,5	3,6	3,3	3,0	2,5	1,3
Kraftfahrzeugsteuer	6,08	8,9	6,8	2,6	23,4	0,0	0,6	5,2	19,9	0,7
Lebenshaltung insgesamt	1000,00	0,9	0,6	1,4	2,0	1,4	1,1	1,6	2,0	1,5
davon: ^{c)}										
Kerninflation	-	0,7	0,4	0,6	1,0	1,1	0,5	0,6	0,6	0,8
Übrige Lebenshaltung	-	0,3	0,2	0,9	0,9	0,3	0,6	1,1	1,3	0,6
Saisonabh. Nahrungsmittel	-	0,0	0,0	0,0	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,2
Heizöl, Kraftstoffe und Gas	-	-0,2	0,3	1,0	0,2	-0,1	0,2	0,2	0,6	0,1
Güter mit administrierten Preisen	-	0,5	0,0	-0,1	0,6	0,4	0,3	0,9	0,7	0,4

a) Verbraucherpreisindex, 2000 = 100.
b) In der Abgrenzung des ifo Instituts.
c) Inflationsbeiträge der Teilindizes zur Veränderung des Verbraucherpreisindex in Prozentpunkten.
Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des ifo Instituts.

der gesetzlichen Krankenversicherung), die hälftig auf sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und Arbeitgeber entfällt. Eine Ermäßigung der Lohnnebenkosten wirkt sich nicht unmittelbar im Verbraucherpreisindex aus. Es könnten aber hierdurch allgemein die Preise für im Inland erzeugte Güter und Dienstleistungen sinken; hier wird mit einer Reduktion um $\frac{1}{2}$ Prozentpunkt gerechnet. Per saldo dürfte das Verbraucherpreisniveau unter Hinzurechnung der übrigen fiskalischen Maßnahmen (wie der Anhebung der Versicherungssteuer um ebenfalls 3 Prozentpunkte) um rund 1 % angehoben werden. Zu berücksichtigen ist ferner, dass teureres Öl als Vorleistung in die heimische Produktion eingeht. Auch ist in Rechnung zu stellen, dass es zum Jahresanfang zu einer Anhebung der Bahntarife für Fahrten im Regional- und Fernverkehr kommt. Alles in allem werden die Verbraucherpreise im Jahresdurchschnitt 2007 um 2,3 % steigen. Im Jahr 2008 ist – nach dem Durchwirken des mehrwertsteuerbedingten Preisschubs – mit einer Inflationsrate um $1 \frac{1}{2}$ % zu rechnen.

Konjunktureller Aufschwung auf dem Arbeitsmarkt hält an

Die konjunkturelle Wende auf dem Arbeitsmarkt hat stattgefunden. Die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden erhöhte sich saison- und kalenderbereinigt im zweiten und dritten Quartal kräftig. Im Zuge der steigenden Kapazitätsauslastung wurden seit Jahresbeginn saisonbereinigt etwa 350 000 zusätzliche Stellen geschaffen. Die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten stieg saisonbereinigt seit dem Wendepunkt im Februar bis zum September um etwa 320 000. Allerdings liegt auch die Zahl der geförderten sozialversicherungspflichtigen Erwerbsverhältnisse¹ im November um gut 55 000 über dem Vorjahresniveau. Die Minijobs wurden durch die Erhöhung der Abgabepauschale für Arbeitgeber im Juli merklich unattraktiver, so dass im September vorläufigen Daten zufolge 55 000 Personen weniger einer geringfügigen Beschäftigung nachgingen als noch ein Jahr zuvor. Die Zahl der Zusatzjobs erhöhte sich hingegen etwas. Betrachtet man die Erwerbstätigkeit nach Wirtschaftsbereichen, so wurden kräftige Zuwächse vor allem bei den unternehmensnahen Dienstleistungen, im Sektor Verkehr und Nachrichtenübermittlung sowie im Gesundheitswesen verzeichnet. Es konnten jedoch nicht alle Branchen vom Aufschwung profitieren. Im Kredit- und Versicherungsgewerbe und auch im Verarbeitenden Gewerbe gingen im Vorjahresvergleich noch Arbeitsplätze verloren, wenngleich sich der Rückgang dort spürbar verlangsamt hat.

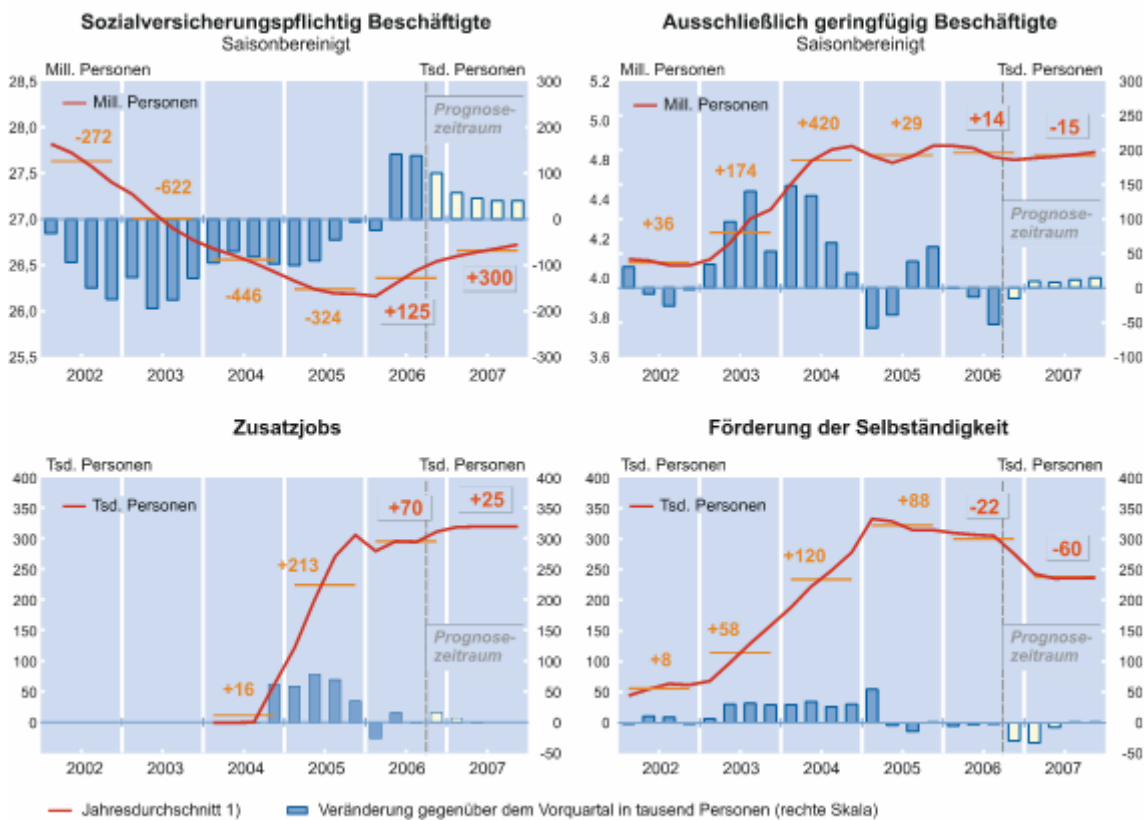
Zu der positiven Bilanz auf dem Arbeitsmarkt hat auch eine moderate Lohnentwicklung beigetragen. So stiegen die tariflichen Stundenlöhne im letzten Jahr nur um 1,0 % und die Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmerstunde waren in den ersten drei Quartalen dieses Jahres nur um 0,4 % höher als im selben Zeitraum des Vorjahres.

¹ Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen, Beschäftigung schaffende Infrastrukturmaßnahmen, Beschäftigte in Personalserviceagenturen, Eingliederungszuschüsse, Einstellungszuschüsse bei Neugründungen, Einstellungszuschüsse bei Vertretung, Arbeitsentgeltzuschüsse bei beruflicher Weiterbildung Beschäftigter, Einstiegsgehalt für abhängige Beschäftigung, Sonderprogramm "Arbeit für Langzeitarbeitslose" (AfL) in der Variante Arbeitsgelegenheiten mit Entgelt gefördert.

In diesem Jahr wird die Nachfrage nach Arbeitskräften lebhaft bleiben, da sowohl der Bestand an geförderten als auch an ungeförderten gemeldeten Stellen bereinigt um saisonale Einflüsse weiterhin deutlich steigt. Außerdem hat sich die Zahl der Arbeitnehmer, die Kurzarbeitergeld in Anspruch nehmen, im Vergleich zum Vorjahresmonat auf etwa 50 000 halbiert. Der Anstieg der Erwerbstätigkeit wird dabei im Wesentlichen durch einen Zuwachs von sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen gestützt.

Abb. 26

Ausgewählte Komponenten der Erwerbstätigkeit



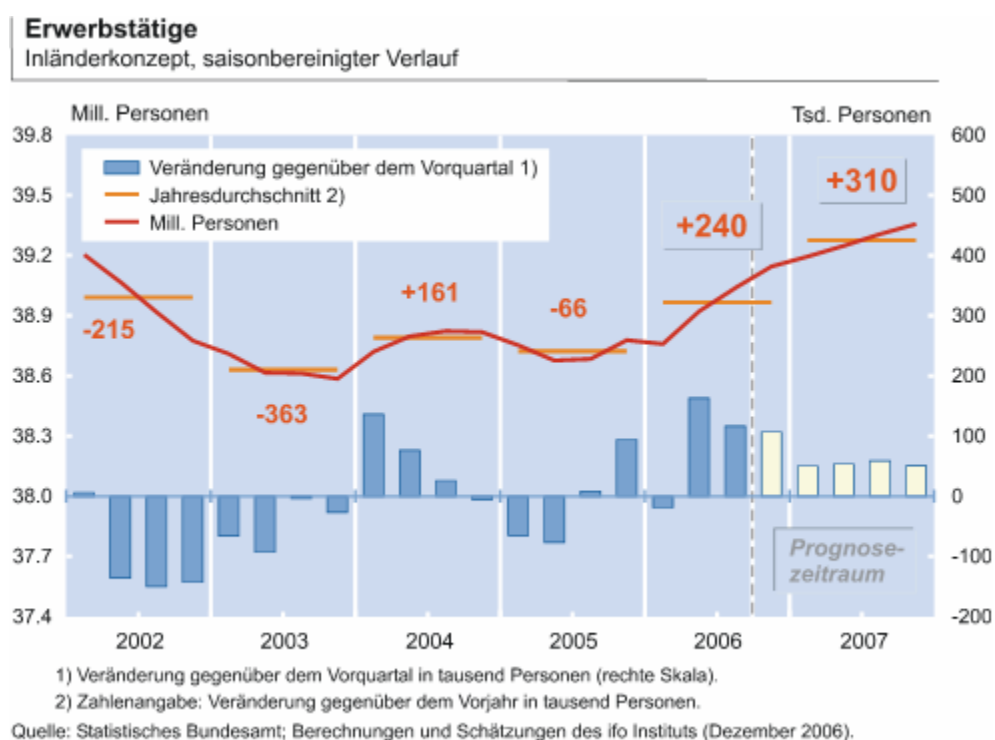
1) Zahlenangabe: Veränderung gegenüber Vorjahr in tausend Personen.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts (Dezember 2006).

Kurzfristig werden - bedingt durch die Vorzieheffekte beim Konsum - auch etwas mehr geringfügig Beschäftigte eingestellt. Der durch die Erhöhung der Abgabenpauschale ausgelöste Rückgang der Minijobs kann dadurch in diesem Jahr jedoch nicht gestoppt werden. Vielmehr könnte es für viele Arbeitgeber sogar günstiger sein, auf

sozialversicherungspflichtige Midijobs zurückzugreifen. Die Neuregelung der Förderung der Selbständigkeit wird in diesem Jahr auch noch negativ auf die Beschäftigung wirken, da der Rückgang bei den Ich-AGs bislang nicht durch die Zunahme des neu eingeführten Gründungszuschusses kompensiert werden dürfte. Als Grund hierfür ist die Verkürzung der Förderungsdauer, aber auch die Verschärfung der Zugangsvoraussetzungen zu nennen. Die Zahl der Zusatzjobs wird im Wesentlichen auf dem gegenwärtigen Niveau verharren, da das Potential an solchen Stellen ausgeschöpft sein dürfte (vgl. Abb. 26). Insgesamt wird die Zahl der erwerbstätigen Inländer im Jahresdurchschnitt um 240 000 (0,6 %) steigen, was im Verlauf einem deutlichen Anstieg um 365 000 entspricht (vgl. Abb. 27).

Abb. 27



Im nächsten Jahr setzt sich der Beschäftigungsanstieg im Wesentlichen fort. Zu Jahresbeginn wird er aber – ausgelöst durch die restriktiven Maßnahmen der Finanzpolitik – etwas an Schwung verlieren. Im weiteren Jahresverlauf bleiben die Zuwächse insbesondere bei der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung jedoch stabil. Darauf deutet auch das vom ifo Institut berechnete Beschäftigungsbarometer hin,

das weiterhin aufwärts gerichtet ist und dessen Wert deutlich über dem Durchschnitt der letzten acht Jahre liegt. Des Weiteren werden keine Minijobs mehr abgebaut und auch der Rückgang bei der Förderung der Selbständigkeit kommt zum Stillstand. Dadurch steigt die Erwerbstätigenzahl (Inländerkonzept) im Jahresverlauf 2007 um 210 000 und jahresdurchschnittlich um 310 000 (0,8 %). Die Beschäftigungsaussichten bleiben auch für das Jahr 2008 positiv. Die Dynamik wird mit der Dauer des Konjunkturaufschwungs jedoch nachlassen, so dass die Erwerbstätigenzahl im Jahresverlauf immer noch um ca. 170 000 steigt, womit bei jahresdurchschnittlicher Betrachtung ein Zuwachs von 190 000 (0,5 %) erreicht werden dürfte (vgl. Tab 11).

Tab. 11

	Arbeitsmarktbilanz						
	Jahresdurchschnitte in 1000 Personen						
	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Deutschland							
Erwerbstätige Inländer	38994	38631	38792	38726	38966	39276	39466
Arbeitnehmer	34991	34558	34570	34370	34580	34905	35055
darunter:							
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	27629	27007	26561	26237	26362	26662	26812
ausschließlich geringfügig Beschäftigte	4148	4322	4742	4771	4785	4770	4820
Zusatzjobs (Ein-Euro-Jobs)			12	225	295	320	320
Selbständige	4003	4073	4222	4356	4386	4371	4411
darunter:							
geförderte Selbständige ¹	56	114	234	322	300	240	245
Pendlersaldo	102	93	83	97	90	100	100
Erwerbstätige Inland	39096	38724	38875	38823	39056	39376	39566
Arbeitslose	4061	4377	4381	4861	4498	4118	3968
Arbeitslosenquote ²	9,4	10,2	10,1	11,2	10,3	9,5	9,1
Erwerbslose ³	3229	3703	3931	3893	3466	3376	3311
Erwerbslosenquote ⁴	7,6	8,7	9,2	9,1	8,2	7,9	7,7
Aktive Arbeitsmarktpolitik							
Kurzarbeit	207	195	151	126	67	50	50
Beschäftigung schaffende Maßnahmen	194	145	119	62	51	55	50
Berufliche Weiterbildung	340	260	184	114	120	150	150

¹ Gründungszuschüsse, Existenzgründungszuschüsse, Überbrückungsgeld und Einstiegsgeld. ² Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Erwerbstätige Inländer plus Arbeitslose). ³ Definition der ILO.

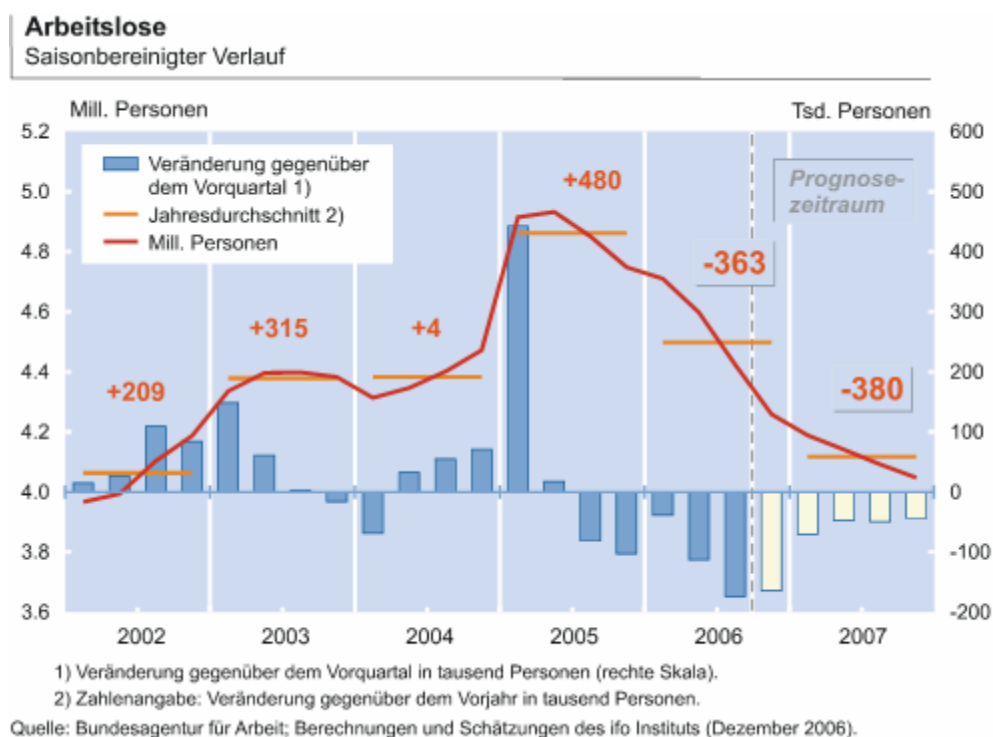
⁴ Erwerbslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Erwerbstätige Inländer plus Erwerbslose).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit, 2006, 2007 und 2008: Prognose des ifo Instituts.

Der konjunkturelle Aufschwung hat im bisherigen Jahresverlauf auch zu einem deutlichen Rückgang der saisonbereinigten Arbeitslosigkeit geführt (vgl. Abb. 28). Gleichzeitig beobachtet man in den vergangenen Monaten einen ausgeprägten Rückgang der Zahl der Langzeitarbeitslosen, die im November den Vorjahreswert allerdings immer noch leicht um 23 000 (1,6 %) übertraf. Ihr Anteil an der Gesamtzahl

der Arbeitslosen stieg dabei deutlich an (von 37,9 % auf 43,6 %).¹ Ein Teil des Rückgangs der Arbeitslosigkeit im Oktober und November dürfte aber durch die außergewöhnlich milden Witterungsverhältnisse begründet sein, die vom Saisonbereinigungsverfahren nicht in vollem Maß berücksichtigt werden. Ein weiterer Teil des Rückgangs der Arbeitslosenzahl ist nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit darauf zurückzuführen, dass durch die systematische Überprüfung des Bewerberstatus und wegen mangelnder Bedürftigkeit vielfach kein Anspruch auf das Arbeitslosengeld II mehr geltend gemacht wurde.

Abb. 28

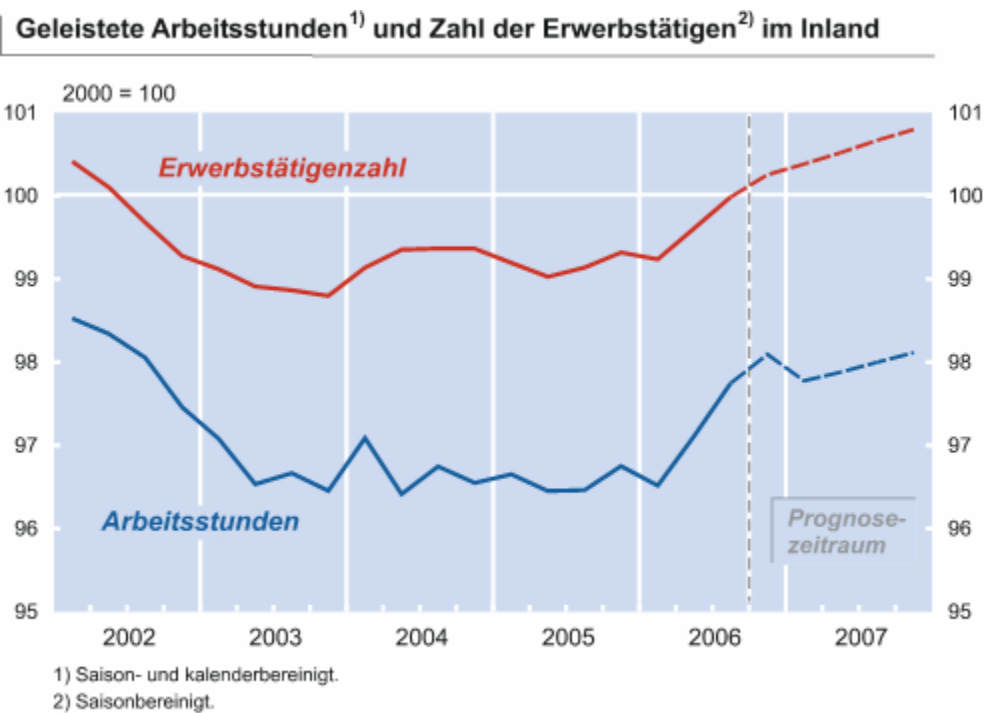


Die gute konjunkturelle Lage, die im August beschlossene Verschärfung der Anspruchsbedingungen für das Arbeitslosengeld II und die Einführung eines Saison-Kurzarbeitergeldes werden dazu führen, dass die Zahl der Arbeitslosen weiter deutlich

¹ In die Auswertung werden von der Bundesagentur für Arbeit die 69 „Optionskommunen“ bisher nicht einbezogen.

zurückgeht.¹ Am Jahresende werden 490 000 Personen weniger arbeitslos gemeldet sein als ein Jahr zuvor. Im Jahresdurchschnitt sinkt die Zahl der Arbeitslosen um gut 360 000. Diese Tendenz setzt sich auch im Jahr 2007 mit geringeren Veränderungsraten fort. Im Verlauf ergibt sich ein Rückgang der Arbeitslosigkeit um 200 000, was einem Rückgang des Jahresdurchschnitts um 380 000 entspricht. Auch im Jahr 2008 reicht der Anstieg des Auslastungsgrades der Wirtschaft aus, um die Arbeitslosigkeit weiter abzubauen. Insgesamt ergibt sich ein geringerer Rückgang im Jahresverlauf um rund 100 000, was im Jahresdurchschnitt eine um 150 000 niedrigere Arbeitslosenzahl bedeutet.

Abb. 29



Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts (Dezember 2006).

Im Zuge der Ausweitung der Beschäftigung steigt in diesem Jahr auch das Arbeitsvolumen nach Ausschaltung von Kalender- und Saisoneinflüssen mit 0,8 %

¹ Nachdem die Zahl der Bedarfsgemeinschaften vorher stetig gestiegen war, ist sie durch die beschlossenen Maßnahmen stark zurückgegangen. Insgesamt ist die Zahl um 220 000 auf 3,6 Mill. gesunken. Die Zahl der Arbeitslosengeld II Empfänger ist im selben Zeitraum lediglich um etwa 90 000 zurückgegangen..

spürbar an (vgl. Abb. 29). Im nächsten Jahr macht sich vorübergehend der Nachfrageausfall im ersten Quartal bemerkbar, so dass für den Jahresdurchschnitt ein Anstieg von 0,6 % resultiert. In 2008 wird die wirtschaftliche Expansion nur noch leicht über der Beschäftigungsschwelle liegen, wodurch die geleisteten Stunden um 0,4 % zunehmen.

Zur Lohnentwicklung

Der Anstieg der Löhne war in den vergangenen Jahren sowohl im historischen als auch im internationalen Vergleich sehr niedrig. Das gilt sowohl für die Tarif- als auch für die Effektivlöhne. Nach Berechnungen der Deutschen Bundesbank sind die Tariflöhne auf Stundenbasis in der gesamten Wirtschaft im vergangenen Jahr um 0,9 % gestiegen, in den ersten drei Quartalen dieses Jahres im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um etwas weniger als 1 %. Nach Schätzungen des WSI-Tarifarchivs vom Juli dürften die Tariflöhne in diesem Jahr auf Monatsbasis um 1,5 % steigen. Aufgrund der zunehmend komplexeren Struktur von Tarifverträgen ist es inzwischen sehr schwer, ein numerisch genaues Bild von Tariflohnsteigerungen zu ermitteln. Fasst man alle vorliegenden Informationen zusammen, scheint in diesem Jahr ein Anstieg der Tariflöhne auf Stundenbasis um etwa $1 \frac{1}{4}$ % eine realistische Schätzung zu sein; im produzierenden Gewerbe (einschließlich Bau) dürfte die Steigerungsrate knapp 2 % betragen.

Die effektiv gezahlten Löhne und Gehälter pro geleisteter Arbeitsstunde haben sich im vergangenen Jahr um 0,7 % erhöht, in den ersten drei Quartalen dieses Jahres im Vergleich zum gleichen Zeitraum des Vorjahres um 0,6 %. Die Veränderungsraten schwanken dabei zwischen den Quartalen sehr stark. So sind die Verdienste je Arbeitnehmerstunde im ersten Quartal dieses Jahres gegenüber dem entsprechenden Vorjahresquartal um 0,9 % gesunken, im zweiten Quartal sind sie um 2,1 % gestiegen, im dritten Quartal um 0,6 %. Ein wesentlicher Grund für diese Schwankungen sind Kalendereffekte, denn anders als die geleistete Arbeitszeit ist für viele Arbeitnehmer das Entgelt als Monatslohn unabhängig von der Anzahl der Arbeitstage in einem Zeitraum.

Im kommenden Jahr dürfte die Steigerungsrate sowohl der Tarif- als auch der Effektivverdienste spürbar höher ausfallen, auch wenn einzelne Bereiche wie vor allem der öffentliche Dienst weiter dämpfen werden. So betrug bereits im ersten Halbjahr 2006 nach Berechnungen des WSI-Tarifarchivs die durchschnittliche gesamtwirtschaftliche Abschlussrate 2,7 %. Diese Abschlüsse treten nach und nach in Kraft und erhöhen sukzessive das Tariflohniveau. Im ersten Halbjahr 2007 steht eine Vielzahl von Tarifverhandlungen an, unter anderem in der Metall- und Elektroindustrie, der Chemischen Industrie sowie dem Groß- und Einzelhandel. Angesichts der konjunkturell deutlich besseren Arbeitsmarktlage sind in einigen Branchen Tariflohnsteigerungen von über 3 % zu erwarten. Im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt, also unter Einrechnung der bereits bestehenden Tariflohn- und Arbeitszeitvereinbarungen im öffentlichen Sektor, dürfte eine Zunahme der Tariflöhne auf Monatsbasis um etwa 2 % eine realistische Einschätzung sein. Aufgrund der steigenden Arbeitsnachfrage dürften die Effektivlöhne zudem wieder in größerem Ausmaß Anschluss an die Tariflohnentwicklung halten. Insgesamt werden im Jahre 2007 die Bruttolöhne und -gehälter pro Arbeitnehmer voraussichtlich um 1,6 % steigen, im Verlauf des Jahres ist das deutlich mehr. Da sich die Arbeitsmarktlage im Jahre 2008 weiter verbessert und auch im öffentlichen Dienst wieder Lohnerhöhungen anstehen, dürfte sich die Steigerungsrate dann nochmals erhöhen.

Damit ist von der Lohnentwicklung her kein positiver Beschäftigungsbeitrag mehr zu erwarten. Als Faustregel für eine beschäftigungsneutrale Lohnpolitik kann eine Tariflohnsteigerung gelten, die sich zusammensetzt aus der Summe der trendmäßigen Erhöhung der Arbeitsproduktivität (gegebenenfalls korrigiert um die sog. Entlassungsproduktivität) und dem Teil der Inflationsrate, die nicht auf eine Erhöhung indirekter Steuern oder eine Verschlechterung der Terms of Trade zurückgeht. Die geschätzte Trendwachstumsrate der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsproduktivität beträgt aktuell etwa 1,2 %, die jahresdurchschnittliche Kerninflationsrate etwas weniger als 1%. Beschäftigungsneutral sind damit Lohnsteigerungsraten von 2 %. Eine Alternative wäre es, sich bei der tariflichen Lohnsetzung am Inflationsziel der EZB zu orientieren. Die damit kompatible Inflationsrate beträgt für Deutschland etwa 1,5 %. Damit wäre eine

beschäftigungsneutrale Lohnsteigerung von gut $2 \frac{1}{2} \%$ verbunden. Im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt sollte dies aber keine Richtschnur für die Erhöhung der Tariflöhne sein. Zum einen erfordern die nach wie vor hohe Arbeitslosigkeit und das im internationalen Maßstab immer noch hohe Lohnniveau auch in Zukunft nur moderate Lohnsteigerungen, die unter dem europäischen Durchschnitt liegen. Zum anderen ist es notwendig, dass zur Bewältigung des Strukturwandels die Lohnstruktur flexibel auf sich ändernde Angebots- und Nachfragebedingungen reagieren kann. Wenn die Tariflohnpolitik den „Verteilungsspielraum“ voll ausschöpft, wird es schwerer, die nötigen Anpassungen der relativen Löhne auf Betriebs-, Branchen- und Qualifikationsebenen zu erreichen. Aus diesen Gründen sollten auch in Jahren mit einer guten Arbeitsmarktlage die Tariflöhne im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt um nicht mehr als etwa 2 % steigen.

Vor allem sollten die Gewerkschaften in den kommenden Tarifrunden die Erhöhung der Mehrwertsteuer nicht zum Anlass nehmen, höhere Tariflohnsteigerungen durchzusetzen. Der Teil der Inflation, der auf diese Erhöhung zurückgeht, wird vom Staat beansprucht und ist nicht mehr zu verteilen. Die Mehrwertsteuererhöhung und die Nettoentlastung bei den Arbeitgeberbeiträgen zur Sozialversicherung erhöhen die Inflationsrate im nächsten Jahr unter der Annahme einer vollen Überwälzung um etwa einen Prozentpunkt. Da auch der Arbeitnehmeranteil sinkt, erhöht sich der Nettolohn dadurch um rund 0,8 %. In der Summe verlieren die Arbeitnehmer beim Lohneinkommen durch die beiden fiskalpolitischen Maßnahmen (Mehrwertsteuererhöhung und Senkung der Lohnnebenkosten) real und netto gerechnet nur wenig (etwa 0,2 %), die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten praktisch gar nichts. Dabei sind allerdings Kürzungen bei der Entfernungspauschale, Abbau der Eigenheimzulage usw. sowie die reale Senkung der Nichtlohneinkommen nicht berücksichtigt.

Deutliche Verminderung des staatlichen Finanzierungsdefizits

Die Einnahmen des Staates liegen im Jahr 2006 um 3,7 % über dem Vorjahreswert. Dieser überraschend starke Zuwachs resultiert im Wesentlichen aus den sprudelnden Steuereinnahmen. Sie nehmen – in der Abgrenzung der VGR – um 7 % gegenüber dem Vorjahr zu und werden von dem deutlichen Anstieg der Einkommen- und Vermögensteuern (+9,2 %) getragen. Aber auch die Produktions- und Importabgaben wirken sich mit einem Mehraufkommen von rund 5 % positiv auf die Einnahmenentwicklung aus. Den größten Beitrag zum Anstieg der Einkommen- und Vermögensteuern leistet die veranlagte Einkommensteuer mit einem Zuwachs um rund 90 % oder knapp 9 Mrd. Euro (alle Angaben zu den einzelnen Steuerarten nach Kassenstatistik) und resultiert einerseits aus der überaus positiven Gewinnentwicklung der Unternehmen und andererseits aus dem Abbau von Steuervergünstigungen, wie beispielsweise die Streichung der Möglichkeit zur Verlustverrechnung aus Steuerstundungsmodellen. Des Weiteren ist auch bei der Körperschaftsteuer trotz der temporär verbesserten Abschreibungsbedingungen in 2006 und 2007 ein kräftiger Anstieg von knapp 55 % zu verzeichnen. Dagegen nehmen die Einnahmen aus der Lohnsteuer um nur 2,8 % gegenüber dem Vorjahr zu. Dieser eher mäßige Zuwachs ist im Wesentlichen das Resultat des verhaltenen Anstiegs der Lohnsumme.

Die Produktions- und Importabgaben werden weiterhin hauptsächlich von den Mehreinnahmen bei der Umsatzsteuer und der Gewerbesteuer getrieben. Begünstigt durch die Konjunktur steigen die Steuern vom Umsatz um mehr als 6 Mrd. Euro und ebenso die Einnahmen aus der Gewerbesteuer um knapp 6 Mrd. Euro. Darüber hinaus sorgt auch die positive Entwicklung der Grunderwerbsteuer, die aufgrund der Abschaffung der Eigenheimzulage in diesem Jahr ein höheres Plus zu verzeichnen hat, für den Anstieg der Produktions- und Importabgaben. Insgesamt dürften die Steuereinnahmen um rund 4 Mrd. Euro höher ausfallen als vom Arbeitskreis Steuerschätzungen im November prognostiziert wurde.

Die Einnahmen des Staates aus Sozialversicherungsbeiträgen – sie stellen die zweitgrößte Einnahmenposition dar – nehmen im Jahr 2006 deutlich schwächer, nämlich nur um 1,1 % gegenüber dem Vorjahr zu. Zwar steigen die Arbeitnehmerbeiträge kräftig (+2,3 %), aber Arbeitgeberbeiträge (+0,8 %) und sonstige Beiträge (-1,0 %) entwickeln sich unterdurchschnittlich. Die Diskrepanz zwischen den Arbeitgeber- und den Arbeitnehmerbeiträgen rührt von dem zur Jahresmitte 2005 eingeführten Sonderbeitrag bei der gesetzlichen Krankenversicherung her. Damals wurde der allgemeine Beitragssatz um 0,9 Prozentpunkte gesenkt und gleichzeitig ein zusätzlicher Beitragssatz von ebenfalls 0,9 Prozentpunkten eingeführt, den die Arbeitnehmer (und auch die Rentenempfänger) alleine zu tragen haben. Die Entwicklung bei den sonstigen Beiträgen wird hauptsächlich dadurch verursacht, dass die Anzahl der Arbeitslosengeld-I-Empfänger gegenüber dem Vorjahr stark sinkt. Insgesamt muss die Bundesagentur für Arbeit etwa 2 Mrd. Euro weniger an Beiträgen für die Renten-, die Pflege- und die Krankenversicherung aufwenden als 2005. Demgegenüber steigt zwar die Zahl der Bezieher von Arbeitslosengeld II leicht, und damit sind auch die hierauf anfallenden Sozialversicherungsbeiträge höher, dieser Effekt beläuft sich aber – verglichen mit den Aufwendungen im Jahr 2005 – auf nur etwa 0,4 Mrd. Euro.

Bei den übrigen Einnahmenpositionen fallen insbesondere ein Anstieg der Vermögenseinkünfte (als Folge des höheren Bundesbankgewinnes) und ein deutlicher Rückgang bei den sonstigen laufenden Übertragungen (wegen der Rückzahlung von Finanzhilfen war diese Position im Jahr 2005 überhöht) auf.

Die Staatsausgaben steigen hingegen im laufenden Jahr nur um 0,5 %. Damit setzt sich die moderate Entwicklung der beiden Vorjahre fort. Die monetären Transferzahlungen an die privaten Haushalte – sie enthalten auch die Sozialversicherungsbeiträge des Staates für Empfänger sozialer Leistungen – werden stagnieren; vor dem Hintergrund einer sinkenden Arbeitslosenzahl werden die (Brutto-)Ausgaben für die Arbeitslosigkeit sogar niedriger ausfallen als 2005, wobei dem starken Rückgang der Leistungen der Arbeitslosenversicherung ein abgeschwächter Anstieg der Ausgaben für die Grundsicherung für Arbeitsuchende (Arbeitslosengeld II inkl. Leistungen für

Unterkunft und Heizung) gegenübersteht. Netto, also nach Abzug der Sozialversicherungsbeiträge, die die Bundesagentur und die Träger der Grundsicherung für die Leistungsempfänger zu entrichten haben, wird das Minus jedoch deutlich geringer sein, weil (wie schon erwähnt wurde) insgesamt weniger Sozialversicherungsbeiträge für Arbeitslose zu leisten sind. Die Zahlungen der Rentenversicherung steigen kaum. Weil es erneut keine Rentenanpassung gab, resultiert der Anstieg aus einer größeren Zahl an Renten.

Die vom Staat gezahlten Arbeitnehmerentgelte sind weiter rückläufig (-0,8 %), da der Personalabbau im öffentlichen Dienst fortgeführt wird und die Tarifrunde insgesamt nur geringfügige Entgeltsteigerungen brachte. Dagegen werden die sozialen Sachleistungen im gleichen Tempo wie im Vorjahr zulegen (+2,3 %). Erstmals seit 2001 werden auch die öffentlichen Investitionen wieder gesteigert, wobei insbesondere – im Zusammenhang mit den Mauteinnahmen – die Verkehrsinvestitionen ausgeweitet werden. Ins Gewicht fällt auch der Anstieg der Zinszahlungen, die infolge der in den vergangenen Jahren stark gestiegenen Staatsverschuldung um 3,5 % höher ausfallen als im Jahr 2005.

Insgesamt wird sich das Finanzierungsdefizit des Staates auf rund 42 Mrd. Euro oder 1,8 % des Bruttoinlandsprodukts belaufen. Damit hält Deutschland erstmals seit 2001 wieder die Obergrenze des Maastricht-Vertrages für das Finanzierungsdefizit (3 % des Bruttoinlandsprodukts) ein. Die Sozialversicherung insgesamt kann (in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung) im laufenden Jahr mit einem kleinen Finanzierungsüberschuss von ca. 2 Mrd. Euro rechnen, nachdem es 2005 noch ein Defizit von 3,4 Mrd. Euro gab. Laut Kassenstatistik der Versicherungszweige fällt das Plus noch deutlich größer aus, weil durch die im Jahr 2006 eingeführten vorgezogenen Fälligkeitstermine für die Abführung der Beiträge für Lohn- und Gehaltsempfänger im Jahr 2006 einmalig in der Regel 13 Monatsbeiträge überwiesen werden. Einen immensen Haushaltsüberschuss von rund 11 Mrd. Euro wird die Bundesagentur für Arbeit verzeichnen, nachdem sie im vergangenen Jahr noch ein geringfügiges Defizit

(-0,4 Mrd. Euro) erzielte. Hier sinken die Ausgaben für das Arbeitslosengeld I um 4 Mrd. Euro, noch etwas stärker (ca. 4,2 Mrd. Euro) steigen die Beitragseinnahmen.

Der Einnahmewachstum des Staates im Jahr 2007 dürfte mit 2 % spürbar geringer ausfallen als in diesem Jahr. Die positive Entwicklung bei den Steuereinnahmen (+4,6 % in Abgrenzung der VGR) ist größtenteils auf die Steuererhöhungen und zudem den weiteren Abbau von Steuervergünstigungen zurückzuführen. Den stärksten Zuwachs haben hierbei die Produktions- und Importabgaben zu verzeichnen (+8,7 %). Die Einnahmen aus den Einkommen- und Vermögensteuern bleiben hingegen mit einem Zuwachs von 0,1 % weitgehend konstant. Die im Januar 2007 in Kraft tretende Erhöhung des Mehrwertsteuernormalsatzes um 3 Prozentpunkte von 16 % auf 19 % hat den größten Effekt auf die Produktions- und Importabgaben. Es wird geschätzt, dass dem Staat im nächsten Jahr bei der Umsatzsteuer Mehreinnahmen von rund 23 Mrd. Euro (+16 %; Kassenstatistik) zufließen werden. Des Weiteren schlägt auch die Erhöhung der Versicherungssteuer zu Buche. Deren Steuersatz wird ebenfalls ab Januar 2007 von 16 % auf 19 % angehoben und verspricht einen Zuwachs der Einnahmen von knapp 1,9 Mrd. Euro.

Der Anstieg der Einkommen- und Vermögensteuern dürfte zum Großteil durch steuerrechtliche Änderungen gebremst werden. Günstigere Abschreibungsbedingungen für die Jahre 2006 und auch 2007 führen in 2007 zu einem Rückgang des Körperschaftsteueraufkommens von gut 4 Mrd. Euro. Dagegen resultiert aus dem Abbau von Steuervergünstigungen ein erneuter Zuwachs bei der veranlagten Einkommensteuer. Hinzu kommt ein Plus bei den Einnahmen aus der Lohnsteuer (+5 %). Hierfür ist zum Teil die ab Januar 2007 geltende Kürzung der Entfernungspauschale ausschlaggebend. Darüber hinaus wird die Lohnsumme im kommenden Jahr aufgrund steigender Löhne und höherer Beschäftigung etwas rascher zunehmen und sich somit ebenso positiv auf das Lohnsteueraufkommen auswirken.

Die Einnahmen aus Sozialversicherungsbeiträgen werden spürbar sinken (-1,5 %). Ausschlaggebend dafür ist die Absenkung des Beitragssatzes zur

Arbeitslosenversicherung um 2,3 Prozentpunkte auf 4,2 %. Dies führt zu Mindereinnahmen von reichlich 17 Mrd. Euro. Den Beitragsausfall soll die Bundesagentur für Arbeit zur Hälfte durch eigene Einsparungen finanzieren, für die andere Hälfte bekommt sie eine Leistung vom Bund, die einem Prozentpunkt der zusätzlichen Mehrwertsteuereinnahmen entsprechen soll (2007: 6,47 Mrd. Euro).

Steigende Beitragssätze sind hingegen in der Rentenversicherung (+0,4 Prozentpunkte) und in der Krankenversicherung (im Durchschnitt +0,6 Prozentpunkte) zu erwarten. Letztere sind zum Teil der Tatsache geschuldet, dass der Bundeszuschuss an die gesetzliche Krankenversicherung abgesenkt wird (insgesamt um 1,7 Mrd. Euro), außerdem müssen die Kassen im Vorfeld der Einführung des Gesundheitsfonds noch vorhandene Schulden abbauen. Hinzu kommt, dass die Mehrwertsteuererhöhung spürbare Zusatzkosten verursacht.

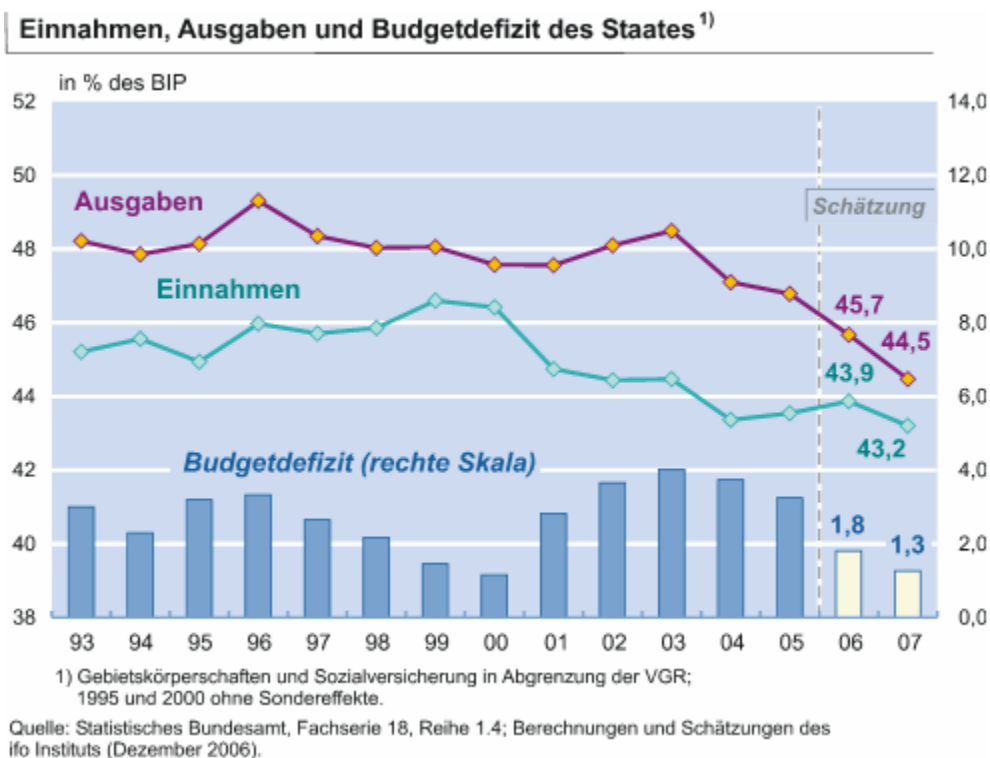
Saldiert sinkt der gesamte Sozialversicherungsbeitragssatz also um 1,3 Prozentpunkte, was für sich genommen zu Mindereinnahmen von etwa 9 Mrd. Euro führt. Andererseits steigt die Summe der Bruttolöhne und -gehälter um 2,5 % und auch für Mini- und Midijobs sowie für Sonn- und Feiertagszuschläge fallen höhere Beiträge an. Gegenzurechnen ist allerdings, dass der Staat sich bei den Sozialversicherungsbeiträgen für Empfänger von Arbeitslosengeld um reichlich 3 Mrd. Euro (davon etwa 1 Mrd. Euro beim Arbeitslosengeld I wegen sinkender Zahl an Leistungsempfängern, gut 2 Mrd. Euro beim Arbeitslosengeld II wegen einer Gesetzesänderung) entlastet.

Die Ausgaben des Staates werden im Jahr 2007 mit 0,8 % erneut langsamer als die Einnahmen steigen. Grundlage der Schätzung sind die derzeit beschlossenen Maßnahmen, zusätzliche Ausgabenprogramme oder Ausweitungen von Leistungsgesetzen, wie sie in den vergangenen Wochen von politischer Seite vielfach ins Gespräch gebracht wurden, sind hier nicht berücksichtigt.

Die monetären Sozialleistungen (mit reichlich 40 % Anteil an den gesamten Ausgaben der mit Abstand größte Posten) sinken sogar leicht; diese Entwicklung wird von der

rückläufigen Beitragszahlung des Staates für Arbeitslosengeldempfänger geprägt. Außerdem dürfte es erneut keine Rentenanpassung geben, so dass hier wieder nur die steigende Anzahl an Rentenempfängern für höhere Ausgaben sorgt. Auch durch die Einführung des Elterngelds fallen zusätzliche Ausgaben von etwa 1 Mrd. Euro an. Rückläufig werden 2007 auch die gezahlten Arbeitnehmerentgelte sein (weil die Beschäftigung im öffentlichen Dienst weiter sinkt und auch der Staat als Arbeitgeber von den niedrigeren Sozialversicherungsbeiträgen profitiert) und die geleisteten Vermögenstransfers (wegen des sukzessiven Wegfalls der Eigenheimzulage).

Abb. 30



Einen spürbaren Anstieg dürfte es bei den sozialen Sachleistungen geben, weil die Ausgabendynamik bei der gesetzlichen Krankenversicherung wohl anhält und sich hier zusätzlich der höhere Mehrwertsteuersatz bemerkbar machen wird. Auch die Zinsausgaben und die Investitionen werden deutlich steigen und – verursacht durch die um schätzungsweise 1,5 Mrd. Euro steigenden BSP-Eigenmittel-Zahlungen an die EU – die sonstigen laufenden Transfers. Damit zeichnet sich für 2007 eine weitere

Verminderung des Finanzierungsdefizits auf 30 Mrd. Euro ab, das entspricht 1,3 % des Bruttoinlandsprodukts (vgl. Abb. 30).

Bei der skizzierten Wirtschaftsentwicklung wird sich die Finanzlage des Staates im Jahr 2008 grundsätzlich weiter entspannen. Ein Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts um reichlich 2 % würde für sich genommen zu einem Rückgang des Finanzierungsdefizits um etwa 0,5 Prozentpunkte (bezogen auf das nominale Bruttoinlandsprodukt) führen. Allerdings ist zu berücksichtigen, dass in diesem Jahr größere Reformvorhaben in Kraft treten sollen, nämlich die Unternehmensteuerreform und die Gesundheitsreform, deren konkrete Ausgestaltung und finanzielle Auswirkungen noch nicht klar abzuschätzen sind. Außerdem wird es wieder spürbare Entgeltanhebungen im öffentlichen Dienst geben. Deshalb dürfte sich der Finanzierungssaldo nur um etwa 0,2 Prozentpunkte auf -1,1 % des Bruttoinlandsprodukts verbessern.

Abgeschlossen am 14. Dezember 2006

Anhang

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

Vorausschätzung für die Jahre 2006 und 2007

	2005 (1)	2006 (2)	2007 (2)	2006		2007 (2)	
				1.Hj (1)	2.Hj (2)	1.Hj	2.Hj

Entstehung des Inlandsprodukts

Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Zahl der Erwerbstätigen	-0,1	0,6	0,8	0,3	0,9	1,0	0,6
Arbeitszeit	0,4	0,7	-0,3	0,0	1,4	0,0	-0,5
Arbeitsstage (3)	-0,7	-0,7	-0,3	0,0	-1,3	-0,4	-0,1
Arbeitsvolumen	-0,4	0,6	0,3	0,3	0,9	0,7	-0,1
Produktivität (4)	1,3	1,9	1,6	1,9	1,8	1,4	1,8
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	0,9	2,5	1,9	2,2	2,8	2,0	1,7

2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen

a) Mrd. EUR

Konsumausgaben	1740,7	1778,8	1822,2	864,6	914,2	886,5	935,7
Private Konsumausgaben 5)	1321,1	1352,5	1388,6	658,9	693,6	677,9	710,7
Konsumausgaben des Staates	419,6	426,3	433,6	205,7	220,6	208,6	225,0
Bruttoanlageinvestitionen	386,9	409,0	427,2	191,3	217,8	200,7	226,5
Ausrüstungen	159,4	170,5	181,0	80,6	89,9	83,9	97,1
Bauten	202,3	212,9	220,0	98,3	114,6	104,1	115,9
Sonstige Anlagen	25,2	25,7	26,2	12,4	13,3	12,7	13,5
Vorratsveränderungen 6)	-2,6	3,3	14,0	8,3	-5,0	11,6	2,4
Inländische Verwendung	2125,0	2191,2	2263,4	1064,2	1127,0	1098,8	1164,6
Außenbeitrag	116,0	113,8	127,3	59,0	54,8	66,7	60,6
Exporte	912,3	1025,7	1100,3	498,0	527,7	538,5	561,8
Importe	796,3	911,9	973,0	439,0	472,9	471,8	501,2
Bruttoinlandsprodukt	2241,0	2305,0	2390,7	1123,2	1181,8	1165,5	1225,2

b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Konsumausgaben	1,3	2,2	2,4	2,3	2,1	2,5	2,3
Private Konsumausgaben 5)	1,4	2,4	2,7	2,3	2,4	2,9	2,5
Konsumausgaben des Staates	1,1	1,6	1,7	2,3	1,0	1,4	2,0
Bruttoanlageinvestitionen	0,7	5,7	4,4	4,8	6,5	4,9	4,0
Ausrüstungen	5,0	6,9	6,2	7,4	6,5	4,1	8,0
Bauten	-2,7	5,2	3,4	3,1	7,1	5,9	1,2
Sonstige Anlagen	2,1	2,1	2,0	2,4	1,8	2,3	1,7
Inländische Verwendung	1,4	3,1	3,3	3,3	3,0	3,3	3,3
Exporte	8,1	12,4	7,3	13,0	11,9	8,1	6,5
Importe	8,6	14,5	6,7	17,2	12,2	7,5	6,0
Bruttoinlandsprodukt	1,5	2,9	3,7	2,4	3,3	3,8	3,7

3. Verwendung des Inlandsprodukts, verkettete Volumenangaben (Referenzjahr 2000)

a) Mrd. EUR

Konsumausgaben	1626,8	1644,3	1652,7	803,4	840,8	808,5	844,2
Private Konsumausgaben 5)	1227,9	1241,0	1246,8	605,4	635,5	609,3	637,6
Konsumausgaben des Staates	399,0	403,4	406,0	198,1	205,3	199,3	206,7
Bruttoanlageinvestitionen	398,8	418,7	434,5	196,4	222,3	204,0	230,5
Ausrüstungen	173,9	187,3	200,0	88,2	99,1	92,5	107,5
Bauten	198,3	204,1	206,7	95,2	108,9	98,0	108,7
Sonstige Anlagen	27,9	29,3	30,5	14,0	15,3	14,7	15,9
Inländische Verwendung	2026,3	2065,6	2097,2	1010,6	1055,0	1025,9	1071,3
Exporte	916,9	1019,9	1091,8	497,9	521,9	535,9	555,9
Importe	815,7	905,5	968,1	436,0	469,5	467,4	500,6
Bruttoinlandsprodukt	2129,3	2182,6	2223,1	1073,3	1109,2	1095,1	1128,1

b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Konsumausgaben	0,2	1,1	0,5	0,8	1,3	0,6	0,4
Private Konsumausgaben 5)	0,1	1,1	0,5	0,7	1,4	0,6	0,3
Konsumausgaben des Staates	0,6	1,1	0,6	1,1	1,1	0,6	0,7
Bruttoanlageinvestitionen	0,8	5,0	3,8	4,7	5,3	3,9	3,7
Ausrüstungen	6,1	7,7	6,8	8,3	7,1	4,9	8,5
Bauten	-3,6	2,9	1,3	1,8	3,9	2,9	-0,2
Sonstige Anlagen	4,7	4,8	4,2	5,3	4,3	4,7	3,8
Inländische Verwendung	0,5	1,9	1,5	1,8	2,1	1,5	1,5
Exporte	6,9	11,2	7,1	12,0	10,5	7,6	6,5
Importe	6,5	11,0	6,9	12,5	9,6	7,2	6,6
Bruttoinlandsprodukt	0,9	2,5	1,9	2,2	2,8	2,0	1,7

noch Bundesrepublik Deutschland: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	2005 (1)	2006 (2)	2007 (2)	2006		2007 (2)	
				1.Hj (1)	2.Hj (2)	1.Hj	2.Hj

4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2000=100)

Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Konsumausgaben	1,1	1,1	1,9	1,5	0,7	1,9	1,9
Private Konsumausgaben 5)	1,3	1,3	2,2	1,6	1,0	2,2	2,1
Konsumausgaben des Staates	0,5	0,5	1,0	1,1	-0,1	0,8	1,3
Bruttoanlageinvestitionen	-0,1	0,7	0,7	0,1	1,2	1,0	0,3
Ausrüstungen	-1,1	-0,7	-0,6	-0,8	-0,5	-0,8	-0,4
Bauten	0,9	2,2	2,1	1,3	3,1	2,9	1,3
Sonstige Anlagen	-2,5	-2,6	-2,1	-2,8	-2,4	-2,2	-2,0
Inländische Verwendung	0,9	1,2	1,7	1,4	0,9	1,7	1,8
Exporte	1,1	1,1	0,2	0,9	1,3	0,5	0,0
Importe	1,9	3,2	-0,2	4,1	2,3	0,2	-0,6
Bruttoinlandsprodukt	0,6	0,3	1,8	0,2	0,5	1,7	1,9

5. Einkommensentstehung und -verteilung

a) Mrd. EUR

Primäreinkommen der privaten Haushalte	1651,0	1696,7	1736,0	832,5	864,3	852,2	883,8
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	217,9	219,8	218,6	106,1	113,7	105,5	113,1
Bruttolöhne und -gehälter	911,4	922,6	946,2	436,7	485,9	447,9	498,3
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	521,7	554,3	571,2	289,7	264,7	298,8	272,4
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	262,9	282,7	324,0	125,5	157,2	145,9	178,2
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	1913,9	1979,4	2060,0	958,0	1021,5	998,1	1062,0
Abschreibungen	334,3	334,3	340,2	166,0	168,4	168,4	171,7
Bruttonationaleinkommen	2248,2	2313,8	2400,2	1123,9	1189,8	1166,5	1233,7
nachrichtlich:							
Volkseinkommen	1675,1	1726,3	1783,1	832,8	893,6	861,5	921,6
Arbeitnehmerentgelte	1129,3	1142,4	1164,8	542,8	599,6	553,4	611,4
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	545,9	583,9	618,3	290,0	293,9	308,1	310,3

b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Primäreinkommen der privaten Haushalte	1,4	2,8	2,3	2,8	2,8	2,4	2,3
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	-2,1	0,9	-0,5	0,1	1,6	-0,5	-0,5
Bruttolöhne und -gehälter	-0,3	1,2	2,5	0,8	1,6	2,6	2,5
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	0,3	0,6	1,6	0,5	0,7	1,4	1,8
Nettolöhne und -gehälter je Beschäftigten	0,3	-0,3	2,2	-0,9	0,3	2,1	2,4
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	6,2	6,2	3,0	7,0	5,5	3,1	2,9
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	3,4	7,5	14,6	5,9	8,9	16,2	13,3
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	1,7	3,4	4,1	3,2	3,7	4,2	4,0
Abschreibungen	2,3	0,0	1,8	-1,0	1,0	1,5	2,0
Bruttonationaleinkommen	1,8	2,9	3,7	2,5	3,3	3,8	3,7
nachrichtlich:							
Volkseinkommen	1,5	3,1	3,3	2,5	3,5	3,5	3,1
Arbeitnehmerentgelte	-0,7	1,2	2,0	0,7	1,6	2,0	2,0
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	6,2	7,0	5,9	6,3	7,7	6,2	5,6

6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte und priv. Org. o.E.

a) Mrd. EUR

Masseneinkommen	978,8	981,6	1002,2	472,4	509,2	482,0	520,1
Nettolöhne und -gehälter	601,4	603,4	622,6	282,3	321,1	291,5	331,1
Monetäre Sozialleistungen	458,3	458,6	456,6	231,2	227,4	229,3	227,2
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	80,9	80,4	77,0	41,1	39,3	38,8	38,2
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	521,7	554,3	571,2	289,7	264,7	298,8	272,4
Sonstige Transfers (Saldo)	-40,8	-47,5	-46,0	-22,8	-24,8	-21,2	-24,8
Verfügbares Einkommen	1459,8	1488,4	1527,4	739,4	749,0	759,6	767,8
Zunahme betriebl. Versorgungsansprüche	18,2	21,3	21,5	9,8	11,5	9,9	11,6
Private Konsumausgaben 5)	1321,1	1352,5	1388,6	658,9	693,6	677,9	710,7
Sparen	156,9	157,2	160,2	90,3	66,9	91,6	68,7
Sparquote 7)	10,6	10,4	10,3	12,1	8,8	11,9	8,8

b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Masseneinkommen	-0,2	0,3	2,1	-0,3	0,8	2,0	2,2
Nettolöhne und -gehälter	-0,3	0,3	3,2	-0,7	1,2	3,3	3,1
Monetäre Sozialleistungen	0,2	0,1	-0,4	0,4	-0,3	-0,8	-0,1
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	1,9	-0,7	-4,2	0,6	-2,0	-5,5	-2,9
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	6,2	6,2	3,0	7,0	5,5	3,1	2,9
Verfügbares Einkommen	1,7	2,0	2,6	2,1	1,9	2,7	2,5
Private Konsumausgaben 5)	1,4	2,4	2,7	2,3	2,4	2,9	2,5
Sparen	3,3	0,2	1,9	1,7	-1,7	1,4	2,6

noch Bundesrepublik Deutschland: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	2005 (1)	2006 (2)	2007 (2)	2006		2007 (2)	
				1.Hj (1)	2.Hj (2)	1.Hj	2.Hj

7. Einnahmen und Ausgaben des Staates

a) Mrd. EUR

Einnahmen							
Steuern	493,0	527,4	551,8	258,5	268,9	270,9	280,9
Sozialbeiträge	397,0	401,2	395,2	195,1	206,1	191,6	203,6
Vermögenseinkünfte	13,0	15,0	15,0	8,2	6,8	8,2	6,9
Sonstige Übertragungen	18,2	14,3	14,4	6,9	7,5	7,0	7,4
Vermögensübertragungen	10,0	9,8	10,5	4,8	5,0	5,4	5,1
Verkäufe	44,2	43,6	44,7	21,0	22,5	21,6	23,1
Sonstige Subventionen	0,5	0,4	0,4	0,2	0,2	0,2	0,2
Einnahmen insgesamt	975,9	1011,7	1032,0	494,6	517,1	504,9	527,2
Ausgaben							
Vorleistungen	96,1	99,5	102,2	46,4	53,1	47,5	54,8
Arbeitnehmerentgelte	167,5	166,2	165,5	79,3	86,9	78,7	86,8
Sonstige Produktionsabgaben	0,1	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0
Vermögenseinkünfte (Zinsen)	62,0	64,1	67,7	31,9	32,3	33,6	34,1
Subventionen	26,8	25,8	26,2	12,4	13,4	12,6	13,6
Monetäre Sozialleistungen	430,2	430,1	428,2	217,0	213,1	215,2	213,0
Soziale Sachleistungen	167,5	171,4	176,7	84,5	86,9	87,0	89,7
Sonstige Transfers	35,3	35,6	36,9	18,0	17,6	18,3	18,6
Vermögenstransfers	34,3	30,9	28,2	16,8	14,1	14,9	13,3
Bruttoanlageinvestitionen	30,2	31,2	32,2	13,4	17,8	14,1	18,1
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-1,4	-1,6	-1,6	-0,8	-0,8	-0,8	-0,8
Ausgaben insgesamt	1048,5	1053,3	1062,2	519,0	534,4	521,2	541,0
Finanzierungssaldo	-72,6	-41,6	-30,2	-24,3	-17,3	-16,4	-13,8

b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Einnahmen							
Steuern	2,4	7,0	4,6	7,6	6,3	4,8	4,4
Sozialbeiträge	0,1	1,1	-1,5	1,0	1,1	-1,8	-1,2
Vermögenseinkünfte	20,4	15,9	0,1	33,2	0,3	0,0	0,3
Sonstige Übertragungen	6,4	-21,4	0,5	-35,5	-1,7	2,6	-1,5
Vermögensübertragungen	4,2	-2,4	7,3	-6,9	2,2	13,1	1,8
Verkäufe	7,2	-1,3	2,6	0,9	-3,3	2,5	2,7
Sonstige Subventionen	-	-	-	-	-	-	-
Einnahmen insgesamt	2,0	3,7	2,0	3,9	3,5	2,1	2,0
Ausgaben							
Vorleistungen	6,6	3,5	2,8	6,1	1,4	2,4	3,1
Arbeitnehmerentgelt	-1,1	-0,8	-0,5	-0,3	-1,2	-0,8	-0,2
Sonstige Produktionsabgaben	-	-	-	-	-	-	-
Vermögenseinkünfte (Zinsen)	-0,8	3,5	5,6	2,7	4,2	5,5	5,6
Subventionen	-5,3	-3,5	1,3	-5,0	-2,0	1,7	1,0
Monetäre Sozialleistungen	0,3	0,0	-0,4	0,4	-0,4	-0,8	-0,1
Soziale Sachleistungen	2,3	2,3	3,1	2,9	1,8	2,9	3,3
Sonstige Transfers	6,1	0,7	3,7	-5,5	7,8	2,1	5,5
Vermögenstransfers	3,3	-9,9	-8,6	-11,7	-7,6	-11,3	-5,5
Bruttoanlageinvestitionen	-3,8	3,2	3,2	-0,6	6,3	5,4	1,6
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-	-	-	-	-	-	-
Ausgaben insgesamt	0,9	0,5	0,8	0,4	0,5	0,4	1,2
nachrichtlich:							
Finanzierungssaldo in % des BIP	-3,2	-1,8	-1,3	-2,2	-1,5	-1,4	-1,1

1) Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes; Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

2) Vorausschätzung des ifo Instituts; Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

3) Veränderung der Arbeitstage voll berücksichtigt.

4) Bruttoinlandsprodukt in Vorjahrespreisen je Erwerbstätigenstunde.

5) Konsumausgaben der privaten Haushalte und der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck.

6) Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

7) Ersparnis in % des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme an betrieblichen Versorgungsansprüchen).